

Die Neue Gesellschaft

Herausgeber:

Willy Brandt
Otto Brenner
Prof. Dr. Helmut Jochimsen
Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Karl Schiller
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Dr. Dr. Theodor Strohm

Redaktion:

Leo Bauer (Chefredakteur)
Wilhelm Ingensand

Anschrift der Redaktion:

53 Bonn, Beuneheldstraße 17
Telefon 2 48 42

Redaktionsbeirat:

Herbert Wehner
Hans-Eberhard Dingels
Bruno Friedrich
Jens Litten
Dr. Günther Müller
Joachim Raffert
Dr. Vera Rüdiger

Verlag Neue Gesellschaft, 48 Bielefeld,
Pressehaus, Postfach 28 und 27, Telefon 6 31 11,
Fernschreiber Nr. 08 32 845.
Postcheckkonto Hannover Nr. 6268,
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, Nr. 412
Druck: Vorwärts-Druck, 532 Bad Godesberg,
Kölner Straße 108-112

Die Neue Gesellschaft erscheint alle 2 Monate. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. Bezugszeit halbjährlich. Kündigungen zum 15. Juni oder 15. Dezember. Halbjahresabonnement (3 Hefte) Inland: 9,- DM zuzüglich Postvertriebsgebühren; Ausland: 9,- DM zuzüglich Porto. Postbezugspreis: 9,90 DM einschließlich Postvertriebsgebühren für ein halbes Jahr. Einzelpreis: 3,30 DM zuzüglich Porto — Im Bezugspreis sind 6,5 % Mehrwertsteuer enthalten. Anzeigenpreisliste Nr. 5

Selle	
451	<i>Herbert Wehner</i> Fünzig Jahre danach Kritische und selbstkritische Betrachtungen zum 9. November 1918
455	<i>Friedrich Stampfer</i> „Sozialdemokraten in die Regierung“ Die späte Wandlung des Kaiserreiches
459	<i>Siegfried Aufhäuser</i> Der 9. November 1918 Persönliche Erinnerungen an eine deutsche Revolution
463	<i>Arnold Brecht</i> In jenen Tagen in der Reichskanzlei Aus nächster Nähe: Der Kampf um die Diktatur des Proletariats
469	<i>Erwin Schoettle</i> Die unerwartete Revolution und ihre Folgen Die letzten 50 Jahre tätig mitgemacht
473	<i>Egon Franke</i> Aus dem Leben eines Funktionärs Offener Brief an einen jungen Anhänger der APO
479	<i>Helmut Schmidt</i> Die Kriegsgeneration Mein Weg zur Sozialdemokratie
485	<i>Horst Ehmke</i> Sozialdemokratische Perspektiven Nicht hinter Godesberg zurück, sondern über Godesberg hinaus
491	<i>Peter Röhrig</i> Jahrgang 1938 Durch Praxis und Theorie zur SPD
496	<i>Willy Brandt</i> Aus dem Geist der Geschichte Möglichkeiten und Leitlinien deutscher Außenpolitik in der heutigen Zeit
501	Chronik des demokratischen Sozialismus
	Informationen aus der kommunistischen Welt
503	<i>Luc Jochimsen</i> Weltbild statt Wirklichkeit Die Soziologie als Sündenbock für den Einmarsch in Prag
506	Die Krise des Weltkommunismus Zu einer Polemik zwischen SED und KPI
513	Aktuelles Zeitgeschehen

Zum Inhalt

Auf dem Hintergrund der Invasion der kommunistischen CSSR durch kommunistische Staaten (den Ursachen für den 21. August und den Folgen sind die Beiträge Luc Jochimsens „Weltbild und Wirklichkeit“ und die Information über den Disput zwischen deutschen und italienischen Kommunisten gewidmet) wird in einem weiten Bogen, der von Herbert Wehners kritischen und selbstkritischen Betrachtungen zum 9. November 1918 über die Erinnerungen Siegfried Aufhäusers an diese „deutsche Revolution“ bis zu Willy Brandts Standortbestimmung deutscher Politik im Jahre 1968 reicht, der Versuch gemacht, zu ergründen, welchen Weg die deutsche Demokratie und die sie tragende Kraft, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in einem halben Jahrhundert zurückgelegt haben. Die Berichte von Friedrich Stampfer und Arnold Brecht schildern die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten, mit denen jene zu ringen hatten, die unvorbereitet die Führung des besiegten Deutschlands übernahmen. Sie machen Erwin Schoettles Darstellung über Handeln und Tun eines deutschen Sozialdemokraten, der die 50 Jahre „mitmachte“, verständlich.

In einem Rückblick auf die letzten 50 Jahre eines erbitterten Kampfes für die Demokratie in Deutschland zählen die 12 Hitlerjahre doppelt: Illegalität, Zuchthaus, KZ und Folterungen bildeten den Alltag. Egon Franke schreibt darüber in seinem offenen Brief aus der Sicht des illegalen Funktionärs der SPD.

Die Ausführungen von Helmut Schmidt, Horst Ehmke und Peter Röhrig beweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie den Kriegs- und Nachkriegsgenerationen politische Heimat geworden ist. Jeder hatte andere Motive, Mitglied der SPD zu werden. Gemeinsam ist das Bekenntnis zur Demokratie, zum Humanismus, zum Fortschritt. Alle Aussagen bestätigen, daß die älteste Partei Deutschlands, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 50 Jahre nach dem 9. November 1918 den Weg von der Oppositions- zur Regierungspartei erfolgreich beschritten hat. In diesem Teil Deutschlands kann man nicht mehr gegen die SPD und ohne diese Partei Politik machen.

L.B.

Fünfzig Jahre danach

Kritische und selbstkritische Betrachtungen zum 9. November 1918

Am 9. November 1918 war die militärische Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg nicht mehr zu leugnen. Aufzuhalten war sie schon seit geraumer Zeit nicht mehr gewesen. Dennoch kam für breite Teile des Volkes die Bestätigung der Tatsache wie ein Keulenschlag. Der 9. November besiegelte mit dem Verzicht Kaiser Wilhelms II. auf den Thron das Ende eines selbstherrlichen Regierungssystems. Seine Hohlheit hatte sich schon vorher offenbart. Dennoch hat es auch nach seinem Fall mit seinen Trümmern die politische Landschaft weiter belastet. Über den 9. November 1918 kann auch fünfzig Jahre danach nicht mehr geschrieben werden als das, was in diesem halben Jahrhundert schon geschrieben worden ist. Aber es kennzeichnet die Schwere des Weges unseres Volkes zu seinem eigenen Selbstverständnis, daß dieser Tag immer noch als umstritten angesehen wird.

Die politische Rechte im deutschen Volk hat den 9. November unentwegt als „Tag der Schande“ und die ihm folgenden Jahre als „Jahre der Ohnmacht“ bezeichnet. Die einander abwechselnden Wortführer der Rechten wollten die Geschichte so gesehen wissen, als hätte unser Volk nur „In Traue fest“ zu stehen brauchen, um doch noch zu siegen. Sie erfanden den „Dolchstoß“ gegen die Front von hinten, um glaubhaft zu machen, daß wir „im Felde unbesiegt“ geblieben seien.

Die politische Linke zerstritt und zerfiel sich schließlich im Streit darüber, was am 9. November 1918 eigentlich hätte geschehen sollen. Der Kampf der Meinungen um die Rolle der Sozialdemokratie bei Ausbruch des Weltkrieges spielte eine tragische Rolle. Die politische Linke in unserem Volk litt an der permanenten Auseinandersetzung über ihre Haltung im Krieg ebenso wie daran, daß sie in ihren Auffassungen über ihr Verhalten zum Staat gespalten blieb.

Der Friedensvertrag von Versailles, der im Jahre 1919 zustande kam, lieferte der Rechten den erwünschten Vorwand zur intensiven Hetze gegen die Konkursverwalter der kaiserlichen Hinterlassenschaft. Er belastete die junge Re-

publik materiell und seelisch mit dem Stigma der nationalen Demütigung. Die Dolchstoßlegende und eine zu innenpolitischen Zwecken angefertigte Versailleslegende waren die vergifteten Waffen gegen die am 9. November ins Leben getretene demokratische Republik, der es infolge der Zerrissenheit auf der Linken an einer genügend breiten selbstbewußten Trägerschaft mangelte.

Die Arbeiterschaft (das Wort wird hier als Sammelbegriff für solche Arbeiter, Angestellte, Beamte, ehemalige Soldaten, junge Menschen aus Schulen, Lehrwerkstätten und Büros verwendet, die bereit waren, sich bei bestimmten politischen Gelegenheiten als „Arbeiterschaft“ zu verstehen) streikte und demonstrierte zeitweilig aufopferungsvoll, wenn die demokratische Republik in den folgenden Jahren in Gefahr gekommen war: Gegen den Kapp-Putsch im Jahre 1920 bis zu dessen Niederbringung, gegen den Mord an Matthias Erzberger 1921 und gegen den Mord an Walther Rathenau 1922.

Aber zehn Jahre nach diesen gewaltigen Demonstrationen konnten diejenigen, die hinter den Mördern gestanden hatten, nach der politischen Macht in Deutschland greifen und sie in ihre Hände nehmen. Sie taten es unter der Führung einer als Partei mit militanten Stoßtrupps organisierten Massenbewegung, die sich „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ nannte. Diese Machtübernahme wurde freilich erst nach heute schon fast unvorstellbaren Ausmaßen einer verheerenden mehrjährigen Massenarbeitslosigkeit möglich, das heißt, nachdem der organisierte Kern der Arbeiterschaft und der demokratisch gesinnten werktätigen Volksteile zermürbt war. Sie wäre aber selbst dann noch nicht zu erklären, wäre nicht die sozialistisch orientierte Arbeiterschaft in ihrer Haltung zum demokratischen Staat von Anfang an gespalten gewesen.

Am 9. November 1918 wurde die Republik zweimal ausgerufen: Durch Philipp Scheidemann und einige Stunden später durch Karl Liebknecht. Scheidemann, der als Staatssekretär einer unter dem Prinzen Max von Baden

im Oktober gebildeten Übergangsregierung verlangt hatte, daß der Kaiser und der Kronprinz zurückträten und der Einfluß der Sozialdemokratie in der Reichsregierung verstärkt werde, damit die ungeheuren Schwierigkeiten bewältigt werden könnten, hatte nach der schließlich vollzogenen Abdankung der Hohenzollern vom Reichstagsgebäude aus die freie deutsche Republik ausgerufen. Karl Liebknecht, der am 23. Oktober aus der politischen Haft entlassen worden war, rief am 9. November wenige Stunden danach die sozialistische Republik aus. Friedrich Ebert, der spätere erste Reichspräsident, hatte die Frage der Staatsform durch die konstituierende Nationalversammlung entscheiden lassen wollen; sie wurde im Januar 1919 gewählt. Dazwischen lagen Ereignisse, die zeitweise blutigen Charakter trugen. Es wurde um die Frage gekämpft, ob die konstituierende Nationalversammlung oder ob ein Rätekongreß die verfassungsgebende Gewalt ausüben solle. Zwei aufeinanderfolgende Regierungen von Volksbeauftragten, die bis zur Bildung einer Regierung durch die Nationalversammlung amtierten, lassen die Zerreißproben erkennen, denen die Linke in jenen Wochen ausgesetzt war. Aus der ersten Regierung schieden die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörenden Mitglieder aus. Sie wurden durch Mitglieder der Mehrheits-Sozialdemokratischen Partei ersetzt. Diese Regierung der Volksbeauftragten amtierte bis zur Bildung der Reichsregierung nach der Wahl der Nationalversammlung.

Die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ergab:

- 11 509 416 Stimmen = 163 Mandate für die Sozialdemokraten,
- 2 317 290 Stimmen = 22 Mandate für die USPD,
- 5 841 825 Stimmen = 75 Mandate für die Demokraten,
- 5 981 216 Stimmen = 90 Mandate für Zentrum und Bayerische Volkspartei,
- 1 345 638 Stimmen = 22 Mandate für die Deutsche Volkspartei,
- 3 121 479 Stimmen = 42 Mandate für die Deutschnationale Volkspartei,
- 484 848 Stimmen = 3 Mandate für Sonstige.

Die Kommunistische Partei, um die Jahreswende 1918/1919 aus dem Spartakusbund gebildet, indem sie einen Teil des äußersten linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokraten mit sich vereinigte, hatte sich an der

Wahl zur Nationalversammlung nicht beteiligt und zum Wahlboykott aufgefordert.

Die blutigen Ereignisse des Dezember 1918 und Januar 1919 hatten auch das Leben der beiden führenden Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, gekostet. Beide waren große und tragische Gestalten, die aus den Richtungskämpfen der alten Sozialdemokratie hervorgegangen waren. Ihr Tod machte die Gegensätze unveröhnlich. Erst im Jahre 1922 konnte in Nürnberg der Einigungsparteitag der Sozialdemokratie stattfinden, das heißt die Vereinigung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit der Mehrheit.

Die Kommunistische Partei hatte indessen einen Weg eingeschlagen, der sich nach den Theorien von Lenin und der sowjetischen Kommunisten orientierte. Es hieß aber, die nachhaltige Wirkung der gespaltenen Haltung der organisierten Arbeiterschaft zum demokratischen Staat zu unterschätzen, wenn man annähme, diese gespaltene Haltung sei lediglich durch die Parteienbezeichnung symbolisiert worden.

Die Führer der Kommunisten in Deutschland hielten an der Auffassung fest, der Staat sei — auch als demokratischer Staat — nichts anderes als das Machtinstrument der wirtschaftlich herrschenden Klassen, und erst durch den Umsturz unter der kommunistisch geführten Arbeiterklasse könne er zu dem Staat werden, zu dem sich die Arbeiter bekennen dürften. Die restaurativen Kräfte von rechts, die dem Obrigkeitsstaat nachtrauerten, und ihre extremistischen militanten Verbände schienen das, was von ganz links gesagt wurde, zu rechtfertigen.

Erst im Jahre 1935, als schon viel Blut geflossen war und ungezählte Menschen in Konzentrationslagern und Gestapo- oder SA-Gewahrsam gequält wurden, haben die deutschen Kommunisten auf einem illegalen Parteikongreß anerkannt, daß es in den Jahren, die dem Jahr 1933 unmittelbar vorausgingen, ihr eigener Hauptfehler gewesen war, nicht alles dem Kampf um die Erhaltung und Verteidigung der demokratischen Rechte, der Bürgerrechte, untergeordnet zu haben. Aber sie haben nie geprüft und gesagt, woran das lag. Dann hätten sie nämlich bekennen müssen, daß ihre eigene leninistische Staatsauffassung sie daran gehindert hat.

Als Folge dieser Haltung der Kommunisten

sind selbst Ansätze zu einer gemeinsamen Abwehr der nationalsozialistischen Bedrohung und zur Verteidigung demokratischer Einrichtungen und Rechte noch kurz vor dem grausigen Ende 1933 nur Taktik geblieben oder sogar höchsten Ortes gerügt worden.

Wer — wie der Schreiber dieser Zeilen — als junger Mensch, als Schüler und Lehrling und schließlich als Erwerbsloser in diese Auseinandersetzung hineingeraten ist und wer die gegenwärtigen weltweiten Auseinandersetzungen im kommunistischen Lager selbst mit diesen Erfahrungen vergleicht, der muß warnen vor der von der kommunistischen Theorie und Propaganda unentwegt behaupteten Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze gegenüber dem demokratischen Staat.

Der demokratische Staat ist an und für sich gewiß nicht das Allheilmittel für alle sozialen Gegensätze und Übel. Aber seine Zerstörung und Lähmung durch politische Kräfte, die behaupten, erst durch ihre Alleinherrschaft werde die wirkliche Demokratie eingeführt und zur Entwicklung geführt, zerstört in Wahrheit die Basis für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich nach dem ersten Weltkrieg durchgerungen von der Auffassung, die Karl Marx in den Sätzen umschrieb, die beste Staatsform sei jene, in der soziale Gegensätze nicht unterdrückt oder verschmiert werden, sondern frei zum Austrag kommen, zu dem Satz in Ihrem Heidelberger Programm aus dem Jahre 1925, die demokratische Republik sei die „beste Voraussetzung für den Sozialismus“.

Für die demokratische Republik hat niemand so viel Opfer an Blut und Gut gebracht wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Sie hat nach den Erfahrungen mit zwei Weltkriegen und zwei Diktaturen auch die Stufentheorie von Demokratie und Sozialismus überwunden. 1945/1946 hat Kurt Schumacher deutlich gesagt, daß nur ein demokratisches Deutschland möglich sei; jede Art auch nur von innerem Vorbehalt gegenüber der Idee der Demokratie bedeute die denkbar größte Gefährdung der Demokratie. Die Demokratie sei die einzige und letzte Chance für das Weiterleben des deutschen Volkes. Auf weite Sicht gesehen sei die Demokratie die Staatsform, mit der Europa leben könne.

Demokratie wird auch in Ländern ersehnt und gefordert, die unter nichtdemokratischen Ver-

hältnissen leben. Das Ringen um Demokratie vollzieht sich in manchen dieser Länder unter unsagbar schweren Bedingungen. Es gibt für ihre Überwindung kein allgemeingültiges Rezept. Es gibt auch kein für alle Länder gleichermaßen gültiges oder passendes Modell. Um so schärfer ist die Theorie oder Doktrin abzulehnen, die behauptet, daß Sozialismus an ganz bestimmte Normen vom Klassenstaat oder von „Volksdemokratie“ gebunden sei. Im anderen Deutschland erleben wir seit Ende des zweiten Weltkrieges die Wiederholung eben dieser Behauptung.

Die als Staatsapparat organisierte und wirkende kommunistische Partei, die sich „Sozialistische Einheitspartei“ nennt, erhebt den Anspruch, allein und unter Zuhilfenahme von ihr gefügigen andersnamigen Gruppen den Weg des deutschen Volkes zu bestimmen. Sie hat die These, auf deutschem Boden stünden zwei deutsche Staaten einander feindlich gegenüber, im Jahre 1968 zur Hauptthese der Verfassung für den unter sowjetischer Kontrolle befindlichen Teil Deutschlands gemacht. Das ist der Ausdruck für eine von ihr gewollte Bürgerkriegssituation in Permanenz. Dabei wird die Absicht deutlich, ein Feinddenken in der deutschen Politik und in diesem gespaltenen Deutschland — koste es, was es wolle, koste es sogar die Ansätze zur Demokratie — aufrechtzuerhalten und bis zur Weißglut zu entwickeln.

Wer so, wie es die Führung der SED praktiziert, oder auch wie in abgewandelter Form der Chor sogenannter außerparlamentarischer oppositioneller Gruppen oder Parteien den demokratischen Staat und seine Ausdrucksformen zum Ziel negativer und zerstörerischer Aktivitäten macht, der betreibt faktisch das politische Geschäft jener konservativen und sogar rechtsextremen antidemokratischen Kräfte und Gruppen, die so viel Staat wie möglich für sich in Anspruch zu nehmen versuchen, um damit die demokratische Durchföhrung unserer gesellschaftlichen Ordnung zu verhindern oder doch zu erschweren.

Fünzig Jahre nach dem 9. November 1918 ist es scholastisch und dogmatisch steril, Zwangsläufigkeiten zu dekretieren, die sich angeblich aus den allerdings zum Teil fundamentalen Schwächen und Fehlern der sozialdemokratischen und anderen demokratischen Kräfte jener Zeit ableiten lassen, während andererseits die zum Teil mörderischen und verhee-

renden Fehlentscheidungen und -leistungen der kommunistischen Seite dadurch glorifiziert werden sollen, daß man sie einordnet oder einebnet in einen konstruierten angeblich revolutionären Weg.

Kurt Schumacher hat in seiner Doktorarbeit im Jahre 1928 betont, die lückenhafte Stelle im Marx'schen Gesellschaftssystem sei nicht durch den Ausbau dieser Gesellschaftslehre, sondern nur durch die politische Praxis ausgefüllt worden. Denn — so schrieb er in dieser Arbeit mit dem Titel: „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“ — „vor dem Leben hat der Sozialismus nur Recht, wenn er den Menschen in ihren täglichen Nöten und Leiden etwas Gegenwartsglück bringt“. So war es nur folgerichtig, daß Schumacher nach dem zweiten Weltkrieg in einer Rede auf dem zweiten Nachkriegsparteitag der SPD 1947 sagte:

„Die Demokratie beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit. Die Demokratie kann nur leben, wenn die Menschen selbständig sind und den Willen zur Objektivität haben. Aber die technokratische und geradezu kriegswissenschaftliche Handhabung der politischen Mittel führt zum Gegenteil.“

Auch Erich Ollenhauers Feststellungen auf dem gleichen Parteitag dürfen im Zusammenhang mit Betrachtungen zum 9. November 1918 nicht vergessen werden:

„Die neue deutsche Demokratie gehört in die Hände von Überzeugten und kämpferischen Demokraten. Die Freiheit und Rechte der Demokratie dürfen nicht wieder von denen gebraucht und mißbraucht werden, die die Demokratie mit den Mitteln der Demokratie vernichten wollen.“

Unser deutsches Volk stand 1918 unvorbereitet einer militärischen Niederlage im ersten Weltkrieg und der Notwendigkeit einer unverzüglichen demokratischen Ordnung seines Staates gegenüber, nachdem das reichlich selbstherrliche Regierungssystem versagt hatte und zusammengebrochen war, unter dessen Botmäßigkeit zwar Opposition, nicht aber demokratische Verantwortung oder Mitverantwortung sich hatte entwickeln können.

Friedrich Stampfer hat in seinem verdienstvollen Buch „Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik“, das im Jahre 1936 in der Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad, zum erstenmal erschien und das ein Leitfadens zum Verständnis für manche Memoiren oder Doku-

menten-Bände sein könnte, die Rolle der Sozialdemokratischen Partei im Kaiserreich als die des Trägers der grundsätzlichen Kritik an den herrschenden Zuständen bezeichnet. Er hat hinzugefügt:

„Die Kritik hat sie groß gemacht. Wer mit dem Bestehen unzufrieden war, stimmte für sie. Nicht ihre positiven Forderungen waren es, die ihr die Massen brachten, es war die Fahne des Protestes, um die sie sich sammelten. Diese Massen waren oppositionell, aber revolutionär waren sie nicht. Das war stets nur eine ungezählt gebliebene kleine Minderheit.“

Es mag die Frage erlaubt sein, welcher Gewinn Deutschland und unserem deutschen Volk durch diese Partei entstanden wäre, wenn die SPD ihre Entwicklung unter anderen Bedingungen als denen, die mit dem Datum des 9. November 1918 verknüpft sind, hätte nehmen können.

Aber diese Frage stellen, heißt nicht, einer verloren gegangenen Idylle nachzutrauern. Alle Mitbürger, deren soziale Lebensbedingungen, richtig verstanden, die Verwirklichung der sozialen Demokratie erstrebenswert machen, sollten durch die Frage ermuntert werden, sich der Möglichkeiten bewußt zu werden, die sich durch das Gewicht ihrer Zahl bei Wahlentscheidungen ergeben. Sie können dadurch die positiven Forderungen und die konstruktiven Ideen der Sozialdemokratie zur Geltung bringen und dieser Partei die Bedeutung verschaffen, die zur Durchsetzung der guten Sache nötig ist.

Das ist die Frage auch und sogar gerade angesichts der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Lage, in der das Ringen um die soziale Demokratie in Deutschland durch die Praxis der im sowjetisch kontrollierten Teil Deutschlands als Staatsapparat handelnden SED gehemmt und streckenweise gehindert wird. Angesichts der doktrinären Anstrengungen der SED, den demokratischen Weg zu blockieren, ist es zur historischen Aufgabe der Sozialdemokratie geworden, in dem Teil Deutschlands, in dem für demokratisches Ringen verfassungsmäßige Voraussetzungen bestehen und behauptet werden können, den Kampf um die Durchsetzung der Demokratie als allgemeine Staats- und Lebensordnung so zu führen, daß die Lebens- und Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates erwiesen werden. Auch im Ringen um die friedliche und demokratische Lösung der nationalen Fragen des gespaltenen deutschen Volkes.

„Sozialdemokraten in die Regierung“

Die späte Wandlung des Kaiserreiches

In Friedrich Stampfers Buch „Die vierzehn Jahre“, das 1936 in der Karlsbader Verlagsanstalt „Graphia“ erschien, werden u. a. die letzten Wochen des Kaiserreiches geschildert. Wir zitieren aus den Kapiteln „Narrenanzug um Herzogshüte“ und „Waffenstillstandsbitte der OHL“:

Das Unheil war im Zuge, aber die Militärzensur duldete noch immer nur Siegesberichte und hielt die Stimmung hoch. Noch im Juni 1918 erzwang Ludendorff die Entlassung des Staatssekretärs des Auswärtigen von Kühlmann, weil dieser im Reichstag gesagt hatte, ‚durch rein militärische Entscheidung allein‘ sei der Frieden nicht zu erreichen. Noch im Juli unterhielt man sich über den Plan, Wilhelm II. zum Herzog von Kurland, den Sachsenkönig zum Herrn von Litauen zu machen, die bayerische und die badische Dynastie durch Verteilung des elsäß-lothringischen Gebiets an sie zu entschädigen. Noch im Juli beschloß das preußische Abgeordnetenhaus, nicht das gleiche Wahlrecht, sondern ein Pluralwahlrecht einzuführen, das Unternehmern und Beamten, ferner auch Angestellten und Arbeitern in gehobener Stellung Zusatzstimmen gab. Ein Antrag, allen Kriegsteilnehmern gleichfalls eine Zusatzstimme zu gewähren, wurde mit 257 gegen 147 Stimmen abgelehnt.

Noch ahnte man nicht die nahe Niederlage. Noch waren die Franzosen bis an die Marne zurückgedrängt. Man hatte es also nicht notwendig, denen das gleiche Staatsbürgerrecht zu gewähren, denen man all diesen Glanz verdankte!

Erst Anfang August begannen sich die Gewichte zu verschieben. Die zahlenmäßige wie die technische Überlegenheit der Gegner wirkte sich aus. Gegen die englischen Tanks fehlten wirksame Abwehrmittel. Kämpfend wichen die deutschen Heere zurück, und bald waren nicht nur die Erfolge der Frühjahrsoffensive verloren, sondern die deutsche Front war weit hinter ihre Ausgangsstellung zurückgedrängt.

Der entscheidende Stoß gegen die deutsche Macht kam aber nicht von hier, sondern aus dem Südosten. Am 27. September mußte der Staatssekretär des Auswärtigen von Hintze im Hauptausschuß die Mitteilung machen, daß Bulgarien abgefallen war. Auch der Zusammenbruch Österreichs konnte nur noch eine Frage von Tagen oder Wochen sein. Dadurch geriet Deutschland in eine militärisch vollkommen unmögliche Situation. Denn selbst wenn im Westen die Katastrophe vermieden wurde, standen alle anderen Grenzen Deutschlands einem feindlichen Einmarsch offen.

Wilhelm II: „Ich wünsche . . .“

Am 28. September forderte die Oberste Heeresleitung sofortigen Waffenstillstand und Frieden und ließ zugleich dem Reichskanzler Grafen Hertling mitteilen, daß eine Umbildung der Regierung und ihr Ausbau auf breiter Basis notwendig sei. Infolgedessen trat Hertling zurück. In dem kaiserlichen Handschreiben an Hertling hieß es:

„Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in vollem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“

So also hatten sich die Dinge in wenigen Wochen gewandelt! Während der ganzen Dauer des Krieges war das Wort ‚Waffenstillstand‘ nicht gefallen; auch die fernen Parteien hatten sich gehütet, es auszusprechen. Ganz allgemein war die Vorstellung gewesen, daß man erst die Bereitschaft des Gegners zu einem ehrlichen Frieden erkannt haben müsse, bevor Zeit sei, an Waffenruhe zu denken. Jetzt war es die stolze, gefeierte, vom Vertrauen des Volkes emporgetragene Oberste Heeresleitung, die den Wunsch nach einem Waffenstillstand aussprach. Das war das Eingeständnis einer Niederlage, nur die Waffenstreckung konnte ihm folgen.

Noch mehr! Die Oberste Heeresleitung, die zähe Gegenspielerin der Parlamentsmehrheit, forderte jetzt selbst eine parlamentarische Regierung! Zu ihren Gunsten dankte der Diktator Ludendorff ab. Siege waren nicht mehr zu gewinnen, vielleicht aber politische Erfolge bei Verhandlungen über einen billigen Frieden. Mochte sich nun eine parlamentarische Regierung um sie bemühen.

Erbe des Bankrotts sein?

Am 2. Oktober hält der Major von der Bussche als Vertreter Ludendorffs den Parteiführern Vortrag über die militärische Lage. Von diesem Vortrag kommt Ebert in die Sitzung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes. Die Stimmung ist verzweifelt. All die Jahre hindurch hat die Partei nur an das eine gedacht, Deutschland durch diesen furchtbaren Krieg zu einem Frieden ohne Niederlage durchzubringen, seine äußere Freiheit zu erhalten und die innere dazu zu gewinnen. Alle weiterliegenden Ziele sind hinter dieses eine zurückgestellt worden, die Einheit der Partei ist zerrissen, Opfer über Opfer sind gebracht worden – und nun, nachdem die Mißachtung aller sozialdemokratischen Ratschläge zur Katastrophe geführt hat, soll nun die Partei die bankrotte Erbschaft Ludendorffs, Hindenburgs und der Hohenzollern antreten, soll sie die Verantwortung für eine Niederlage mitübernehmen, die von ihren schärfsten inneren Gegnern herbeigeführt worden ist?

Das war die Frage, die von einem Teil der versammelten Mitglieder des Parteivorstandes, unter ihnen Scheidemann, aufgeworfen und leidenschaftlich verneint wurde. Nicht weniger leidenschaftlich trat Ebert, der zwei seiner Söhne auf dem Schlachtfeld verloren hatte, ihnen entgegen. Für Erwägungen über das Schicksal der Partei sah er jetzt keinen Raum. Es kam nicht darauf an, die Partei aus dem Zusammenbruch herauszuhalten, sondern nur darauf, für das deutsche Volk zu retten, was noch zu retten war. Dafür mußte sich die Partei zur Verfügung stellen, gleichviel, was aus ihr wurde. Ebert gewann die Mehrheit des Vorstandes für sich. Und als sich der Kampf in einer Sitzung der Reichstagsfraktion wiederholte, war der Sieg abermals auf seiner Seite. Nach der Abstimmung rief der Abgeordnete Schöppin: „Jetzt muß aber unser bester Mann in die Regierung!“ Und Stimmen von allen Seiten antworteten: „Ebert! Ebert!“

Lange hatte Friedrich Ebert neben der äußerlich glänzenderen Erscheinung Philipp Scheidemanns im Schatten gestanden. Die beiden Männer waren grundverschieden. Scheidemann, der damals 52jährige, war der Mann der raschen Auffassung, ein ausgezeichnete Sprecher, dabei von heiterer Grundstimmung und leichter Lebensauffassung zugeneigt. Der sieben Jahre jüngere Ebert war von der Natur weniger begünstigt, mußte sich alles schwerer erarbeiten und faßte alles gründlicher an. Damit erzog er sich selbst zu stärkerem Willen. Augenblickssituationen und plötzliche Einfälle konnten ihn von dem einmal gewählten Weg nicht abbringen. Stieß er dann auf Widerstände, so entwickelte er, um sie zu überwinden, außerordentliche Kräfte.

So war es auch an jenem Tag, an dem in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Zukunft nicht nur der Partei, sondern Deutschlands entschieden wurde. Man war an einem Kreuzweg angelangt, und Ebert übernahm die Führung.

Die Gründe für den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung hat er in der Reichstags-sitzung vom 22. Oktober ganz ähnlich wie in der Fraktion dargelegt:

„Gewiß, es wäre bequemer für uns, draußen zu stehen und unsere Hände in Unschuld zu waschen. Aber in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes wäre eine solche Politik vor der Geschichte, vor der Nation und nicht zuletzt von der Arbeiterklasse nie und nimmer zu verantworten. Wir sind in die Regierung hineingegangen, weil es heute um das ganze Volk, um seine Zukunft, um Sein oder Nichtsein geht. Wir wissen, was wir mit unserem Schritt gewagt haben. Gelingt es uns aber, die Schauer des Krieges auch nur um einige Tage zu verkürzen und dadurch Zehntausenden das Leben retten, so wäre uns das Rechtfertigung und Genugtuung genug. Hätten wir durch Verweigerung unserer Mitarbeit auch nur den Schimmer einer Friedensmöglichkeit vernichtet, so hätten wir unverantwortlich gehandelt . . .“

Erste parlamentarisch-demokratische Regierung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärte sich also bereit, einzutreten in eine parlamentarische Koalitionsregierung, die von Ludendorff gefordert worden war, weil er anders nicht mehr weiter wußte. Er schrie jetzt nach dem Waffenstillstand, 48 Stunden kann die

Armee nicht noch warten', erklärte er am 2. Oktober Herrn von Lersner, dem Vertreter des Auswärtigen Amtes. Der dritte Diktator des Deutschen Reiches dankte ab, Deutschland bekam zum erstenmal eine parlamentarisch-demokratische Regierung.

Aber wie sah diese parlamentarisch-demokratische Regierung aus? Sie ähnelte stark der berühmten Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Reichskanzler wurde der Erbprinz Max von Baden, ein rechtschaffener und für seine Verhältnisse moderner Mann, doch gewiß kein hervorragender Politiker und Staatsmann. Er hatte sich durch eine Rede bemerkbar gemacht, die er am 12. August zur Hundertjahrfeier der badischen Verfassung gehalten und in der er sich — entsprechend einem Lieblingsgedanken Wilsons — für eine ‚Liga der Nationen‘, einen Völkerbund, erklärt hatte. Natürlich hätte auch ein Prinz als Führer der parlamentarischen Demokratie die leise Komik seiner Situation und alle sonstigen Schwierigkeiten überwinden können, wenn er nur die dazu nötigen Eigenschaften mitbrachte. Davon konnte aber bei dem Erbprinzen Max von Baden keine Rede sein. Zu seinen Gunsten wurde angeführt, daß er auf den Kaiser einen günstigen Einfluß übe und gute Beziehungen zur Hocharistokratie anderer Länder unterhalte, doch kam es auf Vorzüge solcher Art jetzt wirklich nicht mehr an. Entscheidend für seine Wahl war die Angst vor sprunghaften Übergängen, die Neigung zu Kompromiß und Vermittlung. Dafür war Max von Baden, der mit den Beinen in der dynastischen Vergangenheit stand, sein Gesicht aber wohlwollend der demokratischen Zukunft zuwandte, der richtige Mann.

Vizekanzler blieb Herr von Payer, der die Kanzlerschaft des neuen Mannes lebhaft gefördert hatte. Das alte System, das keine verantwortlichen Minister, sondern nur dem Kanzler untergeordnete Staatssekretäre kannte, blieb in der Form einstweilen noch erhalten. Scheidemann, der gegen den Eintritt in die Regierung gestimmt hatte, fügte sich der Disziplin und wurde Staatssekretär ohne Portefeuille. Ebert lehnte es ab, selber in die Regierung einzutreten, für deren Zustandekommen er sich so lebhaft eingesetzt hatte. Dagegen übernahm einer seiner persönlichen Freunde, der zweite Vorsitzende der Gewerkschaften, Gustav Bauer, das Reichsarbeitsamt, das zu diesem Zweck vom Reichsamt des Innern abgetrennt wurde und jetzt zum erstenmal als selbständiges Reichsamt in Er-

scheinung trat. Damit war einem alten Wunsche der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Rechnung getragen. Ferner gehörten Trimborn, Gröber und Erzberger vom Zentrum und der süddeutsche Demokrat Haußmann der Regierung an. Der Nationalliberale Friedberg blieb Verbindungsmann nach Preußen. An die Stelle des Herrn von Hintze als Staatssekretär für das Auswärtige trat der bisherige Kolonialsekretär Dr. Solf.

Ludendorffs Kapitulation

Prinz Max, der Kanzler der von der Obersten Heeresleitung gewünschten parlamentarischen Regierung, empfand ganz richtig, daß die plötzliche Wendung zur Waffenstillstandsbitte nichts anderes sein konnte als der Beginn der Katastrophe. Er warnte vor Überstürzung und bat um Zeitaufschub, damit er die Friedensaktion diplomatisch vorbereiten könne. Dem widersprach jedoch die Oberste Heeresleitung mit einem Brief vom 3. Oktober, in dem Ludendorff im Einverständnis mit Hindenburg ausführte:

„Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. 9. ds. Jhs., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer West-Reserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwer wiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von braven Soldaten das Leben.“

In seiner Antwort, noch am selben Tage, machte Max von Baden darauf aufmerksam, daß die Friedensaktion der Obersten Heeresleitung zum Verlust Elsaß-Lothringens und polnischer Gebiete im Osten führen müsse. Die Oberste Heeresleitung antwortete, die französisch besiedelten Gebiete von Elsaß-Lothringen könnten abgetreten werden, polnische Landes-

teile im Osten aber nicht, dagegen müsse man kämpfen bis zum letzten Mann.

In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober ging auf dem Wege über die Schweiz die deutsche Friedensnote an Wilson ab. Das erfuhr die Welt und das deutsche Volk; sie erfuhren nicht, was sich zuvor hinter den Kulissen abgespielt hatte. Daß die Initiative zu diesem Schritt von der Obersten Heeresleitung ausgegangen war, wurde erst später bekannt. Ende September hatte der ‚Vorwärts‘ in einem Leitartikel die Worte geschrieben: ‚Wehe dem Volke, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt!‘ Nur Eingeweihte verstanden damals, daß sich diese Mahnung an keinen anderen richtete als an die Oberste Heeresleitung!

„... Auf die Dauer kann es nur eine Rechtsquelle geben, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes; das war der Sinn der deutschen Revolution. Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben geführt, nun dulden wir keinen! Gewaltherrschaft mehr, komme sie, von wem sie wolle. Je eher wir dazu gelangen, unseren Staat auf die feste Rechtsgrundlage des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die Deutsche Volkerepublik gesund und stark, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer sozialistischen Ziele herangehen. Das siegreiche Proletariat richtet keine neue Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alten Klassenscheidungen und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große Ideale Gedanke der Demokratie . . .“

Aus einer Rede von Friedrich Ebert auf dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember 1918

Westdeutscher Verlag Köln und Opladen

Aus unserem Herbstprogramm

Abraham Ashkenasi Reformpartei und Außenpolitik

Die Außenpolitik der SPD
Berlin—Bonn.

1968, 220 Seiten, kart. 25,— DM

Thomas Dehler Reden und Aufsätze

Bearbeitet von F. Henning.

1968, ca. 210 Seiten, Schriftenreihe der
Friedrich-Naumann-Stiftung, Band 13,
kart. ca. 9,80 DM

Jürgen Feldhoff Die Politik der egalitären Gesellschaft

Zur soziologischen Demokratietheorie
bei Alexis de Tocqueville.

1968, ca. 208 Seiten, Beiträge zur
soziologischen Forschung, Band 1,
kart. 22,— DM

K. H. Naßmacher Das österreichische Regierungssystem

Große Koalition
oder alternierende Regierung?

1968, ca. 230 Seiten, Demokratie und
Frieden, Band 8, kart. 21,— DM

Professoren antworten den Studenten

Hrsg. von Alexander Schwan und
Kurt Sonthelmer.

1968. Paperback. In Vorbereitung

Der 9. November 1918

**Persönliche Erinnerungen
an eine deutsche Revolution**

Die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 hatte in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine tiefe Kluft aufgerissen. Von grundsätzlichen Kriegsgegnern war die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands – USPD – gegründet worden. Dieser Partei hatten sich nicht nur linksorientierte Sozialdemokraten angeschlossen, sondern auch prominente Rechtssozialisten und Revisionisten, wie z. B. Eduard Bernstein. Sie wurden zu leidenschaftlichen Anhängern der für die Abkürzung des Völkermordens kämpfenden USPD.

Ich war 1910 der demokratischen Vereinigung – DV – beigetreten, deren Führer Theodor Barth und Rudolf Breitscheid wegen der Einführung von Schutzzöllen aus der „freisinnigen Vereinigung“ ausgetreten waren. Ihr Versuch, die DV zum Sammelbecken der nicht manuellen Arbeitnehmer zwischen Liberalismus und Sozialismus zu machen, mußte aber schon 1912 als gescheitert aufgegeben werden. Ein Teil der DV-Mitglieder schloß sich der SPD an; ich trat 1916 der USPD bei.

Als Mitglied dieser Partei war ich 1918 an den politischen Aktionen der USPD aktiv beteiligt. Als Vorsitzender der Angestelltengewerkschaft konnte ich aber die von der Mehrheit der USPD im November 1918 versuchte Durchsetzung einer Räterepublik nicht mitmachen. Sie hätte nach meiner Überzeugung unseren besonderen gewerkschaftlichen Verpflichtungen widersprochen.

Mitbestimmung im Krieg

Nach den schweren Rückschlägen der deutschen Truppen in Frankreich entschloß sich die Reichsregierung auf Wunsch der Obersten Heeresleitung, dem Reichstag ein Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst“, deutlicher gesagt: den Arbeitszwangsdienst der Rüstungsarbeiter zur Verabschiedung vorzulegen.

Die im Hilfsdienstgesetz geplante Militarisierung der Rüstungsarbeiter stieß bei der USPD auf heftigen Protest. Von den Exponenten der

Gewerkschaften, zu denen ich als Vorsitzender der Angestelltengewerkschaften zählte, verlangten die Arbeitnehmer in den Rüstungsbetrieben die Einbringung konkreter Gegenanschläge der Gewerkschaften im Reichstag. Neben der Forderung nach Beseitigung der Mangelwirtschaft wurde anstelle der Zwangsarbeit eine Beschäftigungsordnung mit weitgehendem Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und im Kriegsamt verlangt und durchgesetzt. Mitten im Krieg wurden so im kaiserlichen Deutschland Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Betrieben und ein gewerkschaftlicher Beirat für das Kriegsamt gewählt. Der vom Obersten Kriegsherrn erhoffte Erfolg in der Kriegswirtschaft ließ sich aber auch mittels Hilfsdienstgesetz nicht erreichen. Der Mangel an Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie war nicht zu beheben. Ferner konnte das an der West- und Ostfront verloren gegangene Kriegsglück nicht mehr zurückgewonnen werden. Die Niederlage war nicht aufzuhalten. Die zunehmende Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht hatten längst aus den kriegsbegeistersten Massen von 1914 protestierende Demonstranten für Waffenstillstand und Frieden gemacht.

Nach der katastrophalen Niederlage im Weltkrieg, nach dem schlichten Abschied und der Flucht Kaiser Wilhelms II. war der Weg von der Monarchie zur deutschen Republik frei.

Die USPD hatte schon lange vor 1918 erkannt, daß der Krieg mit der Niederlage und dem Zusammenbruch des Kaiserreiches enden würde. Innerhalb der Gewerkschaften gab es viele Arbeiter und Angestellte, an ihrer Spitze die Rüstungsarbeiter im Metallarbeiterverband, die sich organisatorisch mit den entsprechenden gewerkschaftlichen Mitteln auf den Tag X vorbereiteten. Innerhalb der SPD, der Mehrheitssozialisten, wurde 1918 vielen klar, daß man sich auf die Niederlage des Kaiserreiches einzustellen habe. Seit diesem Zeitpunkt bereiteten sich USPD, SPD und die vereinigten Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten

darauf vor, am Tag des Sturzes der Monarchie gemeinsam die deutsche Republik proklamieren zu können.

„Unser Ist der Tag“

Und am 9. November 1918 um 2 Uhr wurde die Deutsche Republik proklamiert! Die Massen der Berliner Arbeitnehmer bekundeten ihren Willen, die Macht in Deutschland zu übernehmen.

Ich schreibe hier als einer von den Hunderttausenden, die vor dem Reichstag und auf den Straßen und Plätzen Berlins für die Republik und die Einführung der Demokratie demonstrierten. In der wogenden Menge wäre am 9. November 1918 für Räte oder andere fremde Reglerungsformen kein Raum gewesen.

24 Stunden später sah es allerdings anders aus.

Am 10. November 1918 drängelte ich mich durch eine große Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch. Die Jubelstimmung vom 9. November wurde mir sehr bald versalzen.

Unter Leitung des Vorsitzenden und Referenten, Richard Müller, wurden zunächst der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte von Berlin und der Rat der Volksbeauftragten für das ganze Reich in paritätischer Besetzung zwischen SPD und USPD konstituiert. Dann wurde eine Proklamation mit Mehrheit angenommen, in der mit einigen sozialistisch klingenden Schlagworten die frisch importierte Räterepublik in einem Satz verkündet wurde.

„Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“ Ohne Wesen und Zweck des Räteystems zu kennen, sollten also die wirklichen Träger, der deutschen Revolution, die 24 Stunden früher den Willen des arbeitenden Volkes in der Forderung nach einer deutschen demokratischen Republik bekundet hatten, am 10. November wieder entmachtet werden. Richard Müller gab neun Tage später in einer zweiten Plenarsitzung der Arbeiter- und Soldatenräte seine Räteideologie in einem Aktionsprogramm bekannt: „Wir wollen keine demokratische Republik, sondern eine proletarische“. Und weiter fasselte der Obmann des Vollzugsrates: „Wir werden die Gewalt, die jetzt bei den Räten liegt, nicht aus der Hand geben. Der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche.“ Wie das Räteystem funktionieren sollte, konnte Müller jedoch nicht sagen.

Russische Revolution und Deutschland

Ich hatte zwischen den beiden Rätekongressen bei einem der prominenten Räteführer eine „Audienz“ erwirkt. Als Vertreter der Gewerkschaften versuchte ich, ihm etwa folgendes zu sagen:

Das deutsche Volk war sichtlich beeindruckt von der russischen Revolution von 1917, soweit es um den Sturz des barbarischen Zarentums und die Schlagkraft der russischen Revolution ging. Von den deutschen Funktionären und Volksbeauftragten aber müsse man erwarten, daß sie eine Ahnung von den gänzlich unterschiedlichen Bedingungen hätten, unter denen die Menschen in Rußland und Deutschland leben und arbeiten.

Lenin und Trotzki, die intellektuellen Führer des russischen Umsturzes, hatten 1917 bei der Übernahme der Macht eine Masse von Analphabeten, bildungsarmen, in sklavischer Abhängigkeit arbeitenden, mit Zuckerbrot und Peitsche (Wodka und Knute) behandelten, erniedrigten Menschen vorgefunden. Lenin und Trotzki haben es wahrscheinlich für nötig gehalten, für dieses bisher versklavte Volk zunächst das autoritäre Räteystem einzuführen, weil diese Sklaven des Zaren für eine Demokratie nicht gereift sein konnten. Die Sowjets haben in der Tat das Räteystem sehr bald wieder abgeschafft und für eine berufliche Ausbildung und Allgemeinbildung unter den Arbeitern und Bauern gesorgt.

Ich berichtete von meinen Gesprächen mit Ingenieuren, die als Kriegsgefangene in Rußland gearbeitet hatten. Sie kannten den damals grundlegenden Unterschied zwischen den russischen und deutschen Arbeitern. Sie hatten mir aber auch von der Behandlung der russischen Arbeiter durch den Arbeitgeber, der ja seit 1917 mit der Sowjetmacht identisch war, berichtet.

Mein Räteratpartner hatte wider Erwarten meinem Vortrag so aufmerksam zugehört, daß ich den Eindruck gewinnen mußte, er habe bisher nicht allzuviel über den Ablauf der russischen Revolution und die dortige Rätepolitik erfahren. Der Mann hatte aber nicht die Absicht, eine Diskussion über die russische Revolution zu führen. Kurzerhand erklärte er, ich sei zu sehr in „bürgerlichen Vorurteilen“ befangen, um mit ihm über revolutionäre Probleme sprechen zu können.

Durcheinander im Vollzugsrat

Nach dem 9. November 1918 hatte ich als Vertrauensmann der Angestelltengewerkschaft fast täglich Kontakt mit dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, um aktuelle Gewerkschaftsprobleme zu klären. In der Rätezentrale war es fast unmöglich, sich durch die permanenten, lautstarken Volksversammlungen hindurchzuboxen. Der Obmann der Soldatenräte im Vollzugsrat, Hauptmann von Beerfelde, war der einzige, mit dem die Gewerkschaftler sachlich Tagesfragen besprechen konnten. Es wurden sogar die notwendigen sozialen Anordnungen erlassen.

Sonst aber herrschten im Büro des Vollzugsrats unmögliche Arbeitsmethoden. In dem gewaltigen Durcheinander verkannte der Obmann Richard Müller, daß eine Revolution nicht nur Umsturz bedeutet. Eine bis dahin von der Macht benachteiligte und ausgeschlossene Volksschicht mußte in Ausübung der erkämpften Volkshoheit die harten und komplizierten Tagesaufgaben des Neuaufbaues der Stadt in seiner ganzen Vielgestaltigkeit bewältigen. Schließlich wollte der Vollzugsrat die neue Landesregierung von Berlin sein. Der Obmann des Vollzugsrats aber war der geborene Revolutionär. Für ihn war die Revolution ein Dauerzustand. Ihn interessierte die Verwaltung der ihm anvertrauten Weltstadt überhaupt nicht.

Nach meinen Besuchen im Vollzugsrat schien es mir zweckmäßig zu sein, auch mit den unmittelbaren „Untertanen“ des Vollzugsratsobmannes, den Arbeiterräten, Gespräche zu führen. Bei der AEG und bei Siemens hatte ich bald Gelegenheit, den dortigen Arbeiterräten mein Befremden über ihre bisherige Aktivität auszusprechen. Die Arbeiterräte in den großen Betrieben hatten in aller Eile die Führung und die Macht übernommen. Was das bedeutet, war ihnen nicht klar, und niemand hatte es ihnen gesagt. Sie machten Revolution ohne jede weitere Überlegung.

Ich versuchte, den Arbeiterräten begreiflich zu machen, daß die eroberte politische Macht im Staate von den Arbeitern nur aufrechterhalten werden könne, wenn sie rechtzeitig durch eine ökonomische Konzeption fundiert werde. Aber weder der Vollzugsrat noch die Arbeiterräte hatten bisher auch nur eine Vorstellung von der notwendigen Neuordnung der Industriebetriebe. Ich sagte meinen Gesprächspartnern, daß mit der Forderung nach hohen Löhnen und einer gleichzeitigen Lahmlegung der Produktion

der Berliner Betriebe die Revolution ihren Zweck verfehlen müsse. In beiden Betrieben antworteten die Arbeiterräte, sie hätten leider zu spät erkannt, daß zunächst die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine weitere Lohnentwicklung geschaffen werden müßten. Der grundlegende Fehler sei in den Weisungen des Obmannes des Vollzugsrats zu suchen. Sogar Richard Müller wollte seine Fehlleistung jetzt korrigieren.

Die großen Hoffnungen, die von den Arbeitern an die Novemberrevolution geknüpft worden waren, wurden aber nicht lediglich durch den Vollzugsrat enttäuscht, der unvorbereitet die Macht übernahm. Das Scheitern der November-Revolution hatte vielmehr seine letzte Ursache in der Sprengung der Arbeiterfront durch den Spartakusbund unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Gemeinsam mit revolutionären Matrosen aus Kiel nahmen sie den Kommandanten von Berlin und späteren Vorsitzenden der SPD, Otto Wels, gewaltsam gefangen; sie sperrten ihn im ehemaligen kaiserlichen Marstall ein. Die Befreiung von Otto Wels führte zu bürgerkriegähnlichen Zuständen in Berlin. Beide Parteien setzten militärische Formationen ein. Diese Selbsterfleischung der Träger der Revolution aber rief sofort die Nationalisten und Monarchisten aus dem gestrigen Deutschland und die ersten Pioniere der späteren Naziverschwörung aus ihren Schlupfwinkeln hervor. Ihre erste Tat war die Verschleppung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in das Hotel Eden, wo die Spartakusführer unter den grausamsten Begleiterscheinungen am 15. Januar 1919 ermordet wurden. Die Gegenrevolution war gestartet.

Errungenschaften der Revolution

Der am 10. November 1918 gebildete Rat der Volksbeauftragten für das Reich verkündete die Aufhebung des Belagerungszustandes, Abschaffung der Zensur und die Amnestie für alle politischen Straftaten. Versammlungsfreiheit, die Aufhebung aller Beschränkungen des Koalitionsrechts und freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift sollten gewährleistet werden. Der Rat der Volksbeauftragten erklärte bei Amtsantritt darüber hinaus, er wolle bis zum 1. Januar 1919 den achtstündigen Arbeitstag einführen, für den Abbau der Wohnungsnot und die Sicherung der Volksernährung sorgen; Verordnungen über die Erwerbslosenunterstützung

und die Ausdehnung der Krankenversicherung wurden angekündigt.

Alle diese Maßnahmen sollten zunächst nur der Normalisierung des staatlichen Lebens nach einem vierjährigen Kriegszustand dienen. Gesetze wie die Aufhebung der Gesindeordnung und der Diskriminierung der Landarbeiter in Ostpreußen bedeuteten schon einiges mehr.

Im Reich und seinen Gliederungen wurde als erster Akt der Demokratisierung das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen eingeführt.

Da zwischen dem Ende der Räter Herrschaft und der Einberufung der Nationalversammlung eine längere Zeit verstrich, mußten Zwischenlösungen gefunden werden. Die Gewerkschaften waren entschlossen, die Durchsetzung ihrer Forderungen nicht bis zur Einberufung der Nationalversammlung zu vertagen. Sie verlangten insbesondere die schnellste Durchsetzung eines umfassenden Tarifvertragsgesetzes mit voller Autonomie der Sozialpartner. Am 15. November 1918 kam es zum Abschluß eines Abkommens über den kollektiven Arbeitsvertrag zwischen den Vertretern der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften und den industriellen Arbeitgeberverbänden. Das Abkommen war so abgefaßt, daß die Gesetzgeber von Weimar das Abkommen vom 15. November 1918 als Grundlage für das neue Tarifvertragsrecht übernehmen konnten:

1. *Die Gewerkschaften wurden als die berufenen Vertreter der Arbeitnehmerschaft anerkannt.*

2. *Die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Werkvereine sollten von den Arbeitgebern künftighin weder mittelbar noch unmittelbar unterstützt werden. Die gelben Werkvereine verschwanden.*

3. *Sämtlichen aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmern wurde der Anspruch zuerkannt, sofort nach Meldung wieder in die Arbeitsstelle einzutreten, die sie vor dem Krieg innegehabt hatten.*

4. *Die Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte sollten in Zukunft in Kollektivverhandlungen festgelegt werden.*

Wenn ich jetzt als 85jähriger an die Zeit der Revolution im Jahr 1918 zurückdenke und unsere damaligen Hoffnungen mit der selther-

gen Entwicklung vergleiche, so muß ich feststellen, daß die Räte und die Spartakisten die November-Revolution zeitweise stören konnten und daß sie der Gegenrevolution die Chance gaben, sehr bald ihre zerstörende Arbeit gegen die junge Demokratie aufzunehmen. Mit Stolz und Genugtuung kann ich aber feststellen, daß es nicht gelungen ist, die soziale Gesetzgebung von Weimar zu zerstören. Den Spartakisten gelang es nicht, den Bolschewismus in Deutschland zum Sieg zu führen. Die sozialen Errungenschaften haben die Zerschlagung der Weimarer Republik durch die Harzburger Front, den Nationalsozialismus und dann auch das „tausendjährige Reich“ Hitlers überdauert. In der November-Revolution 1918 wurden die Grundlagen für den sozialen Rechtsstaat gelegt, der heute in der Bundesrepublik weiterlebt und der eine Voraussetzung für die immer stärkere Vertiefung der Demokratie ist.

In jenen Tagen in der Reichskanzlei

Aus nächster Nähe:
Der Kampf um die Diktatur des Proletariats

„Aus nächster Nähe“ hat der 1884 in Lübeck geborene Jurist Arnold Brecht, der im Oktober 1918 vom Prinzen Max von Baden in die Reichskanzlei berufen wurde, den ersten Band seiner Memoiren beilieft, der 1966 in der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart erschien und aus dem wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages das Kapitel „Kampf um die Diktatur des Proletariats“ abdrucken. Im Jahre 1933 folgte Brecht unter dem Druck politischer Verfolgung einem Ruf als Professor an die New School for Social Research in New York.

Über seine erste Bekanntschaft mit den Arbeiterführern schreibt der Großbürgerssohn: „Ich gewann bald große Achtung vor diesen Männern, deren Ernst, Sachlichkeit, Überzeugungstreue und Charakter mich oft geradezu beschämten. Das galt besonders von dem handwerklichen Typus von Sozialdemokraten, wie Ebert selbst ihn vorbildlich repräsentierte, oder Severing, Wissell und der ehemalige Buchdrucker Otto Braun.“

Die harten Waffenstillstandsbedingungen durchzuführen, die Soldaten aus dem Felde nach Hause zu bringen und zu zivilisieren, das Gesamtvolk bei fortdauernder Blockade zu ernähren, das waren die großen praktischen Aufgaben, die nach der Staatsumwälzung gemeldet werden mußten, einerlei, wer die Regierungsgewalt hatte. Man muß sich Ihre Schwere und die damaligen fürchterlichen Ernährungsbedingungen wieder deutlich vergegenwärtigen, um zu verstehen, was diese dreifach negative Mitgift für die tägliche Arbeit der Volksbeauftragten bedeutete. Entscheidungen von großer Tragweite mußten schnell getroffen werden, oft von Stunde zu Stunde, ja unmittelbar auf telefonischen Anruf. Dabei wogten die revolutionierten Massen durch die Straßen, demonstrierten vor dem Reichskanzlerhaus, begegneten sich mit gegnerischen Demonstrationen, Delegationen verlangten, die Volksbeauftragten zu sehen und zu sprechen und bestimmte Zusagen von ihnen zu erhalten. Von der Wilhelmstraße schallte es „Ebert und Scheidemann, nieder, nieder! Liebknecht, hoch, hoch!“, oder umgekehrt.

Neben den drängenden praktischen Fragen, zum Teil sogar noch mehr als sie, erregte natürlich das plötzliche Ende der gewohnten monarchischen Ordnung im Reich und in jedem einzelnen der zwelundzwanzig Einzelstaaten, die von Königen, Großherzogen, Herzogen oder Fürsten regiert worden waren, alle Deutschen aufs tiefste, so daß sie sich wie in einem Taumelzustand befanden. Da nirgendwo ein ernstlicher Versuch gemacht worden war, die Revolution niederzuschlagen, erwartete man allgemein — nicht nur in Arbeiter-, sondern auch in Bürgerkreisen — eine mehr oder weniger sozialistische Neuordnung. Aber welche Formen sie annehmen würde, darüber machten sich die bürgerlichen Klassen, wenig vertraut mit der sozialistischen Literatur, kaum schon konkrete Vorstellungen.

Bei Sozialisten stand diese Frage jedoch an erster Stelle. Diktatur des Proletariats nach rus-

sischem Muster oder demokratischer Sozialismus, gegründet auf allgemeine Wahlen und auf ein Parlament mit sozialistischen Mehrheiten, die man optimistisch erwartete, das waren die Grundalternativen; dazwischen gab es eine große Anzahl von Schattierungen. Die Mehrheitssozialisten und auch der rechte Flügel der Unabhängigen lehnten das bolschewistische Vorbild einer diktatorischen Regierung durch einen kleinen „Vortrupp“ der Arbeiterklasse ab. Aber würden allgemeine Wahlen auch wirklich eine sozialistische Mehrheit ergeben? Und wenn nicht, war dann nicht mit der Ausschreibung allgemeiner Wahlen eine einmalige Chance der Geschichte, in Deutschland den Sozialismus einzuführen, unwiederbringlich verpaßt? Ja, selbst wenn die Wahlen eine sozialistische Mehrheit ergaben, ließ sich der Sozialismus überhaupt mit parlamentarischen Methoden durchführen? Lenin hatte das bestritten; es ist auch heute noch strittig.

Man kann es den Spartakisten und linken Unabhängigen nicht absprechen, daß sie logisch dachten, wenn sie sich aus diesen Erwägungen heraus gegen allgemeine Wahlen und eine parlamentarische Demokratie wandten. Wem die Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wichtiger war als Demokratie — Demokratie im Sinne einer Mehrheitsregierung auf der Grundlage freier Wahlen und des Schutzes der Freiheit des einzelnen —, der mußte vor freien Wahlen warnen. Es ist töricht, die logische Notwendigkeit dieser Opposition zu übersehen; wer das tut und in den Opponenten nur Radaumacher und Spitzbuben sieht, der sollte sich nicht mit Politik oder Geschichte befassen, davon versteht er dann nichts.

Regierung Ebert-Haase

Es war ein historischer Umstand von größter Bedeutung, daß Friedrich Ebert nach Erziehung und Überzeugung ein Sozialdemokrat war, für den es ohne Schwanken feststand, daß Deutschland so schnell wie möglich eine aus allgemeinen, freien, geheimen, direkten Wahlen hervorgehende Regierung bekommen mußte, selbst auf die Gefahr hin, daß in der Nationalversammlung die Sozialdemokraten keine absolute Mehrheit erhielten. Scheidemann und Landsberg teilten diese Ansicht. Alle drei glaubten auch, daß die Aussicht, eine sozialdemokratische Mehrheit zu bekommen, um so größer wäre, je schneller die Wahlen vorgenommen würden.

Aber die Unabhängigen unter den Volksbeauftragten zögerten. Barth lehnte allgemeine Wahlen ab. Haase und Dittmann wollten sie zum mindesten möglichst lange aufschieben, um vorher noch recht viele revolutionäre Erregenschaften unter Dach zu bringen. Ebert konnte den Unabhängigen seinen Willen nicht einfach aufzwingen. Sie waren gleichberechtigte Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten. Für die Massen der Arbeiter und Soldaten war die Regierung nicht eine Regierung Ebert, sondern eine Regierung Ebert-Haase. Man sah in der Verbindung der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen den Schlüssel für eine friedliche sozialistische Zukunft. Von Einheiten der Armee liefen in den ersten Tagen über tausend Telegramme ein, die der neuen Regierung Gehorsam versprachen. Ich hatte sie zu sichten. So verschieden die Texte in anderer Hinsicht waren, sie stimmten alle darin überein, daß sie die Regierung als „Regierung Ebert-Haase“ bezeichneten.

Auch waren die sechs Volksbeauftragten nicht Alleinherrscher. Der „Vollzugsrat der Arbeiter und Soldaten“, der im preußischen Abgeordnetenhaus tagte, maßte sich die Oberaufsicht über die Volksbeauftragten an, und die war ihm ja auch tatsächlich durch die Massenversammlung im Zirkus Busch übertragen worden. Man hatte ihn zwar ebenso wie den Rat der Volksbeauftragten „paritätisch“ zusammengesetzt, aber er enthielt auf seiten der Unabhängigen keinen einzigen Mann ihres rechten Flügels, zu dem außer Haase und Dittmann auch solche führenden sozialistischen Denker wie Rudolf Hilferding und Eduard Bernstein und der fast aristokratisch wirkende Intellektuelle Rudolf Breitscheid gehörten. Nur der linke Flügel, der sich auf revolutionäre Massenbewegung und eklatante Taten des gesellschaftlichen Umsturzes stützte und die Einberufung einer Nationalversammlung aus allgemeinen Wahlen verhindern wollte, hatte Vertreter im Vollzugsrat. Unter ihnen waren außer Emil Barth drei Männer von charakteristischem Profil führend, Richard Müller, Ernst Däumling und Georg Ledebour.

Richard Müller war ein Metallarbeiter, der 1918 für die Unabhängigen in den Nachwahlen zu dem (durch den Tod des Reichstagspräsidenten Kampf freigewordenen) Reichstagsitz im ersten Berliner Wahlkreis kandidiert, aber verloren hatte. Er war nun Erster Vorsitzender des Vollzugsrates geworden neben dem mehrheits-

sozialistischen Soldaten Brutus Molkenbuhr, der erst einige Tage später in den Vollzugsrat delegiert worden war. Schon am 19. November hielt Richard Müller eine zweite Versammlung der Soldatenräte im Zirkus Busch ab, in der außer ihm auch Liebknecht, Ledebour, Haase, Ebert und Hermann Müller (der spätere Reichskanzler) redeten. Es war hier, wo er die geflügelten Worte sprach: „Der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche“, die ihm den Spottnamen „der Leichenmüller“ eingetragen haben, weil er trotz Nationalversammlung ganz friedlich am Leben blieb, eine ständige Warnung, daß man sich mit nicht ausgeführten Drohungen unsterblich lächerlich machen kann. Aber damals war die Drohung durchaus nicht lächerlich. Ob es gelingen würde, die Wahlen auszuschreiben, oder ob es zur kommunistischen Diktatur kommen würde, stand lange auf des Messers Schneide.

Däumling, den Hermann Müller in seinen Memoiren einen „Mann der Tat“ nennt, war vor dem Krieg in der französischen Fremdenlegion gewesen. Nach der Heimkehr Schlafwagenkontrollleur, Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen, zuletzt im „Vorwärts“, hatte er bis 1918 an den deutschen Sieg geglaubt, wurde dann aber Revolutionär und Mitglied der „revolutionären Obleute“ (Vertreter der Unabhängigen in den Großbetrieben). Er gehörte einer Verschwörung von Unabhängigen an, die am 2. November beschlossen, die Revolution in Berlin am 4. November zu beginnen, aber entdeckt und verhaftet wurden. Auch er war nun Führer im Kampf gegen die Nationalversammlung.

Ledebour, der älteste von ihnen, war ein Kampfhahn, revolutionärer Typ, Rufer im Streit, Schürer jeder Unzufriedenheit, beleidigt, daß ihn die Revolution nie an die Spitze brachte, zähe und nicht dumm.

Die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie im Vollzugsrat waren meist kleines Kaliber. Mit Ausnahme von Brutus Molkenbuhr und zwei später eingetretenen Mitgliedern, Hermann Müller und Cohen-Reuss, blieben sie der Allgemeinheit fast unbekannt. Müller trat schon am dritten Tage als Vertreter des Vorstandes der SPD dem Vollzugsrat bei, nachdem Otto Braun, zu dieser Rolle am Vortage bestimmt, gleich wieder ausgeschieden war, um preußischer Landwirtschaftsminister zu werden.

Ursprünglich 24, dann 28 Mitglieder stark, wuchs der Vollzugsrat allmählich auf 45 durch

zusätzliche Ernennungen von Mannschaftsvertretern aus dem Kriegsministerium und dem Reichsmarineamt, von der Ostfront und von der Westfront und, da dies alles Mehrheitssozialisten waren, von einer entsprechenden Zahl von Unabhängigen, darunter Rechtsanwalt Obuch. Mehrere der im Zirkus Busch gewählten Soldaten, wie der Hauptmann von Beerfelde und der Oberleutnant Waiz, erwiesen sich als „untragbar“ oder schieden, wie der begabte Oberleutnant Colin Ross, freiwillig in Konflikten aus. Sie wurden durch andere ersetzt. Zu solchen Nachwahlen und zu kritischen Erörterungen traten die von den Regimentern delegierten Soldaten mehrfach wieder zusammen. Schließlich kamen auch noch süddeutsche Vertreter aus München und aus Baden hinzu, die dagegen protestiert hatten, daß sich reine Berliner Arbeiter- und Soldatenräte die Aufsicht über die Regierung Gesamtdeutschlands anmaßen.

Der Vollzugsrat „atmete mehr in der revolutionären Atmosphäre, die Volksbeauftragten dachten mehr an das Morgen“, das heißt an die unmittelbar bevorstehenden Aufgaben, faßt Hermann Müller die Situation zusammen. Er selbst suchte zu vermitteln und ging jeden späten Abend zu Ebert in die Reichskanzlei (beide waren durch lange Zusammenarbeit im Arbeitersekretariat Bremen alte Freunde), wo er gewöhnlich Geheimrat Simons als letzten Eberts Zimmer verlassen sah.

Tag für Tag liefen bei uns in der Reichskanzlei Anzeigen über angeblich geplante oder im Gange befindliche gegenrevolutionäre oder bolschewistische Putschs ein; oft hieß es, die Verschwörer seien bereits im Anmarsch. Gewöhnlich stellte es sich heraus, daß die Angaben unrichtig oder übertrieben oder die angeblichen feindlichen Kolonnen friedliche Demonstranten freundschaftlicher Gesinnung waren.

Wir brühten daher gegen solche Alarmnachrichten allmählich etwas ab.

Eine Köpenicklade

Einmal, als wir mit einer Meldung etwas beunruhigt zu Unterstaatssekretär Baake gingen, sagte er: „Nun setzen Sie sich erst einmal hin und trinken Sie ein Gläschen von diesem Napoleon-Kognak; das sind ja alles Hirngespinnste von Verrückten.“ Der Kognak war vorzüglich, und die Nachricht, die uns beunruhigt hatte, erwies sich wirklich als irrig.

Aber gelegentlich war es doch ernster. Am Nachmittag des 6. Dezember gegen 4 Uhr erschienen beim Vollzugsrat im Abgeordnetenhaus (Ministerzimmer) Soldaten des Franzer Regiments, deren Führer, ein Feldwebel Fischer, behauptete, von dem Rat der Volksbeauftragten Befehl erhalten zu haben, den Vollzugsrat zu verhaften. Erst lange Diskussionen mit den Soldaten und das Hinzukommen des Volksbeauftragten Emil Barth, der den Leuten versicherte, daß weder der Rat der Volksbeauftragten als Ganzes noch Ebert oder Scheidemann als einzelne einen solchen Befehl gegeben hätten, bewog die Soldaten abzuziehen.

Der Vorgang wurde noch mysteriöser dadurch, daß etwa gleichzeitig vor der Reichskanzlei bewaffnete Soldaten demonstrierten, die unter Leitung des damaligen Kommandanten der Franzer, eines Feldwebels Spiro, standen; es waren auch Matrosen der Marinodivision und Teile einer bewaffneten Studentenwehr dabei. Spiro hielt eine Ansprache, in der er Ebert des Schutzes der Truppen versicherte, sich gegen die Mißwirtschaft im Vollzugsrat wandte und Einberufung einer Nationalversammlung verlangte. Er endete mit einer Ausrufung Eberts zum Reichspräsidenten.

Spiro hatte Ebert vorher mündlich angezeigt, daß er mit seinen Soldaten vor der Reichskanzlei für Ruhe und Ordnung zugunsten der revolutionären Regierung demonstrieren wolle; aber von einer Ausrufung zum Präsidenten hatte er nichts gesagt. Ebert hatte geraten, die Soldaten sollten sich mit den Arbeitern zusammenschließen und solche Demonstrationen lieber nicht allein machen. Als sie trotzdem getrennt ankamen, trat Ebert heraus, dankte ihnen für ihre Loyalität und erklärte ihnen, daß er eine Ausrufung zum Reichspräsidenten nicht so ohne weiteres annehmen könne; diese Frage müsse erst von der Reichsregierung erörtert werden.

Daß eine Verhaftung des Vollzugsrats geplant war, hatte Ebert nicht erfahren. Zwei Matrosen waren zwar am Morgen in die Reichskanzlei gekommen und hatten etwas derartiges dem jungen Moser und mir erzählt. Wir hatten sogleich eine Notiz an Ebert hinaufgesandt. Da er aber gerade in einer Kabinettsitzung war, las er sie nicht; vielleicht blieb sie im Vorzimmer beim Abgeordneten Schulz liegen. Wir selbst hatten die Mitteilung nicht ganz ernst

genommen, sondern vermuteten, daß es sich wieder um einen falschen Alarm handelte.

Viel kam darauf an, wie die Zeitungen berichteten. Aufhetzende Darstellungen konnten leicht zu revolutionären Gewalttaten der linksradikalen Arbeiter führen. Der „Vorwärts“ war damals gewissermaßen Regierungsblatt. Unvergesslich ist mir, wie der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, der zufällig gerade in der Reichskanzlei war, sich telefonisch aus dem Zimmer des Unterstaatssekretärs seine Redaktion geben ließ und ohne jede Aufregung mit gleichmäßiger Stimme zu seiner Sekretärin sagte: „Bitte schreiben Sie Leitartikel. Überschrift: Eine Köpenickklade im Abgeordnetenhaus.“ Und dann diktierte er ohne Stocken den ganzen Artikel herunter. Der gute Einfall der Überschrift rettete die Situation.

Wer stand hinter diesem ersten „Rechtsputsch“? War er von lange her vorbereitet und organisiert worden oder improvisiert? Der Rat der Volksbeauftragten setzte sofort eine Untersuchungskommission aus drei zuverlässigen Männern, darunter zwei Rechtsanwälte, ein. Die Untersuchung zog sich hin und brachte keine volle Aufklärung. Sicher ist, daß einige Beamte des Auswärtigen Amtes in die Sache verwickelt waren, darunter ein Graf Matuschka und Freiherr R. von Rheinbaben, die zusammen mit einem gewissen Merten in Verdacht standen, auch den Befehl zur Verhaftung des Vollzugsrats gegeben zu haben, und beide flüchtig waren. Freiherr von Stumm, früher im Auswärtigen Amt, hatte Geld für die Studentenwehren gegeben; aber denen war nichts Strafbares nachzuweisen. Auch der Oberleutnant Graf Metternich, 31jähriger Neffe des früheren Botschafters in London, und ein Hauptmann Cohler waren im Verdacht der Mitwissenschaft. Der junge Metternich hatte sich, obwohl er Graf war und im Hotel Adlon wohnte, der Volksmarinedivision angeschlossen, die ihn zeitweise zu ihrem Führer machte, aber nach dem 6. Dezember fallen ließ. Noch andere Beamte des Auswärtigen Amtes als die genannten haben wohl von dem Plan einer Ausrufung Eberts zum Reichspräsidenten gewußt, auch Kurt Riezler. Aber diese Ausrufung für sich allein genommen und ohne Zusammenhang mit der Verhaftung des Vollzugsrats war kaum mehr als eine Demonstration ohne kriminelle Bedeutung.

Auf Verlangen des Vollzugsrats fand am nächsten Tage, dem 7. Dezember, eine gemeinsame Sitzung zwischen ihm und dem Rat der Volksbeauftragten im Pfeillersaal der Reichskanzlei statt. Ledebour sagte, der Plan zur Verhaftung des Vollzugsrats sei durch zwei Marinesoldaten mir und Moser in der Reichskanzlei mitgeteilt worden. „Brecht und Moser müssen sich hier verantworten, ob sie die Mitteilung an Haase und Ebert weitergegeben haben. Haben sie einem der Volksbeauftragten Mitteilung gemacht, dann gehört dieser Fall vor ein Kriegsgericht (er meinte wohl ein Revolutionsgericht), wenn nicht, dann diese beiden Beamten.“ Er beantragte, Brecht und Moser „dingfest zu machen und hier vorzuführen“. Ebert widersprach dieser Vermischung von politischer Besprechung und Untersuchung. Aber nach längerem Hin und Her wurde Ledebours Antrag mit 18 gegen 13 Stimmen angenommen.

„Dingfest gemacht“

Wir wurden heraufgerufen und nahmen gegenüber Richard Müller und Ledebour Platz. Ich schilderte die Zustände in der Reichskanzlei, die unaufhörlich einlaufenden Denunziationen, gab zu, daß darunter auch eine von zwei Marinesoldaten gewesen sei, erklärte, warum wir nach unseren Erfahrungen solche Mitteilungen nicht immer ernst genommen hätten, daß wir aber über diese, obwohl wir auch sie für eine Ente hielten, sofort eine Notiz aufgenommen und als eilig zu Ebert hinaufgesandt hätten. Zur Illustration erzählte ich auch die Geschichte von den tausend Telegrammen der heimkehrenden Regimenter, in denen die Soldaten ihre Treue zu der Regierung Ebert/Haase bekundet hätten, wobei niemals Ebert allein genannt worden sei, sondern immer in Verbindung mit dem Namen Haase, „als ob die Absender Ebert für den Vornamen von Haase gehalten hätten“. Haase schmunzelte, Ebert runzelte die Stirn, lächelte dann aber selbst, weil er die Pointe begriff. Haase beruhigte den Vollzugsrat („Wir stehen und fallen mit dem Vollzugsrat“) und unterstrich, daß niemand von den Volksbeauftragten eine Mitteilung erhalten hätte und daß ständig Putschnachrichten einliefen. Dittmann fiel ein: heute lägen schon fünf solche Nachrichten vor. Ebert und Scheidemann verließen wegen der gegen sie geführten Sprache schließlich den Raum. Wir wurden von dem Unterstaatssekretär Baake in ein benachbartes Zimmer geführt und dort „bis auf weiteres“

eingeschlossen; er sagte dabei anerkennend, die Reichskanzlei habe wenige, aber vorzügliche Beamte. Im Zimmer war ein Telefon, über das ich ungehindert meine Frau Clara anrufen konnte, daß ich später nach Hause kommen würde.

Inzwischen ging die aufgeregte Aussprache weiter. Ein anderes unabhängiges Mitglied des Vollzugsrats, Obuch, verlangte, daß Ebert aus der Regierung ausscheiden solle. „Moser und Brecht haben uns frech belogen. Die beiden Matrosen sind empört darüber, daß uns die beiden Lügen ins Gesicht gesagt haben.“ Hermann Müller widersprach. Haase bemerkte, daß die Aussagen der Marinesoldaten und die unsrigen durchaus veriangtbar seien. Obuchs Antrag wurde abgelehnt. Wir wurden aus unserer Haft entlassen.

Wir hatten wirklich nicht gelogen. Aber der Argwohn des Vollzugsrats war verständlich. Daß Ebert selbst und weite Kreise der Bevölkerung den Vollzugsrat, jedenfalls in seiner bisherigen Zusammensetzung, am liebsten losgewesen wären, war ebenso klar wie der Wunsch der radikalen Linken, Ebert und Scheidemann loszuwerden.

Schon vor den Ereignissen vom 6. Dezember war es zu einer Einigung zwischen Vollzugsrat und Volksbeauftragten gekommen, daß sobald wie möglich eine aus Wahlen im Reichsgebiet hervorgehende Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentreten solle, die dann einen *gesamtdutschen* Vollzugsrat anstelle des Berliner wählen sollte. Bis dahin sollte aber der Berliner Vollzugsrat die Kontrolle über die Regierung ausüben, auch Volksbeauftragte aberufen und ernennen können. Der Rat der Volksbeauftragten sollte „die Exekutive“ haben. Alles dies wurde nun am 9. Dezember nochmals bestätigt und veröffentlicht.

Dittmanns Rede

Darauf wurde der „Erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte“ auf den 16. Dezember ins Abgeordnetenhaus in Berlin einberufen. Während des ersten Sitzungstages herrschten im und um das Abgeordnetenhaus wilde Zustände. Zehntausende von Arbeitern folgten einem Ruf der Roten Fahne, des Organs von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Betriebe zu verlassen und Massendemonstrationen vor dem Hause zu veranstalten. Delegationen drangen zur Einschüchterung in den Kongreßsaal vor; sie

verlangten Beseitigung des Rats der Volksbeauftragten und Bildung einer Roten Garde. Am folgenden Tage erzwangen sich etwa 39 Soldatenvertreter den Eintritt in den Sitzungssaal, die große Pappschilder mit Regimentsnamen trugen. Am dritten Tage wiederholten sich die Vorgänge des ersten im Hause und führten zu tumultuösen Szenen.

Aber die Mitglieder des Kongresses, an Tumulte aller Art gewöhnte Leute mit Humor und guten Nerven, erledigten ihre Hauptaufgabe, ohne sich einschüchtern zu lassen. Sie lehnten einen Antrag Däumings auf Einberufung eines neuen Rätekongresses mit 344 gegen 98 Stimmen ab und nahmen den Antrag des Mehrheitssozialisten Cohen-Reuss auf Anberaumung der Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 mit 400 gegen 50 Stimmen an. Der 19. Januar war der ursprünglich von Ebert vorgeschlagene Tag, doch hatten die Volksbeauftragten sich unter dem Druck der Unabhängigen schließlich auf den 19. Februar unter Stimmenthaltung Eberts geeinigt. Der Rätekongreß kehrte zu dem früheren Datum zurück. Bemerkenswert in der Aussprache war nicht so sehr Eberts Eintreten für die Wahlen, das ja jeder vorausgesehen hatte, sondern eine große, höchst staatsmännische Rede des unabhängigen Volksbeauftragten Wilhelm Dittmann, die ich mit Bewunderung anhörte. Ihm gebührt ein erheblicher Teil des Dankes für das Ergebnis der Sitzung und besonders für die Zurückweisung der linksradikalen Angriffe, besonders von seiten Richard Müllers und Ledebours, auf die Volksbeauftragten.

Damit war die Entscheidung zugunsten parlamentarischer Demokratie in Deutschland gefallen. Nur wenige Zeitgenossen waren sich der großen geschichtlichen Bedeutung dieses Kongresses bewußt. Zu seinen Beschlüssen gehörte auch die Neuübertragung der vollziehenden Gewalt (bis zu anderweitiger Regelung durch die Nationalversammlung) an den Rat der Volksbeauftragten unter Überwachung nicht mehr durch den Groß-Berliner Vollzugsrat, sondern durch einen vom Rätekongreß abschließend bestellten Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der von nun an das Recht haben sollte, Volksbeauftragte zu berufen oder abzuberufen. Die Volksbeauftragten sollten in jedes Reichsamt und preußische Ministerium zwei Beigeordnete entsenden, je einen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen.

Die Unabhängigen beschlossen, sich an der

Wahl für den Zentralrat nicht zu beteiligen. Vergeblich bekämpfte Haase diese Abstinenz. So bestand der 27köpfige Zentralrat nur aus Mehrheitssozialisten unter dem Drelewworsitz von dem Gewerkschaftsführer Leinert, Hermann Müller und Cohen-Reuss. Unter anderen gehörten Karl Zörgiebel und Albrecht Grzesinski, beide von ihnen später Berliner Polizeipräsidenten und Grzesinski auch Innenminister, dem Zentralrat an.

„Der Einwurf, daß die Revolution von 1918 in ihren Anfängen stecken geblieben sei und sich nicht zur Revolution im Sinne Lenins entwickelt habe, wird besonders von denen erhoben, die im Sowjet-System einen Fortschritt zum Sozialismus erblicken. Die Freiheit und der Sozialismus aber, um deren Erringung es 1918 auch dem Spartakusbund ging, wo sind die zu finden? Etwa in Sowjetrußland? Die letzten Ereignisse in der Tschechoslowakei beweisen zur Genüge, wie vorsichtig man sein muß bei der Beurteilung der Frage, ob uns 1918 mit einem Sowjet-System mehr gedient worden wäre als mit einer Demokratie von Weimar.“

Wilhelm Kaisen

am 10. November 1968 in Bad Godesberg

Die unerwartete Revolution und ihre Folgen

Die letzten 50 Jahre tätig mitgemacht

9. November 1918: In Stuttgart wird erzählt, daß am Nachmittag des Tages, an dem in Berlin Scheidemann die Republik ausrief, ein alter sozialdemokratischer Funktionär in das Stuttgarter Parteisekretariat gestürzt sei und empört erklärt habe: „Da macht Ihr eine Revolution und sagt unsereinem nichts davon!“

Ob es sich bei dieser Geschichte um eine gut erfundene Anekdote oder um einen tatsächlichen Vorgang handelte, ist heute belanglos. Daß sie damals erzählt und allgemein für glaubhaft gehalten wurde, offenbart etwas über die Haltung mancher Sozialdemokraten gegenüber den Vorgängen des November 1918. Sie hatten zwar lange Jahre hindurch in radikaler Opposition gegen das herrschende System verharrt. Sie hatten den Aufstieg der Partei von der verachteten und verfolgten Sekte zur stärksten Fraktion des Reichstages erlebt. Aber sie hatten im Ernst nicht an eine totale Wandlung, an einen vollkommenen Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands gedacht, schon gar nicht im Gefolge einer militärischen Niederlage, die für viele Sozialdemokraten genauso ein Alptraum war wie für die 150prozentigen Patrioten.

Als der Fall dann doch eintrat, war die Partei bereits gespalten und in ihrer Aktionsfähigkeit durch ihr ungeklärtes Verhältnis zur Problematik der ihr plötzlich zugefallenen Macht gehemmt. Hinzu kamen die gewaltigen Schwierigkeiten in einem durch den Krieg ausgebluteten und hungernden Land, an dessen Grenzen die feindlichen Armeen, mit dem Einmarsch drohend, standen, während das geschlagene eigene Heer ins Land zurückströmte, zum Teil desorganisiert, zum Teil noch in der Hand der alten Führungskader mit ihrer einer neuen Ordnung keineswegs zugeneigten „konservativen“ Haltung.

Ohne Konzeption

In dieser Lage, ohne eine strategische Konzeption, die aus dem Zusammenbruch des

Alten planmäßig die revolutionäre Erneuerung hätte entwickeln können, schien es den Führern der SPD, der Mehrheitssozialisten, geraten, ihre Bemühungen auf die Wiederherstellung der Ordnung und den raschen Übergang zu konstitutionellen Verfahrensweisen zu konzentrieren.

Dieses Bemühen konnte nur erfolgreich sein, wenn es zunächst gelang, der Kräfte Herr zu werden, die, angespornt durch die russischen Ereignisse seit dem Oktober 1917, auf den Trümmern der alten Ordnung die Fahnen der sozialistischen Revolution hissen wollten und damit — aus der damaligen Sicht — nur das vollkommene Chaos herbeigeführt, die alliierte Intervention provoziert und das Ende der Souveränität des Reiches erreicht haben würden.

Der Wille, so schnell wie möglich auf den Boden verfassungsmäßiger Zustände zurückzukehren, führte zum Bruch mit den „Unabhängigen“, die anfangs noch an der Regierung der Volksbeauftragten beteiligt waren, und zwang zur Zusammenarbeit mit zunächst loyal erscheinenden Resten der alten Autoritäten in Armee und Verwaltung. Das war der Anfang vom Ende dessen, was man die Revolution des Jahres 1918 nennt.

Es ist hier ohne den Anspruch auf historische Genauigkeit im Detail versucht worden, aus der Distanz eines halben Jahrhunderts den Standpunkt derjenigen zu rekonstruieren, die damals von der Geschichte berufen worden waren, als Sozialdemokraten zu handeln. So wie sie sah auch der größte Teil der damals in der Mehrheits-SPD organisierten Sozialdemokraten die Lage und die Aufgabe.

Der Beschluß, im Januar 1919 Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung auszusprechen, leitete die Ära der Weimarer Republik ein. An ihrem Beginn stand nicht die Kraft einer einigen Sozialdemokratischen Partei. Vielmehr bestimmte das Zusammenwirken sozialdemokratischer und bürgerlicher Kräfte den Charakter der weiteren Entwicklung.

Als Soldat in Rußland

Ich erlebte diesen Abschnitt der deutschen Geschichte wie so viele andere meiner Generation aus den verschiedensten Blickwinkeln und in einer Periode des unsicheren Suchens nach einem eigenen politischen Standort. Während des Krieges, im Frühjahr 1917, war ich – wie damals selbstverständlich – einer Gewerkschaft beigetreten. Nach wenigen Wochen beruflicher Tätigkeit zu den Soldaten geholt und – gerade achtzehnjährig – nach Rußland geschickt, erlebte ich gewissermaßen aus der Froschperspektive des Landes die russische Oktoberrevolution. Von einer revolutionären Stimmung war in der Truppe nichts zu spüren. Die Sympathie mit den Ereignissen jenseits der Frontlinie war allerdings groß. Aber sie entsprang keinem Gleichklang der Ideen, sondern der Hoffnung, daß der Krieg nun schnell zu Ende gehen werde; eine der ersten Aktionen der Bolschewiki nach ihrem Sieg war ja der Waffenstillstand. Um so größer war die Enttäuschung, als Anfang 1918 der Krieg auch im Osten dennoch weiterging und deutsche Armeen sogar in die inneren Kämpfe Rußlands eingriffen, in die Ukraine und bis zum Don marschierten.

Damals gab es lebhaftige Diskussionen darüber, ob man diesen Marsch mitmachen oder den Gehorsam verweigern sollte. „Sollen wir unseren russischen Brüdern in den Rücken fallen?“, so wurde gefragt. Resigniertes Achselzucken und – Mitmarschieren waren die Antwort.

In den Gesprächen mit Kameraden im Unterstand, auf Posten und auf dem Marsch begegnete ich Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen, unter ihnen Sozialdemokraten aller Schattierungen. In den Diskussionen tauchten nicht nur mehr oder weniger klar die differenzierten Ideen des Sozialismus auf, sondern auch die Namen führender Repräsentanten der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, auch die Namen Kiental und Zimmerwald, jener Orte in der neutralen Schweiz, in denen sich die seit langem schwelende Spaltung der internationalen sozialistischen Bewegung manifestierte.

Erstes Parteibuch

Manches von dem, was damals aus sehr ungeordneten Gesprächen ins Bewußtsein des jungen Zuhörers drang, verdichtete sich im Lauf der Zeit durch die Auseinandersetzungen mit den Geschehnissen in der Heimat zu kla-

ren Vorstellungen. Der Beschluß, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (MSPD) zu werden, entstand unter dem unmittelbaren Eindruck der Januarkämpfe des Jahres 1919.

Am 19. Januar 1919 marschierte ich mit umgeschallter Pistole, zusammen mit einer sechsköpfigen Soldatengruppe, in eine schwäbische Kleinstadt, um an der Wahlurne Wache zu stehen und den Wahlablauf gegen Störungen von Radikalen zu schützen. Am gleichen Tag wurde in meiner Heimatstadt mein erstes Parteibuch vom dortigen Parteikassierer ausgestellt.

Für den jungen Parteifunktionär der SPD stellte sich immer wieder die Frage, ob die Entscheidungen der Partei, die schließlich zur frühen Wahl einer Nationalversammlung, zur Koalition mit der bürgerlichen Mitte und zur Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten geführt hatten, unter dem Gesichtspunkt einer auf lange Fristen angelegten politischen Konzeption richtig gewesen waren. Wie viele meiner Generation sah ich den Zwang, unter dem diese Entscheidungen gefallen waren, klar vor Augen und rechtfertigte die Entscheidungen mit der dringenden Notwendigkeit, den Zerfall des Staates im Strudel eines Bürgerkrieges zu verhindern, die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern und die Intervention von außen zu verhindern.

Der Konflikt, in den die Partei dadurch mit ihren eigenen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen geriet, wurde als eine historische Last empfunden. Wir hofften, ein Gegengewicht durch radikalere innenpolitische Forderungen zu schaffen. Das Resultat dieser Bemühungen war bescheiden, denn die gesamten politischen Umstände in den frühen zwanziger Jahren verhinderten eine schärfere Ausprägung sozialdemokratischer Politik im Sinne eines sozialistischen Programms.

Die alten Programme der Partei waren zu Sonntagsgewändern geworden, mit denen man in der politischen Tagespraxis wenig Staat machen konnte. Die neuen Programme von Görlitz (1921) und Heidelberg (1925) stellten (nicht ganz gelungene) Versuche dar, einen Kompromiß zwischen der alten Programmatik und der politischen Realität zu finden.

Die Sozialdemokratie verlor sehr bald, trotz der Wiedervereinigung mit der inzwischen von ihrem radikalen Flügel frei gewordenen USPD, an politischer Stärke. Die ersten Zeichen des

politischen Rechtsradikalismus wurden sichtbar und kulminierten im Hitler-Putsch vom November 1923. Die Partei schied aus der Reichsregierung aus, weil inzwischen die bürgerlichen Parteien mit ihrem rechten Flügel bis in die Gegend der Deutschnationalen sich konsolidiert hatten und die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie nicht mehr für nötig hielten.

Die letzte Chance

Die letzte Chance der Partei, noch einmal gestaltend und richtungsweisend das Schicksal der Nation in die Hand zu bekommen, eröffnete sich mit der Reichstagswahl vom Mai 1928, durch die die Sozialdemokraten wieder zur größten Fraktion im Reichstag wurden und unter ihrem bisherigen Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller-Franken eine Regierung bildeten, die parlamentarische Gruppen von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei umfaßte.

Der erste Akt dieser Regierung rief in der Partei eine lang anhaltende Auseinandersetzung hervor. Es ging um den Bau des berühmten Panzerkreuzers A, den die Sozialdemokraten in ihrem Wahlkampf mit der Parole bekämpft hatten: „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“, und der dann von der neuen sozialdemokratisch geführten Reichsregierung fast unmittelbar nach ihrem Antritt dennoch beschlossen wurde. Dieses Ereignis wirkte noch lange in der Partei nach, und ein Mann wie Kurt Schumacher, der keineswegs als Angehöriger eines extremen Flügels galt, führte mit anderen Männern und Frauen seiner Generation die Auseinandersetzung mitunter in außerordentlich scharfer Tonart.

Die Regierung Hermann Müller zerbrach schließlich an einer – wie man heute weiß – „Bagatelle“, nämlich an der Frage nach einer Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Hinterher, als die Folgen des Scheiterns einer ersten Regierung der Großen Koalition sichtbar wurden, begriffen viele, daß hier um eines kleinen Objekts willen der in diesem Augenblick mögliche Anteil der Sozialdemokraten an der politischen Macht geopfert und eine Periode parlamentarischen Zerfalls eingeleitet worden war, der von den Präsidialregierungen Brüning fast zwangsläufig über Papen und Schleicher zur Diktatur Hitlers führte.

Die SPD hat in dieser Periode des Zerfalls der parlamentarischen Demokratie, der noch be-

schleunigt wurde durch die verhängnisvolle Politik der KPD, besonders aber durch die Zerstörung der bürgerlichen Mitte und der Entwicklung der NSDAP zur Sammlungspartei des Bürgertums, rein zahlenmäßig wenig eingebüßt. Aber ihre Aktionsfähigkeit hatte stark gelitten, und auch der Versuch, dem drohenden Verhängnis durch die Bildung von halb-militärischen Kampfverbänden, wie Reichsbanner und Eiserner Front, entgegenzuwirken, mußte angesichts der sich anbahnenden Verbindung der rechtsradikalen Kräfte mit den militärischen Führungskräften der Weimarer Republik erfolglos bleiben.

Der 20. Juli 1932

Ich vergesse nicht, wie ich am Tag nach dem Staatsstreich Papens, am 20. Juli 1932, der die letzte sozialdemokratische Bastion, die preußische Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Otto Braun beseitigte, am Telefon hing, um mit einem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der zugleich Bezirksleiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Württemberg und Mitglied der Führungskörperschaften des ADGB war, in Fühlung zu bleiben. Jeder erwartete, daß die Gewerkschaften dem Staatsstreich mit ihren Mitteln, nämlich mit dem Generalstreik, begegnen würden. Zu meiner maßlosen Enttäuschung hörte ich schließlich, daß bei den langen Verhandlungen nur eines herausgekommen sei: man könne den Generalstreik nicht ausrufen, weil sonst die Gefahr bestehe, daß Gewerkschaftshäuser und gewerkschaftliche Unternehmungen von den „Staatsstreichlern“ beschlagnahmt würden. Damals fiel das bittere Wort, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung dabei seien, aus Angst vor dem Tode Selbstmord zu begehen. Aber: es fehlte wohl auch schon die Kraft zu einer so großen Aktion, wie es ein politischer Generalstreik in jenem Stadium der innerschlechten Entwicklung gewesen wäre. Die große Krise der frühen dreißiger Jahre mit ihrem wirtschaftlichen Zerfall und ihrer Massenarbeitslosigkeit und mit dem immer deutlicher sich abzeichnenden Zerbrechen der demokratischen Elemente der deutschen Politik zu Gunsten des extremen nazistischen Flügels führten in der Partei zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen aber eher die Hilflosigkeit gegenüber der drohenden Gefahr als ein klares Konzept für ihre Bekämpfung zutage trat. Die Abspaltung einer Gruppe von linken So-

zialdemokraten, die Bildung der SAP, war eine verhältnismäßig bedeutungslose Erscheinung jener Jahre. Sie hätte sich auf die Sozialdemokratie auch nicht mehr auswirken können, denn inzwischen war die Katastrophe eingetreten. Das Dritte Reich war ausgebrochen.

Zeit der Illegalität

Die Zeit der Illegalität der Sozialdemokratie begann praktisch schon vor den letzten Reichstagswahlen, Anfang Mai 1933. Aufgelöst wurde die Partei von den Nazis offiziell erst im Juli dieses unheilvollen Jahres. Die Verfolgungen aber hatten früher begonnen. Der Versuch, die organisatorische Existenz der Partei fortzuführen, zeigte, wie wenig die Sozialdemokraten auf eine solche Entwicklung vorbereitet waren. Ganz abgesehen davon, daß sich im Lande selber noch vor dem Verbot eine Führungsspitze bildete, die gegen den inzwischen emigrierten Parteivorstand Stellung bezog, entwickelte sich auf allen Ebenen eine Auseinandersetzung um die Methoden und Techniken der illegalen Arbeit.

Daß die Sozialdemokratie fortbestehen werde, daß sozialdemokratische Menschen die Ideen und den Geist der Sozialdemokratie weitertragen würden, war klar. Unklar war dagegen, wie dies unter den harten Bedingungen einer Diktatur, den drohenden Zuchthausstrafen, den Konzentrationslagern und der Hinrichtungsmaschinerie geschehen konnte. Unklar war, welche Lehren aus den bitteren Erfahrungen des November 1918 und der Weimarer Republik gezogen werden sollten.

Um diese Fragen zu lösen, bildeten sich sowohl im Lande wie in der Emigration Gruppen, die nicht auf eine Spaltung als vielmehr auf eine Neuorientierung der Partei hlnzielten. Ein neues Beginnen unter den Bedingungen der Illegalität, eine Anpassung der Arbeitsmethoden und der nur noch in bescheidenstem Umfang möglichen organisatorischen Tätigkeit war neben der Auseinandersetzung mit den politischen Problemen, die der Sieg des Nationalsozialismus für die Sozialisten geschaffen hatte, der Kern solcher Bestrebungen.

Neu Beginnen

Eine von diesen Gruppen, „Neu Beginnen“, hatte schon vor dem Ausbruch der Diktatur damit begonnen, sich theoretisch und praktisch auf die Illegalität und ihre besonderen Bedingungen zu konzentrieren.

Fritz Erler war in Berlin bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1938 eine der treibenden Kräfte dieser Gruppe im Inland. Andere, wie Waldemar von Knoeringen und der Verfasser dieses Artikels, waren mit Richard Loewenthal im Ausland tätig. Willi Eichler repräsentierte eine weitere Gruppe von Sozialdemokraten, die sich im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) zusammengefunden hatte. Dazu kam noch das versprengte Häuflein der SAP.

Kontakte zu allen diesen Gruppen gab es im Inland, soweit dies die Illegalität zuließ. Kontakte gab es auch mit der großen Masse der Sozialdemokraten, die illegaler Arbeit freilich nur in beschränktem Maße fähig waren und mangels einer zusammenhängenden Organisation mehr als Träger einer Gesinnung, denn als Motor des Widerstandes gelten konnten.

Kontakte gab es auch im Ausland zwischen den genannten Gruppen und dem emigrierten Parteivorstand. Sie bewegten sich in den ersten Jahren mehr auf der Ebene der Auseinandersetzungen um Methoden und inhalt sozialdemokratischer Politik. Erst um die Jahreswende 1940 auf 1941 fand ein Zusammenschluß aller Sozialdemokraten in England statt. Besonderheiten der kleinen Gruppen wurden zugunsten einer gemeinsamen Plattform aufgegeben und damit auch ein Stück künftiger sozialdemokratischer Programmatik formuliert.

Als ich im Oktober 1945 mit Erich Ollenhauer und Fritz Heine zum erstenmal nach dem Ende des III. Reiches an einer sozialdemokratischen Parteikonferenz in Kloster Wennigsen bei Hannover teilnahm, stellte ich zu meinem großen Erstaunen fest, daß Kurt Schumacher in seiner programmatischen Rede vor den Delegierten dieser Konferenz in entscheidenden Punkten völlig mit dem übereinstimmte, was wir in London in nächtlichen Diskussionen erarbeitet hatten.

Die Entwicklung der Partei seit 1945 ist nur zu verstehen auf dem Hintergrund der Erlebnisse und Ereignisse, deren Mithandelnde und Zeugen die Sozialdemokraten in den Jahrzehnten vorher gewesen sind. Im übrigen bin ich mir bewußt, daß es sich bei allem, was ich hier geschrieben habe, nicht um eine genaue historische Darstellung handelt, sondern um Spiegelungen der Ereignisse im Bewußtsein eines Mannes, der den Gang der Sozialdemokratie durch die Geschichte der letzten 50 Jahre tätig mitgemacht hat.

Aus dem Leben eines Funktionärs

Offener Brief
an einen jungen Anhänger der APO

Lieber Freund,
im Verlauf der Gespräche, die wir miteinander führten und in denen Du Dich oft über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihre „Funktionäre“ kritisch geäußert hast, fragtest Du mich nach meinem Werdegang. Da ich den Eindruck habe, daß Du nicht nur aus Lust am Negieren oder Randallieren zur „APO“ gehörst, sondern wie viele andere junge Menschen versuchst, Deinen Weg in der heutigen Zeit und in dieser Bundesrepublik zu suchen, will ich mich bemühen, Dir etwas aus meinem Leben und aus meiner politischen Tätigkeit zu erzählen. Erwarte nicht, daß ich große Theorien „verkünde“. Erwarte nicht, daß ich von großen Sensationen zu berichten habe. Aber drei Dinge bewegen mich, Dir dennoch aus meinem Leben und aus meiner politischen Tätigkeit zu erzählen:

1.

Ich unterscheide mich in Nichts von Tausenden und aber Tausenden sozialdemokratischer Funktionäre meiner Generation. Für uns war das Leben als Sozialdemokraten etwas Selbstverständliches.

2.

Ich bekenne mich dazu, daß ein Begriff innerhalb der Sozialdemokratischen Partei ausschlaggebend für mein ganzes Leben wurde. Es handelt sich um etwas Selbstverständliches, um etwas, was das Leben selbst war. Ich meine die Solidarität, das Wissen, daß man einer Gemeinschaft angehört, daß man sich auf einen Freund und Genossen verlassen kann.

3.

Für mich ist das leidenschaftliche Bekenntnis zur Demokratie keine politische Phrase. In den Wirren der Weimarer Republik groß geworden, habe ich die Zeit der Nazidiktatur in meiner Heimatstadt Hannover verbracht und habe am eigenen Körper den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie kennengelernt. Du mußt Dich also damit abfinden, daß ich und meinesgleichen bereit sind, über viele Dinge zu diskutieren, nur nicht über ein Problem:

Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln – und besser als in der Zeit der Weimarer Republik – die demokratische Lebensform dieser Bundesrepublik verteidigen, erweitern und vertiefen. Und wir werden alles nur Mögliche tun, um eines Tages zu erreichen, daß diese demokratische Lebensform auch Grundlage für das Leben der Menschen im anderen Teil Deutschlands und darüber hinaus sein kann.

Falls Du nun noch Lust hast, einiges aus meinem Leben und meiner politischen Tätigkeit zu erfahren, so höre denn:

Der Weg zur SPD

Ich wurde 1913 geboren. Nach Beendigung der Volksschule begann ich eine Lehre als Tischler. Es war in jener Zeit nur natürlich, daß ich Mitglied des Holzarbeiterverbandes und der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde. Ich fühlte mich in den Reihen meiner jungen Genossen sehr wohl. Hier war meine Heimat. Wir kamen regelmäßig zu Fahrten, zu Heimatabenden und politischen Schulungsabenden, zu politischen Wochenendkursen zusammen. Die innere Bindung, die in unserer Gruppe herrschte, ist schwer zu beschreiben. Die intensive Beschäftigung mit den Theoretikern der sozialdemokratischen Bewegung und die selbstverständliche Solidarität machten uns stündlich bewußt, was es heißt, Sozialdemokrat zu sein.

Ich wurde kurze Zeit nach meinem Eintritt in die SAJ stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins Hannover der SAJ. Dadurch ergab sich sehr bald ein Kontakt mit „der Partei“ – das war unsere Bezeichnung für die SPD. Und aus diesem Kontakt wiederum ergab sich, daß ich, entgegen den Vorschriften der Statuten, bereits als 15jähriger Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde.

Das geschah in einer Zeit, in der durch die große Weltkrise, von deren Ausmaßen und deren Auswirkungen besonders auf das Leben junger Menschen die heutige Jugend sich keine Vorstellung machen kann, der politische Kampf

in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände annahm. Wir hatten keine Zeit, über die „richtige“ oder die „falsche“ Politik der Partei zu diskutieren. Wir mußten unsere Haut im Kampf gegen die Nazis zu Markte tragen. Die Verteidigung der Wohnsiedlungen sozialdemokratischer Arbeiter, Straßenkämpfe und Saalschlachten — das war unser tägliches politisches Brot.

Damals hörte ich auch die haßerfüllten Reden von Gregor Strasser, Hermann Göring und Joseph Goebbels. Sie beschimpften und verleumdete die Sozialdemokraten und die parlamentarische Demokratie, die ihnen die Möglichkeit gab, sich politisch gegen die Weimarer Republik zu betätigen. Ich gehörte dann zu jenen, die meinten, daß politische Argumente im Kampf gegen die Verderber der Demokratie nicht ausreichten. Deshalb trat ich der halbmillitärischen Organisation „Reichsbanner“ bei. Ich war selbstverständlich dafür, daß wir uns bewaffneten. Ich erinnere mich, wie eines Tages Freunde nach Suhi in Thüringen fuhren, mit einem Auto voller Pistolen zurückkehrten und ich dann stolz meinen Anteil an der „warmen Unterwäsche“ an meine Genossen im Stadteil verteilte.

Arbeitslos und Funktionär der SPD

Wie viele andere hunderttausende junger Menschen wurde auch ich nach Abschluß meiner Lehre arbeitslos und lag auf der Straße. Natürlich empfand ich das als ungerecht. Natürlich diskutierten wir über die Schwächen und Fehler des Kapitalismus. Natürlich wollten wir eine Gesellschaft, in der wirtschaftliche Krisen, die sich direkt auf das Leben vieler Menschen auswirkten, unmöglich gemacht werden. Aber wir waren uns klar darüber, daß wir dies früher oder später nur in einer *sozialen Demokratie* erreichen könnten.

Für mich persönlich bedeutete die Arbeitslosigkeit etwas anderes: Meine „Karrlere“ als sozialdemokratischer Funktionär nahm ihren Anfang. Ich wurde 1931 Angestellter des Ortsvereins Hannover der SPD und war für die Organisation von Versammlungen verantwortlich. Ich betrachtete diese Tätigkeit als eine wichtige politische Arbeit. Und es ist nur natürlich, daß meine innere Bindung zur Partei dadurch zunahm.

Bald wurde uns klar, daß möglicherweise die Zeit der legalen Tätigkeit unserer Partei zu Ende gehen würde. Es begann die Vorberei-

tung der Illegalität. Keiner von uns wußte — das war 1932 —, wie dann gearbeitet werden könnte. Nur wenige wußten, wie es nach einer eventuellen Machtergreifung durch Hitler in Deutschland aussehen mochte. Aber wir ahnten Schlimmes, ging doch die faschistische Machtergreifung in Italien voraus mit grausamen Folterungen, Mord und Totschlag an vielen sozialdemokratischen Führern und zahllosen überzeugten Sozialdemokraten.

Für uns Sozialdemokraten in Hannover war es selbstverständlich, daß sich hunderte und tausende von Genossen bereit erklärten, auch im Falle des Verbots der Partei im Rahmen der „Sozialistischen Front“ — so wurde die illegale Organisation bezeichnet — für die Ideen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands weiterzuarbeiten. Hier sei daran erinnert, daß Hannover seit Jahrzehnten zu den Hochburgen der Sozialdemokratischen Partei gehörte und daß hier sozialdemokratische Tradition lebendig war. Wir waren bei aller Sorge vor dem Kommenden als Sozialdemokraten solidarisch.

Alltag der Illegalen im Dritten Reich

Dann begann das Dritte Reich. Unser Parteibüro im Gewerkschaftshaus wurde geschlossen, denn im April 1933 besetzten die Nazis dieses Gewerkschaftshaus. Wir aber machten weiter! Von Ersatzbüros aus arbeitete die Organisation, sogar Beitragsmarken wurden beschafft und Monat für Monat weiter geklebt. (Diese Tätigkeit halten viele heutzutage für unwichtig, obwohl sie eine bedeutende Rolle in der persönlichen Verbindung miteinander darstellt). Da es keine genehmigten Versammlungen mehr gab, trafen wir uns im Freien und legten das feierliche Gelöbnis ab, in Treue fest zur Partei zu halten. Du kannst Dir nicht vorstellen, was wir damals fühlten, als wir die menschliche und gesinnungsmäßige Verbundenheit aller Genossen nicht nur theoretisch gepredigt bekamen, sondern tatsächlich erlebten.

Das Verbot der Partei erschreckte uns nicht. Die noch vor der Machtergreifung organisierte „Sozialistische Front“ übernahm die Arbeit. Von Zeit zu Zeit erfolgten Verhaftungen. Von ihnen konnten aber auf Grund unseres Organisationsaufbaues höchstens die Mitglieder einer Gruppe betroffen werden. Denn der Leiter der Gruppe kannte nur den illegalen Namen seines Verbindungsmannes. Wir wußten auch, daß Verbindungen nach Berlin und zur „Sopade“ — der nach Prag emigrierten Leitung der SPD — be-

standen. Wir erfuhren von den KZ's, von den Folterungen. Wir veröffentlichten Berichte in illegalen Flugblättern und hektografierten Zeitungen. Wir wußten also, was uns im Falle einer Verhaftung blühte. Wir arbeiteten dennoch weiter für die Partei, für die Freiheit, für die Demokratie!

Im Auftrag der gewählten Leitung war ich für die organisatorische Verbindung unter den Sozialdemokraten in Hannover verantwortlich. Bei einem zur SPD zugehörigen Tischlermeister bekam ich zur Tarnung eine Stellung. Ich arbeitete aber kaum als Tischler. Denn ich war voll ausgelastet mit der Tätigkeit als „illegaler Funktionär“. Wir verteilten regelmäßig die „Blätter der Sozialistischen Front.“ Wir kassierten Beiträge. Sie wurden dringend zur Unterstützung der Familien gebraucht, deren Männer von der Gestapo verhaftet worden waren. Wir brauchten das Geld auch, um besonders gefährdete Genossen zu verbergen und vor dem Zugriff der Gestapo zu schützen. Natürlich war ich mir der Gefahr bewußt. Wenn ich durch die Straßen Hannovers mit einer Aktentasche voller Flugblätter ging, glaubte ich immer, daß jeder Vorbeigehende mich anstarren und auch sehen würde, was sich in der Tasche befand. Ich hatte Angst, und manchmal war ich auch unsicher, besonders dann, wenn ich von Verhaftungen anderer erfuhr. Da aber außer mir noch viele andere in gleicher Form arbeiteten und da ich wußte, daß im ganzen Reich Sozialdemokraten gegen das Naziregime ähnlich kämpften wie ich, wurde die Angst verdrängt. Man lebte in einer Spannung, das war nur natürlich. Aber man fühlte sich als Glied einer großen Gemeinschaft, die durch die Überzeugung von der Richtigkeit Ihrer Auffassungen verbunden war. Trotz Spannung gewöhnte man sich auch an den illegalen Alltag.

Es mag unglaublich klingen — die Spannung löste sich am Tag meiner Verhaftung. Jeder von uns dachte ab und zu an diesen Tag, aber jeder von uns verdrängte den Gedanken daran und meinte, er arbeite so konspirativ, daß er nicht davon betroffen werde könne.

Ich wußte, daß ich von der Verhaftung bedroht war. Ich wechselte mein Quartier. Ich stand vor der Frage, ob ich Hannover und Deutschland verlassen solle oder nicht. Vielleicht war ich nicht entschlossen genug, vielleicht war ich zu jung — so blieb ich und wurde verhaftet.

Von der Gestapo verhaftet

Es lohnt sich, diese Geschichte zu erzählen. Es war im Jahre 1935. Ein Kollege, der bei dem gleichen Tischlermeister wie ich arbeitete, erschoss in seiner Wohnung in einer Schrebergartensiedlung einen Hund. Durch Nachbarn erfuhr die Gestapo davon. Bei der Hausdurchsuchung wurden vergrabene Waffen gefunden, aber auch illegale Flugblätter. Der Kollege gab an, von wem er die Waffen erhalten hatte und daß ich der Lieferant der Flugblätter gewesen sei. Der Waffenlieferant gestand kurz nach seiner Verhaftung, daß er die Waffen dem „Hundetöter“ gegeben habe.

Ich war nicht bereit, so leicht und so schnell zu kapitulieren. Meine Angaben schienen den Vernehmern zumindest so „glaubwürdig“, daß sie darüber nachdachten. Ich hatte erklärt, daß es in der Bude des Tischlermeisters gang und gebe gewesen sei, Briefe und Pakete, die für einen Kollegen abgegeben worden waren, auf dessen Arbeitsplatz zu legen. Ich könne mich daran erinnern, daß ich zwei- oder dreimal Post für den infragekommenden Kollegen in Empfang genommen und auf seinen Arbeitsplatz gelegt hätte. Natürlich sei es möglich, daß in einem der Briefe Flugblätter gewesen seien. Das hätte ich aber nicht wissen können.

Mir war natürlich klar, daß ich zur Untermauerung meiner Aussage etwas erfinden mußte. Ich hatte Glück, mehr als Glück. Meine Mutter durfte mich besuchen, und ihr konnte ich bei einem solchen Besuch zuflüstern, daß sie ein zurückgegebenes Buch auf Seite 100 genau anschauen solle. Ich hatte auf dieser Seite bestimmte Buchstaben durchlöchert. Die Buchstaben, in Worte zusammengefaßt, ergaben meine Bitte, durch Post weiter illegale Zeitungen und Flugblätter an den „Hundetöter“ zu senden. Das klappte. Da ich in Haft war, konnte ich also für die Lieferung der Flugblätter nicht verantwortlich sein. Man mußte zumindest meine „Täterschaft“ in Zweifel ziehen.

Das änderte aber natürlich nichts daran, daß ich vor dem Volksgerichtshof erscheinen und verurteilt werden mußte. In Hamm beantragte der Staatsanwalt wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat eine sechsjährige Zuchthausstrafe gegen mich. Das Urteil lautete: zweieinhalb Jahre Zuchthaus. So verbrachte ich die nächsten Jahre meines Lebens im Zuchthaus Celle.

Der Volksgerichtshof in Hannover

Ein Jahr nach meiner Verhaftung konnte die Gestapo die „Sozialistische Front“ in Hannover zerschlagen. Durch den Leichtsinns des Verantwortlichen und seiner Mitarbeiterin war es der Gestapo gelungen, einen gerissenen Vertrauensmann in die Organisation einzuschleusen. Wenige Monate später schlug die Gestapo zu. Der verantwortliche Leiter konnte fliehen. Er kehrte auch 1945 nicht nach Deutschland zurück. Er wußte, was er getan hatte. Hunderte von Genossen wurden verhaftet. Der Volksgerichtshof verlegte seinen Sitz von Hamm nach Hannover. Tausende von Jahren von Gefängnis und Zuchthaus wurden gegen die Genossen der „Sozialistischen Front“ ausgesprochen. Die Zeit des großen Leidens vieler sozialdemokratischer Familien begann. Eine Reihe von Verhafteten wurde noch während der Vernehmungen erschlagen, andere kamen im Zuchthaus oder im Konzentrationslager um.

Ich überstand die Zeit der Haft gut – ich war jung. Die Spannung der illegalen Arbeit war genommen. Ich konnte sogar versuchen, meinen älteren Haftgenossen zu helfen. Wir lebten in Einzelzellen, arbeiteten aber zusammen. Für die älteren Genossen war die Haftzeit schwerer zu ertragen. Oft, wenn Briefe von der Familie kamen, flossen Tränen. Persönliche Konflikte kamen hinzu. Frauen trennten sich von ihren Männern oder wurden von den Nazis dazu gezwungen. Je näher aber der Tag der Beendigung der Strafe kam, desto mehr empfand ich eine ähnliche Spannung wie vor der Verhaftung. Ich hatte Angst um das, was mich nach dem Durchschreiten des Zuchthaustores erwarten würde.

Und als ich am Entlassungstage vor dem Celler Zuchthaus keine wartende Gestapo sah, befiel mich die Angst vor der Freiheit. Was würde in Hannover sein? Wie würde ich dort leben? Denn die zweieinhalb Jahre, die ich hinter Mauern verbracht hatte, erschienen mir wie eine Ewigkeit.

Solidarisch trotz Gestapo

Es kam anders. Ich erlebte die lebendige Solidarität, den menschlichen Zusammenhalt von Sozialdemokraten. Ich wurde von den Freunden aufgenommen, ja, man feierte im Kreise der Genossen meine Entlassung aus dem Zuchthaus – wie man jeden Heimkehrenden feierte. Man sorgte für Arbeit. Ich erfuhr so, daß der sozialdemokratische Geist weiterlebte.

Jede nur mögliche Gelegenheit wurde benutzt, um dies auch zu demonstrieren. Ich erinnere mich an die Beerdigung des ersten sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Hannover, Robert Leinert. Tausende und abertausende kamen zur Beerdigung. Die Trauerfeier, von der Gestapo mißtraulich beobachtet, wurde kurz vor Kriegsausbruch zu einer machtvollen Demonstration der SPD in Hannover.

Das Leben ging weiter. Ich arbeitete als Tischler. Die persönlichen Kontakte mit den Genossen wurden gepflegt. Von Zeit zu Zeit erhielten wir „politische Besuche“ von außerhalb, auch aus dem Ausland. Wir kümmerten uns um die Erweiterung des Solidaritätsfonds für die Betroffenen der Naziverfolgungen und ihrer Angehörigen. Wir hatten engen Kontakt zu einer Reihe von Großbetrieben Hannovers, die als „rote Buden“ angesehen wurden. Zu ihnen gehörte auch die Kleister- und Tapetenfirma „Sichel“, in der Kurt Schumacher nach seiner Entlassung aus dem KZ – er konnte nicht mehr nach Stuttgart zurück und wählte Hannover als seinen neuen Wohnort – mit Hilfe sozialdemokratischer Freunde Arbeit fand.

Während meiner Haftzeit war ich für wehrwürdig erklärt worden. Das hinderte die Nazis aber nicht daran, mich im Herbst 1942 zur Bewährungseinheit 999 einzuziehen. Damit wurden auch meine Anstrengungen, mich an der Kunstgewerbeschule Hannover beruflich weiterzubilden, unterbrochen.

Den 20. Juli 1944, den Tag des Attentats gegen Hitler, erlebte ich als Verwundeter in einem Lazarett in Hannover. Nach der Genesung kehrte ich zu meiner Einheit zurück. Das Leben war nicht leicht. Die Bewährungseinheiten bestanden aus kriminellen und aus früheren politischen Häftlingen oder politisch Mißliebigen. Wir hatten dort unsere eigenen Parteigruppen und diskutierten, was nach der Niederlage aus Deutschland werden sollte. Versuche, mit den Kommunisten unserer Einheit zu klärenden Gesprächen zu kommen, scheiterten an deren Starrsinn und ihrer eingebildeten Überzeugung, sie allein wüßten den richtigen Weg. Sie betrachteten uns als „Blutspender“. Dazu aber waren wir nicht bereit.

Der Wiederaufbau

Der Tag des Endes des Hitler-Reiches kam. Am 25. Mai 1945 kehrte ich aus kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurück, fest entschlossen, sofort wieder mit der politischen

Arbeit für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und für die Demokratie zu beginnen.

Ich erlebte, daß die in der Heimat Gebliebenen sich sofort nach der Kapitulation an die Arbeit gemacht hatten. Viele der alten Genossen waren dabei, und das Leben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ging weiter — fast in der gleichen Organisationsform, wie sie 1933 von den Nazis scheinbar für immer zerschlagen worden war. Das war für uns alle ein neuer und fast übermächtiger Beweis für die Stärke der Überzeugungen und des Vertrauens zueinander in dieser Partei. Allerdings wurden wir uns sofort einig darüber, daß auch wir aus unseren Fehlern und Schwächen der Vergangenheit zu lernen hätten — insbesondere, was unser Verhältnis zur Demokratie und unsere Bereitschaft zu ihrer Verteidigung angeht. Die Opfer der Sozialdemokraten in den zu Ende gegangenen 12 Jahren waren zu groß gewesen, als daß einer von uns bereit gewesen wäre, in dieser Frage auch nur einen Augenblick mit sich spaßen zu lassen. Kurt Schumacher sprach aus, was wir alle empfanden: „Die Demokratie, mag sie auch noch so viele Mängel haben, ist die einzig mögliche Grundlage für das Zusammenleben von Menschen. Sie ist die Voraussetzung für die Lösung und Verwirklichung aller Probleme. Sie zu verteidigen, sie zu verbreitern und zu vertiefen, ist höchstes politisches Ziel!“

Die Grenze der Toleranz

Ich bin am Ende meines Berichtes, lieber Freund. Ich hatte Dir vorher gesagt, daß nichts Besonderes zu erzählen sei. Und sicher wird es Dir, der Du in einem demokratischen Staat großgeworden bist, kaum verständlich sein, wenn ich berichte, daß Mut dazu gehörte, in jener Zeit an einer Hakenkreuzfahne ohne Gruß vorbeizugehen.

Vergiß aber nicht, was ich auch schon einmal sagte. Meine Erlebnisse sind nichts Besonderes. Sie sind das Schicksal von tausenden und abertausenden von Sozialdemokraten gewesen. Wieviel Kummer, Sorgen, Angst, Verzweiflung, aber auch Mut, Tapferkeit, und Vertrauen und politisches Bewußtsein hinter diesen Erlebnissen stehen, ist heute kaum zu ermessen. Wir aber sind ein wenig stolz darauf, daß wir „kleinen sozialdemokratischen Funktionäre“ dazu beigetragen haben, in der dunkelsten

Periode der Geschichte des deutschen Volkes unsere Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, am Leben zu erhalten. Und vielleicht versteht Du jetzt auch besser, warum wir so leidenschaftlich und kompromißlos die demokratischen Einrichtungen unseres Staates verteidigen und jeden bekämpfen, der auch nur den Versuch macht, sie anzutasten. Demokratie schließt Toleranz ein — das ist für Sozialdemokraten selbstverständlich. Toleranz verlangt auch, daß eingehend auf die Kritik junger Menschen gehört wird — das wissen wir alle, und wir bemühen uns, danach zu handeln. Die Toleranz aber hört aufgrund unserer bitteren Erfahrungen dort auf, wo es um die Existenz der Demokratie selbst geht. Und wenn ich zum Schluß meines Briefes rückblickend auf die Weimarer Zeit ein Wort der Selbstkritik gegenüber meiner Partei sagen muß, so dies: Die Sozialdemokraten der Weimarer Zeit waren in der Zeit zwischen 1918 und 1933 zu tolerant gegenüber den Feinden der Demokratie. Ich hoffe, daß Du zumindest in diesem Punkte mit mir übereinstimmst. Und ich hoffe weiter, daß mein Bericht Dich veranlaßt, über uns Sozialdemokraten etwas eingehender nachzudenken und vor allem die Motive unseres Handelns in einem anderen Lichte zu sehen als bisher. Wir wurden nicht so, wie wir sind, weil wir fast nur theoretisierten wie so mancher in heutiger Zeit, sondern das Leben, die Arbeit und die gewonnenen Erfahrungen haben uns zu dem gemacht, was wir heute sind.

Aus unserem Herbstprogramm zur politischen Bildung

C. W. Leske Verlag Opladen

Wolfram Fischer

Deutsche Wirtschaftspolitik von 1918 bis 1945

2., erweiterte Auflage 1968
Ca. 120 Seiten. Kart., 6,80 DM

Welche Rolle spielten wirtschaftliche Probleme und wirtschaftspolitische Entscheidungen in der Weimarer Republik und während der nationalsozialistischen Zeit? Eine Darstellung und Analyse der Hauptprobleme von der Inflation bis zur wirtschaftlichen Bilanz der NS-Herrschaft.

Victor E. Meier

Neuer Nationalismus in Südosteuropa

1968. 170 Seiten. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Reihe: „Aktuelle Außenpolitik“. Kart., 6,80 DM

Erlaubt Südosteuropa eine „nationale Wiedergeburt“? Führt zunehmende Unabhängigkeit zur nationalistischen Eigenbrüderlei? Welche Strukturen eines konstruktiven Zusammenlebens der Staaten zeichnen sich ab? Für das Verständnis der politischen Gesamtentwicklung im Ostblock ist diese Analyse unentbehrlich.

Eberhard Schulz / Hans Dieter Schulz

Braucht der Osten die DDR?

1968. 108 Seiten. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Reihe: „Aktuelle Außenpolitik“. Kart., 6,80 DM

Kann man der Sowjetunion die DDR „abkaufen“? Welche Bedeutung hat die DDR für das sozialistische Lager, und welche Chancen auf Wiedervereinigung sind damit gegeben? Durch die nüchternen Analyse der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Tatbestände kann ein Urteil über die Entwicklung der deutschen Frage gewonnen werden.

Prognosen für Europa

Die siebziger Jahre
zwischen Ost und West

1968. 120 Seiten. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Reihe: „Aktuelle Außenpolitik“. Kart., 6,80 DM

Wie sehen maßgebende politische Kreise die künftige politische Entwicklung in Europa? Dieser Frage wurde in zehn Ländern nachgegangen, die die europäische Politik beeinflussen könnten. Gerade für die deutsche Öffentlichkeit ergibt sich eine ermutigende Bilanz.

Die Kriegsgeneration

Mein Weg zur Sozialdemokratie

Bei manchen jungen Menschen fängt das politische Denken, das Fragen und die Kritik mit 14 oder 15 Jahren an, bei einigen wohl auch später — bei vielen leider aber selbst dann nicht, wenn sie längst voll erwachsen sind. Früher war das ganz ähnlich, und auch in Zukunft wird es ähnlich sein: das kritische politische Engagement ist eine Sache der Minderheiten. Dieser letzte Satz galt ganz besonders für die zwölf Jahre der Hitler-Diktatur in Deutschland.

Als Hitler zur Macht kam, war ich wenige Wochen vorher vierzehn Jahre alt geworden; ich war in einem Alter, in dem man noch kaum seine allerersten Anfänge eigenen politischen Denkens erlebte. Den Vierzehnjährigen hat 1933 niemand gesagt, was in der beginnenden neuen Epoche gefährlich und bedrohlich erscheinen müßte — meine Generation ging ungewarnt und zum Teil sehr gutgläubig in das sogenannte Dritte Reich. Wir hatten von dem vorhergehenden Elend, von der Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise, von den Straßenkämpfen in den großen Städten, von der Bitterkeit der Armut vieler Familien gerade nur ein wenig ins Bewußtsein genommen — und es erschreckte uns durchaus! —, da kamen Hitler und Goebbels und Göring, und sie versprachen, mit allem Elend und mit dem „System“ aufzuräumen, das angeblich dafür verantwortlich war. Es war verständlich, daß viele Erwachsene auf diese Rattenfängerei hereinfließen, es war noch natürlicher bei Kindern und Jugendlichen; denn gerade die Seele der Jugend und ihr natürlicher Idealismus wurden von den neuen Machthabern in geschicktester Weise ausgebeutet.

Es setzte sehr glückliche persönliche Umstände voraus, daß damals ein Vierzehnjähriger oder auch ein Sechzehnjähriger nicht zunächst auf den Nationalsozialismus ansprach: z. B. die Atmosphäre eines politisch bewußt demokratischen oder sozialdemokratischen, katholischen oder evangelischen Elternhauses oder z. B. den Einfluß aufrechter Lehrer in der

Schule oder couragierter Lehrgesellen oder Meister oder älterer Kollegen im Büro. Solche Einflüsse waren nicht sehr zahlreich, denn nur allzu viele Erwachsene gerieten sehr bald in den Sog der scheinbaren Erfolge Hitlers und seiner Politik. Für die Jugendlichen jener Zeit kam hinzu, daß sie von den politischen Kräften, welche die Weimarer Demokratie geschaffen und getragen hatten, fast gar nichts wußten. Ich hatte zum Beispiel Klassenkameraden, deren Eltern als Exponenten der SPD galten; aber was die SPD politisch bedeutete, blieb uns sehr dunkel, obgleich wir als Kinder manchmal in solchen Elternhäusern zu Gast waren. Jedenfalls wurden die so entstandenen positiven Eindrücke durch die Herabsetzung der Weimarer Parteien aus dem Munde der NS-Staatsführung und ihrer Organe zunächst völlig beseitgedrückt.

Meine Eltern hatten die NSDAP nicht gewählt, sie haben es auch später nicht getan. Sie waren aber auch nicht anderweitig politisch gebunden — erst sehr viel später fand ich heraus, daß mein Vater wohl in Friedrich Naumann oder Gustav Stresemann oder dem Hamburger Bürgermeister Carl Petersen Führungspersonen erblickte, die seinem politischem Denken gemäß waren. Er hat jedoch 1933 und in den folgenden Jahren auf seinen vierzehnjährigen Sohn keinen politischen Einfluß ausüben wollen; er hatte mich einerseits 1929 in eine überaus moderne, fortschrittliche Schule gegeben und andererseits verhindert, daß ich — mein sehnlicher Wunsch damals — einer der Gruppen der bündischen Jugend beitrete; er hatte mich mehr aus Konvention denn aus innerer Überzeugung konfirmieren lassen. Es lag in der Konsequenz seiner pädagogischen Vorstellungen, daß ich 1933 auch in die Hitlerjugend nicht eintreten durfte, als die Verbände der bündischen Jugend ihr eingegliedert waren. Meine Eltern bemühten sich, den Einfluß der NS-Propaganda auf ihre beiden Söhne möglichst klein zu halten, ohne ihr jedoch direkt entgegenzutreten. Heute weiß ich, daß dies

sehr häufig die Haltung von Eltern in diktatorischen Staaten ist, die ihre Kinder in der Schule oder im staatlichen Jugendverband der totalitären Erziehung ausgesetzt sehen, sie aber nicht in Konflikte bringen wollen, die einem Kind unlösbar sein können.

Etwa gleichzeitig mit meinem fünfzehnten Geburtstag wurde Anfang 1934 der kleine Schülerruderverein, dessen Vorsitzender ich war, mit vielen ähnlichen Sportvereinigungen in die Hitlerjugend eingegliedert; wir wurden eine „Kameradschaft“ in der Marine-HJ, zwölf Jungen. Ich wurde zu ihrem „Kameradschaftsführer“ ernannt und war stolz darauf. Es spricht gewiß sehr viel weniger für uns damalige Jungen als vielmehr gegen die HJ-Führung, daß viele von uns innerhalb von nur drei oder vier Jahren eine starke Skepsis gegenüber dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem entwickelten und froh waren, gerade 18 Jahre alt, durch Arbeitsdienst- und Wehrpflicht der ständigen ideologischen Beeinflussung entzogen zu werden.

„Entartete Kunst“

Die Verächtlichmachung des deutschen Expressionismus und der von mir sehr geliebten Emil Nolde, Ernst Barlach oder Käthe Kollwitz im Zusammenhang mit der Ausstellung „Entartete Kunst“ im Sommer 1936 gab bei mir den Ausschlag. Kurz vor meinem achtzehnten Geburtstag wurde ich im Herbst 1936 von der HJ suspendiert, weil ich mich nicht mehr ausreichend in den Rahmen einfügte. Mir ging es wie vielen jungen Leuten damals: je mehr wir uns dem Stadium des Erwachsenseins näherten, um so weniger glaubten wir an die Thesen, die uns vorgesetzt wurden; was wir aber positiv glauben und für wahr und wertvoll halten sollten, das wußten wir keineswegs.

Insbesondere das halbe Jahr Arbeitsdienst mit einer in meinem RAD-Lager geradezu dämlich-aufdringlichen politischen Schulung ließen mir die Luftwaffe, zu deren Flakartillerie ich im Herbst 1937 eingezogen wurde, fast wie eine Oase vorkommen. Ich hatte Glück: in meiner ganzen Wehrdienstzeit von Herbst 1937 bis Herbst 1945 hatte ich zwar auch unangenehme Vorgesetzte, aber keine Nazis oder gar „Hundertprozentige“, wie man damals die über-eifrigen Opportunisten nannte. Wir bekamen zwar einen dem damaligen Regime entsprechenden staatsbürgerlichen Unterricht, aber im Grunde kam es den Vorgesetzten viel mehr

darauf an, aus uns brauchbare Soldaten als etwa „Soldaten des Führers“ zu machen. Während des Krieges habe ich dann manche älteren Kameraden und Vorgesetzte erlebt, die ihre Ablehnung des Nationalsozialismus nicht verheimlichten und denen ich manche Einsicht verdanke.

Entscheidend für die große Masse meiner Altersgenossen und für mich war aber, daß wir als Soldaten – insbesondere von Beginn des Krieges bis zu dessen Ende – sehr stark isoliert waren vom alltäglichen normalen Leben. Die wenigen Urlaube galten den Eltern oder den Jugendfreunden oder -freundinnen, sie übten kaum politischen Einfluß aus. Auch unsere Kenntnisse von den Schreckenstaten der NS-Herrschaft, den Vergasungen in den Konzentrationslagern zum Beispiel, blieben vereinzelt oder minimal und nebulös. Gleichwohl: je länger der Krieg dauerte, desto mehr kamen vielen von uns aus eigener Einsicht kritische Gedanken, zum Teil entstand auch schon klare Feindschaft gegen Grundzüge der nationalsozialistischen Herrschaft. Diese Entwicklung hing vielfach von Zufälligkeiten ab: der eine hatte zufällig Einblick in unmenschliche Grausamkeiten, der andere erlebte das bittere persönliche Schicksal eines aufrechten NS-Gegners in der Verwandtschaft oder der Freundschaft seiner Eltern, der dritte wurde Zeuge der sinnlosen Verheerung ganzer Regimenter und Divisionen, der vierte des Grauens der Bombenkatastrophe seiner heimlichen Großstadt, der fünfte lernte ältere, urteils-sichere Kameraden kennen. Es gab zahlreiche Anlässe, zu Zweifeln zu gelangen. Und viele früher begeisterte ehemalige Hitler-Jugend-Mitglieder unter meinen Altersgenossen wandelten sich im Laufe des Krieges zu entschiedener innerer Ablehnung oder Gegnerschaft. Freilich taten dies keineswegs alle; und ich will mich hüten, die anderen zu kritisieren – wozu waren sie denn erzogen worden?

Konflikt zwischen Zweifel und Pflicht

Aber auch die jungen Soldaten, die sich von der NS-Erziehung und Propaganda innerlich zu befreien vermochten, konnten in aller Regel nicht dahin gelangen, sich politische Vorstellungen von einem besseren Staat und einer besseren Gesellschaft zu machen. Wir glaubten keineswegs mehr, daß Bismarck, Hindenburg und Hitler eine geschichtsnotwendige Kette darstellten; wir durchschauten vieles von dem

hohlen Geschwätz der „Amtswalter“ zu Hause oder der „Goldfasane“ in der Etappe. Wir fanden Goebbels und Göring mies, Himmler war uns unheimlich. Aber nur die allerwenigsten hatten eine Vorstellung davon, wie denn eigentlich die Gesellschaft und der Staat hätten anders geordnet werden müssen. Relativ am stärksten war der Wunsch nach Rechtsstaatlichkeit ausgeprägt, während unser Begriff von einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung völlig vage blieb. Dies galt erst recht für die Staatsform: zwar war uns bewußt, daß die höhnische Herabsetzung der westlichen Demokratien durch die offizielle Propaganda nicht richtig sein konnte, andererseits aber waren wir geneigt, ihre Identifikation mit „Plutokratie“ wenigstens tendenziell für glaubwürdig zu halten. Wir kannten weder die Vorzüge noch die Fehler einer demokratischen Staatsverfassung.

Wir hatten seit unserer Kindheit fast ausschließlich solche Bücher in die Hand bekommen, welche der NS-Herrschaft genehm waren. Nicht nur unsere Erziehung, sondern auch unsere Information und Bildung waren von einer schrecklich schmalpurigen Einseitigkeit. Kaum jemand aus den Generationen vor oder nach uns kann sich unsere damalige Lage richtig vorstellen. Wer nur fünf Jahre älter war, der hatte immerhin vor 1933 noch genug Demokratie miterlebt, um geistige Anknüpfungspunkte oder Vergleichsmöglichkeiten zu besitzen. Und wer bloß fünf Jahre jünger ist, der stand erst bei Kriegsende an der Schwelle des Erwachsenseins und erlebte gleichzeitig mit der Überschreitung dieser Schwelle den Eintritt in die große geistige Freiheit, die sich nach 1945 in Deutschland auftrat.

Die eigentliche Kriegsgeneration des zweiten Weltkrieges jedoch hatte außerdem noch ein zweites Handicap zu bewältigen, nämlich die wachsende Kluft zwischen dem fast bis zum Kriegsende bewußt als sittliche Pflicht erlebten Gebot, unser Land zu verteidigen, und der steigenden Erkenntnis von dem abwegigen und verbrecherischen Charakter der Staatsführung, die wir ja tatsächlich mitverteidigten, auch wenn wir dies nicht wollten. Manche meiner Alterskameraden, wie ich selber auch, haben unter diesem Zwiespalt gelitten; manche haben den Ausweg in ein robustes Landsertum genommen, andere haben das Retten der eigenen Haut zum überragenden Leitmotiv gemacht, einige wenige umgekehrt den Ehrgeiz nach

Orden und Beförderung. Bei alledem war die große Masse der eigentlichen Kriegsgeneration sowohl des Krieges als auch des „Dritten Reiches“ überdrüssig; wir bezweifelten immer mehr den Sinn der Gesamtanstrengung, bezweifelten aber – jedenfalls nach Stalingrad – in immer geringerem Maße den unausbleiblichen Zusammenbruch von Reich, Staat und gesellschaftlicher Ordnung.

Kameradschaft und Solidarität

Es mag als ein erstaunlicher Vorgang erscheinen, daß trotzdem so viele Soldaten 1945 und 1946 oder 1947, wann immer sie nach Hause kamen, sich schnell und bewußt für eine positive politische Stellungnahme entschieden. Wahrscheinlich aber war dies eine psychisch notwendige Konsequenz aus dem Mißbrauch, der mit uns getrieben worden war. Im Grunde braucht wohl ein normaler junger Mensch eine positive Einstellung zum Leben. Zwar hatte ich mir im Kriege und in der Gefangenschaft bisweilen gewünscht, nach dem erwarteten Zusammenbruch abseits von alizu aufgeregtem Getriebe ein friedliches, unbehelligtes „einfaches Leben“ führen zu können. Diese apolitische und in manchen Fällen antipolitische Hoffnung, die damals viele Altersgenossen teilten, war sicherlich eine Abwehrreaktion auf die jahrelange Überforderung – physisch, physisch und moralisch – durch die nationalsozialistische Herrschaft. Es war deshalb auch nur natürlich, daß mit dem Zusammenbruch dieser Herrschaft die Abwehr-Reaktion idyllischer Zukunftsvorstellungen sich verflüchtigte. Die Wirklichkeit des Lebens nach dem Kriege ließ dann solchen Absentismus auch gar nicht zu – sie ermöglichte meiner Generation erstmalig Orientierung und Suche nach dem rechten Ziel und verlangte geradezu zwingend nach geistiger und politischer Klärung; sie rief nach Beteiligung und Engagement.

Schon während der Kriegsgefangenschaft, in die ich 1945, 26 Jahre alt, geraten war, war die bloße Verneinung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in große Wißbegierde umgeschlagen: wie können wir es besser machen? Endlose Debatten, zum erstenmal im Leben frei und ohne Furcht, über Gott und die Welt, über Ideen und Ideologien, über Recht und Gerechtigkeit kennzeichneten viele Gefangenenlager. Ich gewann meine ersten positiven politischen Vorstellungen unter dem Einfluß

älter Kameraden und wurde noch im Gefangenenlager Sozialdemokrat.

Dabei ist neben vielem, was man neu und erstmalig lernte, auch eine soldatische Erfahrung maßgebend gewesen: Ich meine das Erlebnis der Kameradschaft, das unter den vielen schlimmen Erfahrungen des Krieges einer der wenigen Werte war, die ich glaubte bewahren zu müssen. Der Maxime der Kameradschaft liegt – und das entdeckte ich mit vielen meiner Kameraden gemeinsam – die gleiche sittliche Grundhaltung im Verhältnis zum anderen zugrunde wie dem Solidaritätsprinzip der Sozialisten.

Ich hatte das Glück früher Entlassung und konnte schon im November 1945 das Studium aufnehmen, um – wie viele andere auch – erstmalig nach fast neunjähriger Unterbrechung meinen Ausbildungsgang fortzusetzen und ihn möglichst bald zu beenden. Trotzdem wurde es für die meisten der damals an den deutschen Universitäten studierenden ehemaligen Landser keineswegs ein bloßes Brotstudium. Das geistige Klima war fruchtbar und zukunftsfruchtig; niemals haben wir seitdem eine so dichte Folge engagierter und doch zugleich toleranter Diskussionen erlebt wie in den drei Jahren zwischen Kriegsende und Währungsreform. Wahrscheinlich kamen die Ordnung der Währung, die Gesundung der Wirtschaft, ja der bei einigen sehr schnell sich ausbreitende Wohlstand – von den Neureichen gar nicht zu reden – zu früh, um alle Früchte jener geistig, politisch und moralisch fruchtbaren Periode in die Scheuern unseres Volkes einzubringen. Uns damaligen Studenten hatte es nach dem Wohlstand gar nicht so sehr verlangt, wir lebten von Gelegenheitsarbeit, vom Verkauf unserer Raucherkarten, von gelegentlichen Hilfen durch die internationale Caritas; wesentlich war nur, daß wir studieren konnten. Wir waren erfüllt vom ungekannten Abenteuer geistigen Nicht-Eingeengt-Seins, von der Suche nach einem neuen Deutschland, und wir genossen zum ersten Male im Leben die Wohltat der völligen Informations- und Meinungsfreiheit.

Unter jenen Umständen sind viele von uns damals zu eigenen politischen Urteilen und zur inneren Beteiligung an der Politik gelangt. Wenn ich heute – zwei Jahrzehnte später – nach meinen damaligen Kommilitonen suche, Freunden und Gegnern, so finde ich viele von ihnen als Bürgermeister und Ratsherren, als Minister und Staatssekretäre, als hohe Be-

amte, als Gewerkschaftsführer, als Oberste, Generale, als Journalisten und besonders viele als Abgeordnete in den deutschen Parlamenten. Uns allen ist es ähnlich gegangen: Keiner hatte sich die Politik als Beruf erwählt, aber wir wurden – ohne daß wir es so geplant hätten – unversehens zu politischen Menschen.

Vorbilder

Der Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war dabei für mich eine selbstverständliche, völlig unproblematische Entscheidung. Zwar haben manche ältere Parteimitglieder, die schon vor 1933 den Buckel hingehalten hatten, uns ehemalige Feldweibel und Kriegsoffiziere keineswegs mit offenen Armen empfangen; man wollte uns anfangs auch nicht immer abnehmen, daß wir uns innerlich für die Sozialdemokratische Partei engagierten; da gab es gelegentlich sogar Hänseleien und böse Bemerkungen. Als man aber merkte, daß der „Neue“ es ernst meinte mit seiner politischen Mitarbeit, hat sich das bald erledigt.

Das Vorbild eines Mannes hat mir 1946 besonders geholfen, bei solchen unfreundlichen Reaktionen nicht gleich die Flinte ins Korn zu werfen. Es war dies Kurt Schumacher, dem es wohl zu allermeist zu verdanken ist, daß in dem politischen und geistigen Chaos der Nachkriegszeit wir Deutschen unsere Identität als Nation nicht auch gleich mit auf den Keßrichthaufen der Geschichte geworfen haben, daß wir die Idee des Rechtes auf Freiheit und Selbstbestimmung unseres ganzen Volkes nicht verloren. Später bin ich dann beim Studium der Geschichte meiner eigenen Partei und der deutschen Demokratie auf Julius Leber und Theo Haubach und auf andere vorbildliche Männer gestoßen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: dies waren die Grundwerte, die unsereiner nach dem Erlebnis der NS-Herrschaft und des Krieges Innerlich an die Spitze stellte. Sie schienen mir bei der Sozialdemokratie ohne jeden Zweifel am besten aufgehoben. Als Student der Volkswirtschaft stieß ich zwangsläufig auf die klassische Nationalökonomie des neunzehnten Jahrhunderts, auf die Frühsozialisten, auf Marx, den Kathedersozialismus und die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie. All dies faszinierte mich und zog mich an. Ich fand meine Grundwerte dort wieder, von anderen viele Generationen früher entfaltet und zu politischer Konsequenz ge-

führt. Ich traf aber ebenso auf die moderne angelsächsische Nationalökonomie, auf die „welfare economics“, die Vollbeschäftigungspolitik und auf Keynes. Und ich traf auf eine vergleichende Staatslehre, auf die geistigen und historischen Fundamente von Rechtsstaat, Verfassungsstaat und Demokratie.

Drang zur Praxis

Meine sozialdemokratischen Altersgenossen und ich selbst waren einerseits noch jung genug, um uns sogleich mit aller Kraft auf diese Quellen der Erkenntnis zu stürzen, andererseits jedoch auch schon erwachsen genug, um nicht kritiklos vorgedachten Ideologien anderer zu verfallen. Wir waren eine kritische Generation, die großen Worten nur mißtrauisch zuhörte, weil sie bereits zu viele hochtönende Phrasen selbst entlarvt hatte. Wir waren zu bloßen Ideologen nicht prädestiniert, im Gegenteil: unser bisheriger Lebensweg drängte uns zur praktischen Konsequenz, es besser machen zu wollen.

Diese Innere Einstellung der sozialdemokratischen Kriegsgeneration traf zeitlich zusammen mit der von Kurt Schumacher zielstrebig geführten geistigen Entwicklung in der Nachkriegsepoche der Sozialdemokratie, die jenen Klärungsprozeß nunmehr aufnahm und fortsetzte, der bei manchen einzelnen sozialdemokratischen Führern schon in der Weimarer Zeit angefangen hatte, bei vielen anderen während des „Dritten Reiches“, in den Konzentrationslagern, in der Emigration, auf manche Weise während des Krieges auch bei Leuten, die vorm dem gar nicht zur Sozialdemokratie gehört hatten, und der dann schließlich 1959 in das Godesberger Programm eingemündet ist. Dieser geistige Prozeß innerhalb meiner Partei fiel für mich mit dem bewußten Erkennen der Ideale und Überzeugungen zusammen, die sozialdemokratische Politik seit über einhundert Jahren zugrunde gelegen haben, die aber zwischenzeitlich durch einen Wust von ideologischen und soziologischen Doktrinen und durch mancherlei scheinbar wissenschaftliche Erkenntnisse für den Außenstehenden zum Teil überlagert und oft sogar verdeckt worden waren. Ich meine die grundlegenden sittlichen Ideale der Freiheit und der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität gegenüber Schutzlosen und Schwachen und die zentralen politischen Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaates.

Für einen jungen Volkswirt war es selbstverständlich, daß ich mich in der innerparteilichen Diskussion besonders über die Fragestellungen der Wirtschaftspolitik engagierte. Sechs Jahre nach meinem Eintritt durfte ich, erstmalig Delegierter auf einem Parteitag, in der wirtschaftspolitischen Arbeitsgruppe der Programmkommission für das Dortmunder Aktionsprogramm mitarbeiten. Von jenem Zeitpunkt an fühlte ich mich in die ganze Programmdiskussion einbezogen, die schließlich nach Godesberg geführt hat. Ein Jahr später kam schon die Wahl in den Bundestag. Zu ihrem Zeitpunkt war ich längst mit Haut und Haar in der SPD aufgegangen.

Dankesschuld

Wenn ich heute gefragt werde, wie es zu dieser Identifikation gekommen ist, so fällt mir die Antwort gar nicht so leicht; denn ich habe diese Identifikation als etwas Selbstverständliches erlebt. Deshalb habe ich in diesem Bericht – anstelle abstrakter Erklärungsversuche – meinen persönlichen Entwicklungsgang skizziert. Diese Skizze wäre unvollständig, wenn ich nicht am Schluß – auch ohne Namen zu nennen – die geistige und menschliche Führung erwähnen würde, die ich erlebt habe: angefangen bei den Genossen im Bezirk Hamburg-Neugraben 1946 und 1947, bei den Freunden im SDS in den Jahren bis 1949, über das Hamburger SPD-Vorstandsquartier in der Theaterstraße, das Hamburger Rathaus und die acht Jahre im Kreisvorstand Hamburg-Nord bis hin zur Bundestagsfraktion und zum Parteivorstand.

Manche meiner älteren Genossen haben gewiß den kritischen Jüngeren bisweilen nicht gerade bequem gefunden – sie sollten aber wissen, wie sehr er sich in ihrer Schuld weiß. Das Generationsproblem wird immer wieder auftreten; das ist gerade heute unverkennbar. Es scheint, daß die allerjüngste Generation von Sozialdemokraten stärker als meine eigene Generation die theoretische, die philosophische, die ideologische Konzeption betonen möchte. Das mag seine Vorteile haben. Sie sollte aber respektieren, daß meiner eigenen Generation die Fähigkeit, auf der Grundlage unserer politisch-sittlichen Grundhaltung praktisch und unmittelbar Nützlich für das Ganze zu leisten, wichtiger erscheint als die Utopie oder das theoretische Fernziel.

Manfred Worm

SPD und Strafrechtsreform

Beiheft 8 der „Politischen Studien“
155 Seiten, kart., 12,80 DM

Aus dem Inhalt (gekürzt):

Die Entwicklung der SPD von einer Klassenkampfpartei zur Volkspartei — Die Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie — Die Entwicklung der SPD in der Zeit zwischen 1875 und 1945 — Strafrechtspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik — Das Recht als Herrschaftsinstrument — Das Verbrechen in sozialdemokratischer Sicht — Die Alternative von Strafrecht und Maßnahmerecht — Forderungen zur Reform des Strafsystems und des Strafvollzugs (Kampf gegen die Todesstrafe u. a.) — Die gegenwärtige Stellung der SPD zum Strafrecht und zur Strafrechtsreform — Die moderne Rechtsbetrachtung der SPD — Die SPD zu Problemen der Kriminologie — Die Stellung der SPD zur These von der Willensfreiheit — Sozialdemokratische Auffassungen über die Schuld — Die Strafe — Das Strafsystem und der Strafvollzug — Probleme des Besonderen Teils des Strafgesetzbuches (Das politische Strafrecht als Widerspiegelung der politischen Verhältnisse; Der SPD-Entwurf zum politischen Strafrecht) — Straftaten gegen die Sittenordnung (Homosexualität, Künstliche Insemination, Strafbarkeit des Ehebruchs, Notzucht und Unzucht mit Kindern).

Weitere Beihefte der POLITISCHEN STUDIEN

- | | | |
|-----------|------------------------|---|
| Beiheft 1 | Günther Müller | König Max II. und die soziale Frage
112 Seiten, kart. 9,80 DM |
| Beiheft 2 | Heinrich Bennecke | Die Reichswehr und der Röhmputsch
96 Seiten, kart. 9,80 DM |
| Beiheft 3 | Otto Strasser | Der Faschismus — Geschichte und Gefahr
112 Seiten, kart. 12,— DM |
| Beiheft 4 | Franz-Josef Stegmann | Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik
187 Seiten, kart. 16,80 DM |
| Beiheft 5 | Stefan T. Possony | Der Casus Belli der NATO
36 Seiten, kart. 3,80 DM |
| Beiheft 6 | XIII. Politischer Club | Umstrittene Pressefreiheit
88 Seiten, kart. 9,80 DM |
| Beiheft 7 | Feo Jernsson | Das Ostdeutschtum vor der Entscheidung
96 Seiten, kart. 12,— DM |

OLZOG VERLAG MÜNCHEN 22

Sozialdemokratische Perspektiven

Nicht hinter Godesberg zurück,
sondern über Godesberg hinaus

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird in diesem Jahre einhundertfünf, ihr Godesberger Programm 1969 zehn Jahre alt. Für einen heute Vierzigjährigen hat der Jahrestag von Godesberg Aktualität, der Tag der Gründung ist Geschichte. Für einen heute Vierzigjährigen hat aber auch der Zusammenbruch und Neuanfang nach dem zweiten Weltkrieg mehr Bedeutung als der nun schon ein halbes Jahrhundert zurückliegende Zusammenbruch und Neuanfang nach dem ersten Krieg.

Die SPD, der ich 1947 als junger Student betrat, was nicht in der Familientradition lag, hatte vorhergesehen und vorausgesagt, daß Hitler Krieg und daß Krieg den Zusammenbruch Deutschlands bedeute. Sie hatte, was immer ihre Fehler gewesen sein mögen, mit großem Mut und unter großen Opfern gegen das heraufziehende Verderben gekämpft, ohne es doch verhindern zu können. Aus dieser geschichtlichen Erfahrung die Konsequenz zu ziehen, hieß für mich, zu der politischen Kraft in Deutschland zu stoßen, die mit ihren Innen- und außenpolitischen Vorstellungen unserem Volk viel Leid und Elend hätte ersparen können, wenn sie dazu stark genug gewesen wäre.

Doch was verband die SPD von 1945 mit der Partei von 1918? Und was verbindet die Sozialdemokratie von Godesberg mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein von 1863?

Die Auseinandersetzung um das Godesberger Programm ist um diese Fragen geführt worden. Für die einen zog die Sozialdemokratie in Godesberg die Folgerungen aus ihrer Geschichte, für die anderen brach sie mit ihr. Inzwischen ist die Zahl der Kritiker kleiner geworden. Doch in der Diskussion um die Verwirklichung des Godesberger Programms und damit auch in der seit diesem Frühjahr geführten Diskussion um die „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“ schwingen die Godesberger Grundfragen noch immer mit.

Diese innerparteiliche Diskussion ist notwendig. Sie kann aber nur fruchtbar sein, wenn sie nicht in einem musealen Rechts-Links-Klischee geführt wird. Das Verhältnis von Tradition und Modernität und das Verhältnis von Macht und Reform müssen in ihren Mittelpunkt gestellt werden.

Das Rechts-Links-Klischee

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist von einem politischen Zweifrontenkampf bestimmt gewesen: gegen die Kommunisten, die die Sozialdemokratie als „Rechte“ und gegen die Konservativen, die sie als „Linke“ beschimpften, um dann in aufschlußreicher Gemeinsamkeit das SPD-Programm der Sozialreform ebenso abzulehnen wie das einer europäischen und internationalen Friedensordnung. Schon ihre eigene Geschichte sollte daher die SPD davon abhalten, die Rechts-Links-Etiketten in die innerparteiliche Diskussion zu übertragen. Geht man auf konkrete Fragen ein: Arbeiter- oder Volkspartei, Revolutions- oder Reformpartei, Weltanschauungs- oder politische Partei, so gibt ein kurzer Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie mehr Auskunft als das Rechts- Links-Klischee.

Die SPD hat ihre politische Arbeit als Teil der deutschen Arbeiterbewegung neben den Gewerkschaften begonnen. Aber sie hat sich nie als bloße Interessenvertretung der Arbeiterschaft verstanden. Einmal waren in ihr immer Arbeiter und kritische Intelligenz verbunden. Und zum anderen war für sie die Befreiung der Arbeiter aus dem sozialen Elend und der politischen Unmündigkeit des Frühkapitalismus immer nur der Ansatzpunkt für eine gerechte Ordnung der gesamten Industriegesellschaft. Mit der sich nicht zuletzt dank der Erfolge der Arbeiterbewegung verändernden Gesellschaft und mit der immer stärkeren Differenzierung der in abhängiger Arbeit stehenden Schichten unseres Volkes hat sich die SPD daher folgerichtig zu einer allen reformwilligen Kräften

offenstehenden Partei der Gesellschaftsreform entwickelt.

Als große Reformpartei muß die SPD eine progressive Volkspartei und zugleich auch die Partei der Arbeitnehmer sein. Anders zu denken, wäre ungeschichtlich und unpolitisch. Aber es wäre ebenso ungeschichtlich und unpolitisch, zu glauben, die SPD könne sich in einem Augenblick, in dem z. B. bereits abzusehen ist, wann die Zahl der Angestellten die der Arbeiter übersteigen wird, zu einer „reinen“ Arbeiterpartei zurückentwickeln.

In der Frage Revolutions- oder Reformpartei hat sich die deutsche wie überhaupt die kontinentale Arbeiterbewegung geschichtlich schwerer getan als etwa die Sozialdemokratien in England oder in den skandinavischen Ländern. Das war in den „unterentwickelten“ politischen Verhältnissen unseres Landes begründet, die aus der politischen Schwäche des deutschen Bürgertums und des deutschen Liberalismus resultierten.

Unser liberales Bürgertum hatte sich in der Auseinandersetzung mit dem Obrigkeitsstaat schließlich auf die rechtsstaatliche Sicherung wohlerworbener Rechte beschränkt, in Sachen Demokratie aber seinen politischen bzw. apolitischen Frieden mit den konservativen Kräften geschlossen.

Die bürgerliche Revolution fand bei uns nur in der Philosophie statt. Beides, die praktische Resignation und die theoretische Revolution des deutschen Bürgertums, haben die deutsche Arbeiterbewegung nachhaltig beeinflusst – bis hin zur Abspaltung der Kommunisten im Streit um Revolution oder Reform. Während die einen gegenüber den zurückgebliebenen Verhältnissen das Heil in revolutionären Utopien suchten, mußten die anderen vieles nachholen, was in den west- und nordeuropäischen Ländern bereits das Bürgertum erkämpft hatte.

Heute sind in jenen Ländern auch die Kommunisten dabei, die revolutionäre Heilslehre aufzugeben, was u. a. Auswirkungen auf die sozialdemokratischen Parteien dieser Länder haben wird. Das Warten auf eine proletarische Revolution, die aus einem Massenentzug entspringen soll, das nicht zuletzt dank der Erfolge der Arbeiterbewegung längst beseitigt wurde, erscheint nun auch vielen Kommunisten wie das „Warten auf Godot“. Die Sozialdemokratie ist indessen, in der Praxis früher als in der „Dogmatik“, konsequent den Weg der Reform gegangen. Und sie ist heute dabei, endlich die

Vorurteile zu überwinden, die das zwischen Obrigkeitsstaat und Arbeiterbewegung eingeklemmte deutsche Bürgertum ihrer Reformpolitik gegenüber entwickelt hat.

Die Sozialdemokratie hat im Kampf mit dem rechten wie mit dem linken Totalitarismus große Opfer gebracht. Sie lehnt politische Totalitätsansprüche auch dann ab, wenn sie im Namen des Sozialismus erhoben werden. In Absage an das in Reaktion auf das konservative Bündnis von Thron und Altar entstandene Mißverständnis des Sozialismus als Religionersatz ist die Sozialdemokratie offen für christliche, humanistische und liberale Impulse zur menschenwürdigeren Gestaltung unserer Gesellschaftsordnung. Die SPD ist daher keine Weltanschauungspartei. Sie muß eine von den Idealen des freiheitlichen Sozialismus getragene, auf die praktische Veränderung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse ausgerichtete politische Partei sein.

Tradition und Modernität

In ihrer geschichtlichen Entwicklung hin zum Godesberger Grundsatzprogramm des freiheitlichen Sozialismus hat die Sozialdemokratie ihr Ziel nicht geändert. Sie kämpft für die menschenwürdige Gestaltung der modernen Industriegesellschaft im Rahmen einer europäischen und internationalen Friedensordnung. Viele ihrer Forderungen, vom Achtstundentag und dem allgemeinen Wahlrecht angefangen, sind längst erfüllt. Viele der Folgerungen, die sie aus ihrer Analyse der ersten industriellen Revolution gezogen hat, sind inzwischen allgemein akzeptiert worden. Dieser Prozeß ist noch nicht beendet.

Verfolgt man z. B., was heute einerseits in den kommunistischen Parteien etwa Italiens, Jugoslawiens oder der Tschechoslowakei über Freiheit und Sozialismus gedacht wird, was andererseits in den päpstlichen Enzykliken der letzten Jahre über das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Kontrolle wirtschaftlicher Macht geschrieben steht, so zeigt sich, daß der „Sozialdemokratismus“, um ein Lieblingsschimpfwort Ulbrichts im positiven Sinne zu verwenden, sich heute auch im kommunistischen wie im konservativen Lager durchzusetzen beginnt. Je weniger die Menschen in Ost und West bereit sind, auf persönliche und politische Freiheit oder auf soziale Gerechtigkeit zu verzichten, um so näher werden sie dem

demokratischen Sozialismus stehen. Er ist die „natürliche“ Ordnung der modernen Industriegesellschaft.

Die Sozialdemokratie braucht daher innerhalb ihrer eigenen Reihen die geistigen Auseinandersetzungen von gestern nicht noch einmal zu führen. Auch die Fehler, die sie im Laufe ihrer Geschichte gemacht hat, lassen sich nicht nachträglich noch vermeiden. Sie muß heute vielmehr aus den Erfahrungen der Vergangenheit die durch die zweite industrielle Revolution bestimmte Zukunft unserer Gesellschaft durchdenken und planen. Sie muß anderen politischen Kräften, die gerade erst den „Sozialdemokratismus“ der ersten Stufe für sich entdecken, weiter vorangehen. Sie muß ihre Tradition des sittlichen und politischen Engagements für individuelle Freiheit, soziale Gerechtigkeit und menschliche Solidarität mit rationaler Modernität ihrer Fragestellungen und ihrer Lösungsvorschläge verbinden. Das ist der Sinn der sozialdemokratischen „Perspektiven“. Weltpolitisch legen die „Perspektiven“ besonderen Nachdruck auf den Zusammenhang von internationaler Friedenspolitik, Partnerschaftspolitik gegenüber der Dritten Welt, Europa-politik und Gesellschaftspolitik. Sie stehen damit in der internationalen und europäischen Tradition der Sozialdemokratie mit ihrem leidenschaftlichen Eintreten für den Frieden. Diese Friedensidee ist von den Konservativen mit Hinweis auf die Realitäten nationalstaatlicher Machtpolitik lange als „utopisch“ abqualifiziert worden. Längst wächst aber, nun auch angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel, in unserem Volk wie in anderen Völkern die Einsicht, daß ohne die Erhaltung des Friedens alle geistigen und materiellen Anstrengungen für den Ausbau unserer Gesellschaft utopisch sind. Die Menschen wissen heute, daß eigene unkonventionelle Anstrengungen für die Erhaltung des Friedens im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns für die Zukunft unserer Kinder stehen müssen.

Umgekehrt hat die Sozialdemokratie ein um so realistischeres Verhältnis zu den noch weitgehend nationalstaatlich bestimmten Realitäten der Außenpolitik gewonnen, je mehr sie sich durch ihre Reformpolitik in unseren Staat eingekämpft hat. Manche Kritiker meinen sogar, die europäischen Sozialdemokraten seien zu eifrige Schüler des Nationalstaats geworden. So klingt Ignazio Silones Wort, von allen Nationalisierungen sei den Sozialisten die Nationali-

sierung der sozialistischen Parteien am besten gelungen, angesichts der schwindenden Bedeutung nationalstaatlicher „Souveränität“ und der Notwendigkeit des Wandels nationalstaatlicher Außenpolitik zu einer „Welt-Innenpolitik“ besonders bitter.

Daß heute eine weltweite politische Diskussion „ausgerechnet“ zwischen Katholizismus und Kommunismus geführt wird, liegt nicht nur an dem intellektuellen Reiz, den metaphysisch geschlossene Systeme aufeinander auszuüben pflegen. Es ist auch in der Internationalität der beiden Kräfte begründet. Und es wirkt etwas gespenstisch, daß die Sozialdemokratie an dieser Diskussion, in der, wie gesagt, der „Sozialdemokratismus“ neu entdeckt wird, bisher nicht beteiligt ist.

Für die Sozialdemokratie geht es daher heute nicht nur darum, die durch Willy Brandt als Bundesaußenminister verkörperte nüchterne Friedenspolitik gegenüber Scharfmachern im östlichen wie im eigenen reaktionären Lager, also wieder einmal im Zweifrontenkampf, durchzusetzen. Sie muß darüber hinaus in ihrem Denken den Wandel von der Außen- zur Welt-Innenpolitik verarbeiten. Sie muß den weltweiten Dialog mit anderen politischen Kräften über diese Fragen suchen, und zwar — ohne Illusion und ohne Hysterie — auch mit den Kommunisten, die zur Diskussion bereit sind.

Nicht nur die Notwendigkeit einer Friedenspolitik, auch deren Zusammenhang mit der Gesellschaftspolitik ist heute für viele Menschen deutlicher als früher. Eine vernünftige Partnerschaftspolitik der industriellen Staaten gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist z. B. in vielfacher Hinsicht ein Problem nicht nur der Gesellschaftsordnungen dieser Länder, sondern auch der Gesellschaftsordnungen der Industriestaaten. Das gleiche gilt für das Ost-West-Verhältnis, dessen gesellschaftspolitische Bezüge im geteilten Deutschland mit Händen zu greifen sind. Es gilt schließlich auch für die Europa-Politik, der nach dem Abebben des etwas künstlichen Europa-Enthusiasmus der Nachkriegszeit neue Kräfte aus der Einsicht zuwachsen müssen, daß die Probleme der menschenschwürdigen Gestaltung der Industriegesellschaft für uns heute europäische Probleme sind. Das heißt allerdings nicht, daß wir im Rahmen der eigenen staatlichen Ordnung die Hände in den Schoß legen könnten. Die europäische Gesellschaftsordnung muß in einer

Vielfalt von nationalen Beiträgen vorgedacht und „vorgelebt“ werden.

Für die Bundesrepublik haben die „Perspektiven“ eine Reihe gesellschaftspolitischer Reformvorschläge mit staatspolitischen Reformvorschlägen verbunden. Nicht nur, weil etwa die Reform des Bildungs- und Ausbildungswesens vor den heiligen Kühen eines mißverständenen Föderalismus nicht Halt machen darf. Die Reformen der staatlichen und der gesellschaftlichen Ordnung müssen Hand in Hand gehen. Sowohl die Demokratie als auch die moderne Industriegesellschaft sind z. B. nur mit gut ausgebildeten und informierten Bürgern, die mithandeln und mitbestimmen können, lebensfähig. Diese Einsicht gehört zum traditionellen Gedankengut der Sozialdemokratie. Nur stellen sich diese Mitwirkungs- und Mitbestimmungsprobleme heute in vielem anders dar als in der ersten industriellen Revolution.

Die von der Arbeiterbewegung getragene Entwicklung zum demokratischen Sozialstaat hat z. B. nicht nur die alte Verelendungs-, sondern auch die alte Klassenkampftheorie hinfällig werden lassen. Nicht, daß es in unserer Gesellschaft, in der schon die Eisenbahnfahrt und der Krankenhausaufenthalt brav nach Klassen eingeteilt werden, keine Klassenunterschiede mehr gäbe. Es gibt sie auf zentralen Gebieten: z. B. in der medizinischen Betreuung, die in ihren modernen Aspekten nicht immer sozial und in ihren sozialen Aspekten nicht immer modern ist. Das Strafrecht erklärt immer noch vorzugsweise asoziales oder antisoziales Verhalten unterer Bevölkerungsschichten für strafbar, während es sozialschädliches Verhalten der „besseren Kreise“, die sogenannte „Weiße-Kragen-Kriminalität“, nur sehr bedingt erfaßt. Unser Bildungs- und Ausbildungssystem, um ein letztes Beispiel zu nennen, ist nach wie vor durch Bildungsprivilegien bestimmter Bevölkerungsschichten gekennzeichnet. Arbeiterkinder und Bauernkinder z. B. haben noch keine gleichen Chancen, als gut ausgebildete Berufstätige, als informierte Bürger, als zum Gebrauch ihrer schöpferischen Fähigkeiten gebildete Menschen ihren Weg zu machen. In all diesen Fragen geht es aber nicht um Klassenkampf im alten Sinne, sondern darum, durch geduldige Reformpolitik unsere Gesellschaft humaner, demokratischer und moderner zu gestalten.

Auch die traditionelle Frage nach dem Verhältnis von Privateigentum an Produktionsmitteln

und politischer Ordnung der Demokratie muß im Lichte moderner Fragestellungen und Erkenntnisse gesehen werden.

Das Godesberger Programm hat in einer Verstaatlichung oder Sozialisierung mit Recht kein Patentrezept für die Zuordnung freier gesellschaftlicher und politischer Strukturen gesehen. Die Verstaatlichungen in den osteuropäischen Ländern können für uns nur abschreckende Beispiele sein. Die Erfahrungen mit der Sozialisierung der englischen Stahlindustrie empfehlen keine Nachahmung. Die Frage des Verhältnisses von Gesellschaftsordnung (als Produktionsordnung) und politischer Ordnung bleibt aber bestehen. Ausgangspunkt ihrer Beantwortung muß die Erkenntnis sein, die auch im Grundgesetz ihren Ausdruck gefunden hat, daß Eigentum an Produktionsmitteln mit personalbezogenem Eigentum politisch und rechtlich nicht gleichgestellt werden kann.

Eigentum an Produktionsmitteln ist heute in viele Funktionen aufgesplittet, die nur zu einem geringen Teil von den Eigentümern wahrgenommen werden. Und es hat andere Funktionen, die nicht im Eigentum selbst begründet sind, an sich gezogen. Diese komplexe Verfügungsmacht ist nach unserer Verfassung sozial gebunden und kann im Interesse anderer Güter unserer Verfassungsordnung beschränkt werden.

Nicht in der alten Eigentumsfrage, sondern in der Frage der Kontrolle von privater wie öffentlicher Planungs- und Verfügungsgewalt in der Wirtschaft liegt daher heute das eigentliche Problem.

Eine moderne freiheitliche Wirtschaftspolitik, wie sie von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller endlich praktiziert wird, muß daher Hand in Hand gehen mit einer an der politischen Gesamtordnung ausgerichteten Struktur- und Gesellschaftspolitik.

Die angestrebte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand darf z. B. nicht als bloße Ergänzung der Lohnpolitik verstanden werden, so wichtig sie in dieser Funktion ist. Die nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von den beiden großen Kirchen scharf kritisierte einseitige Vermögensbildung des deutschen Wiederaufbaues war nicht das Ergebnis besonderer unternehmerischer Tüchtigkeit, sondern das Resultat gezielter staatlicher Maßnahmen: der Währungsreform, der Aufhebung des Preisstopps vor dem Lohnstop, der DM-Eröffnungsbilanz, der staatlichen Investitionsförderung.

Diese Politik, die einen kleinen Personenkreis privilegiert hat, wurde und wird damit gerechtfertigt, daß die Unternehmer mit der Selbstfinanzierung über den Preis einen wesentlichen Teil der gesamtwirtschaftlich erforderlichen Investitionsquote aufbringen müßten. Um die so begründete Verfügungsgewalt über die Investitionsmittel und die einseitige Vermögensbildung ohne Schaden für das wirtschaftliche Wachstum zu beschränken, wird man daher die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand mit der Aufbringung der gesamtwirtschaftlich erforderlichen Investitionsquote koppeln und die Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivvermögens beteiligen müssen. Hier stellen sich dann aber auch Kontrollprobleme neuer Art, die ihrerseits neue Antworten erfordern. Ebenso ist die Mitbestimmung, die mit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand verbunden werden muß, im Zusammenhang der politischen Gesamtordnung zu sehen. Die heute auf alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende Politik wird immer komplizierter. Die alle vier Jahre stattfindenden Wahlen reichen daher als Form der den Bürger an sein Gemeinwesen bindenden demokratischen Selbstbestimmung immer weniger aus. Zusätzliche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im engeren Lebens- und Interessenbereich des Einzelnen — in Schule und Universität, Betrieb und Behörden — müssen hinzutreten. Das gleiche gilt aber zum Beispiel auch für das Verwaltungs-, vor allem für die modernen Planungsverfahren. Die Mitwirkung im Schul- und Arbeitsbereich muß zur Brücke zwischen dem privaten Leben des Einzelnen und dem öffentlichen Leben des Gemeinwesens werden. In unserer spezialisierten industriellen Arbeits- und Berufswelt muß die Mitbestimmung in mancher Beziehung für den Einzelnen an die Stelle der in ihrer Komplexität nicht mehr überschaubaren gemeindlichen Selbstverwaltung treten. Die Mitbestimmung ist also kein Hobby von Gewerkschaftsfunktionären, sondern eine Zentralfrage der Ordnung unserer modernen industriellen Welt. Über die beste Form einer menschenwürdigen Gestaltung unserer modernen Industriegesellschaft kann und wird man immer wieder streiten. Der Glaube, daß sich in der Industriegesellschaft alles von selbst am besten regelt, ist politischer Aberglaube. Die sich selbst überlassene Industriegesellschaft tendiert zur Erhaltung und Ausbildung anti-humaner, antidemokratischer, anti-moderner und damit auf

die Dauer nicht lebensfähiger Strukturen. Im Gegensatz zur CDU/CSU und zur FDP in ihrer interessenverstrickten Konzeptionslosigkeit kann die SPD das für die Zukunft unseres Volkes Notwendige politisch möglich machen, indem sie Tradition und Modernität zu einem den neuen Dimensionen der zweiten industriellen Revolution angemessenen Konzept verbindet.

Macht und Reform

Die Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben ist nicht nur eine Frage des Konzepts und der Planung. Sie ist auch eine Frage der Durchsetzung eines solchen Entwurfs. Dazu gehört zweierlei: ein leistungsfähiger demokratischer Staat und eine SPD, die die politische Macht in diesem Staat erringt.

Das erste, die Stärkung der Leistungsfähigkeit unseres Staates, ist für manchen Sozialdemokraten ein neuraugischer Punkt. Das entspricht der geschichtlichen Erfahrung der SPD. Verbot und Verfolgung haben sie demokratisches Mißtrauen gegen die Macht schmerzlich gelehrt. Die Erfahrung, daß staatliche Macht grausam mißbraucht werden kann, muß aber mit zwei anderen Einsichten verbunden werden: Die moderne Industriegesellschaft ist durchgehend auf die fördernde, koordinierende, planende und leitende Funktion des demokratischen Staates gerade auch in seiner rechtssetzenden und rechtsanwendenden Funktion angewiesen. Und es hängt wesentlich von der Leistungsfähigkeit der Institutionen des demokratischen Staates ab, ob das demokratische Allgemeininteresse gegenüber dem Druck selbstsüchtiger Sonderinteressen ermittelt und durchgesetzt werden kann. Man darf daher nicht tiefgreifende Reformen unserer Industriegesellschaft fordern und gleichzeitig der Überzeugung huldigen, der schwächste Staat sei der beste Staat. Auch für den Staat heißt nur schwach sein noch nicht gut sein. Die „Perspektiven“ haben daher Vorschläge zur Stärkung der sachlichen und personellen Leistungsfähigkeit der staatlichen Institutionen mit Vorschlägen zur Sicherung einer effektiven politischen und gerichtlichen Kontrolle der zunehmenden Staats-tätigkeit verbunden. Wie die Verwirklichung der gesellschaftspolitischen Reformvorschläge, hängt auch die Verwirklichung dieser Vorschläge wesentlich von der Stärke der Sozialdemokraten ab.

Damit sind wir beim zweiten Punkt, bei der Notwendigkeit, die SPD zur bestimmenden politischen Kraft unserer Demokratie zu machen. Ob dieses Ziel erreicht wird, hängt zunächst davon ab, daß alle Sozialdemokraten die Macht in diesem Staat erringen wollen.

Der leidenschaftliche Wille zur Macht war für die Sozialdemokratie bisher keine Selbstverständlichkeit. Sie bewahrt im Bewußtsein einer vielfach gebrochenen deutschen Geschichte ein Stück eigener leidvoller Erfahrung. Sie trägt an dem, was sie erlitten oder nicht erreicht hat, offensichtlich schwerer als die konservativen Kräfte an dem, was sie in der deutschen Geschichte versäumt bzw. angerichtet haben.

Dabei hat die Sozialdemokratie nicht den geringsten Grund, weniger Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen zu zeigen als irgendeine der anderen Parteien dieses Landes. Sie hat mehr für die politische Vernunft in diesem Lande getan als jede andere politische Kraft. Sie hat den Verderbern unseres Volkes offen und kompromißlos Widerstand geleistet. Sie trägt die Hoffnung auf Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Zukunft der demokratischen Ordnung unserer Industriegesellschaft hängt im wesentlichen von ihrer Arbeit und ihrem Erfolg ab. So groß der Einfluß der SPD auf die Entwicklung der Bundesrepublik aus der langjährigen Opposition heraus gewesen ist und so stark sie heute als Koalitionspartner die deutsche Politik mitbestimmt: ihr Ziel muß es bleiben, die Regierungsverantwortung in diesem Land allein zu übernehmen. Die deutsche Demokratie braucht diesen Erfolg der SPD.

Die SPD, die für ihre Politik der menschenwürdigen Gestaltung unserer Industriegesellschaft Tradition und Modernität zu einem gesellschaftspolitischen Reformprogramm verbindet, muß ihre heute teilweise unsicher gewordenen Stammwähler davon überzeugen, daß nur in einer leistungsstarken Gesellschaft das Ideal einer humanen, sozialgerechten Gesellschaft verwirklicht werden kann, daß die Ausweitung der Möglichkeiten der immer noch unterprivilegierten Schichten unseres Volkes von einer entscheidenden Anstrengung zur Modernität abhängt. Und sie muß die auf Grund ihrer Leistungen in der Bundesregierung neu mit ihr sympathisierenden Wähler, vor allem jene aus der schnell anwachsenden Schicht der technischen Angestellten und der Beamten, davon überzeugen, daß nur eine sozial und demokra-

tisch geordnete Industriegesellschaft leistungsstark und lebensfähig sein kann.

Die Vorstellung, die SPD könne Verluste auf der einen durch Gewinne auf der anderen Seite „ausgleichen“, ist ebenso verfehlt wie der Versuch, dieses oder irgendein anderes Problem der SPD in ein museales Rechts-Links-Klischee zu pressen.

Die SPD muß die Alternativen der zukünftigen Ordnung unserer Industriegesellschaft in der Tat entschiedener stellen als bisher. Aber das heißt nicht, daß sie hinter Godesberg zurück, sondern daß sie über Godesberg hinaus muß.

„Manche sagen, die Revolution von 1918 sei nur ein Vorspiel zur Herrschaft Hitlers gewesen. Sie übersehen den inneren Zusammenhang zwischen der ersten und zweiten Republik. Die letztere wäre in der heutigen Form nicht möglich gewesen. In diesem Licht gesehen, ist der Nazismus nebst Hitler nur ein Zwischenspiel zwischen zwei demokratischen Perioden.“

Wilhelm Kaisen

am 10. November 1968 in Bad Godesberg

Jahrgang 1938

Durch Praxis und Theorie zur SPD

Ich erinnere mich an die Semesterferien des Jahres 1960. Damals hatte ich, 21jährig, gerade das erste Semester meines Studiums – Philosophie, Geschichte, Publizistik – hinter mir und brauchte Geld. Mein Vater, Pfarrer und Oberhaupt einer zehnköpfigen Familie, konnte mir nur 150,- DM im Monat geben.

Das Arbeitsamt vermittelte mich an ein Stahlwerk. Sechs Wochen lang mußte ich in der Kaltzieherlei des Werkes 30 bis 40 m lange Rohre zersägen, die wenige Sekunden vorher von einer riesigen Zange durch einen Stahlring gezogen worden waren, dessen Durchmesser kleiner war als die Rohre. Bei diesem Arbeitsvorgang wurden sie gleichzeitig verjüngt und gedehnt. Durch die Verformung des kalten Stahls unter so hohem Druck wurde das Metall so heiß, daß jeder falsche Griff zu schmerzhaften Verbrennungen an den Händen führte. Dünne Lederlappen hielten zwar die Hitze ab, aber in der Hetze des Akkords kam es immer wieder vor, daß die Lederlappen verrutschten. Den stehenden Schmerz spüre ich heute noch, wenn ich an diese sechs Wochen zurückdenke.

Und an diesen Schmerz sind Bilder gekoppelt: Arbeiter, die acht Stunden hintereinander den Akkord zu halten versuchen und zwischendurch ein Butterbrot hinunterwürgen, um nicht zu viel Zeit zu verlieren; Männer, die den Hochofen bedienen und mit 40 Jahren aussehen wie 60jährige; die Müdigkeit in den Gesichtern nach der Arbeit; die Resignation und Teilnahmslosigkeit, wenn die Arbeiter frühmorgens zur ersten Schicht auf das Werks Gelände strömen.

Die Lektüre soziologischer, politischer und philosophischer Analysen, in denen die tieferen Ursachen für das existentielle Unbehagen aufgedeckt wurden, das ich während meiner Arbeit als Werkstudent zu spüren glaubte, hat meine Eindrücke bestätigt. Trotzdem ist die Frage, wie ich zur SPD kam, nicht leicht zu beantworten. War das protestantische Pfarrhaus entscheidend, in dem ich erzogen wurde?

War es die Tatsache, daß ich als eines von acht Kindern aufwuchs und gezwungen war, zu lernen, mit anderen Menschen auf engstem Raum zusammenzuleben und auszukommen? War es die Religiosität meines Vaters; seine Aufforderung an uns, nach den Geboten des christlichen Nächstenliebe zu leben?

Christliche Nächstenliebe

War es meine Umwelt, die mich prägte: die Krankenanstalten, in denen mein Vater arbeitete, eine Anstalt, in der siebentausend Epileptiker betreut wurden? War es das Studium in Wien, der Stadt, in der sich drei Kulturkreise schneiden? Waren es die Jahre in Österreich, in denen ich mit Menschen zusammenkam, die mir Ideen nahebrachten, mit denen ich vorher noch nicht in Berührung gekommen war? War es die Arbeit an meiner Dissertation, in der ich mich mit der Gedankenwelt der österreichischen Sozialdemokratie beschäftigte? Ein bestimmender Faktor meines bisherigen Lebens scheint mir die Erziehung im Elternhaus gewesen zu sein. Protestantisch, liberal, „links“ – mit diesen Schlagworten ließe sich die geistige Richtung umschreiben, von der die häusliche Atmosphäre bestimmt wurde.

Die Diskussionen zwischen meinem Vater und uns Kindern führten oft fast an den Rand von Handgreiflichkeiten, aber das war mehr eine Frage des Temperaments. Mein Vater war liberal genug, die Meinungen seiner Söhne anzuhören und mit ihnen darüber zu diskutieren. Nie habe ich aus seinem Munde gehört, ich sei zu jung und könne mir über dieses und jenes Problem noch keine Meinung erlauben.

Nur wenn es um Fragen des Glaubens ging, meinte ich manchmal eine untergründige Intoleranz zu spüren. Mir war klar, daß es ihn treffen mußte, wenn wir Kinder in grundsätzlichen Fragen anders dachten als er, wenn wir beispielsweise in unserer Diskussion die Existenz Gottes nicht grundsätzlich voraussetzten.

Das Problem der christlichen Nächstenliebe war ein zentraler Punkt, um den sich viele Gespräche drehten. Hier gab es keine Differenzen. Die Aufforderung, Nächstenliebe zu praktizieren, war für mich der entscheidende positive Punkt des Christentums. Ich glaubte jedoch, diesen Begriff von seiner metaphysischen Wertung lösen und ihn auf den Begriff der Solidarität reduzieren zu sollen.

Waren es Zufälle, die den weiteren Weg meines Lebens bestimmten?

Es war sicher Zufall, daß ich einmal auf einer Fahrt per Autostop von Wien zurück nach Deutschland in einer Jugendherberge übernachtete, deren Hausbibliothek aus zwei Büchern bestand: einer Bibel und einem Buch, das die soziale Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert schilderte. Der Mensch war nicht viel wert, ein Arbeitstier; die Männer arbeiteten Tag für Tag 16 Stunden lang; Frauen und Kinder schufteten unter Tage wie Leibeigene.

Beim Lesen dieses Buches wurde mir klar, warum die Arbeiterbewegung im vorigen Jahrhundert entstehen mußte. Auf diesem sozialen Hintergrund hatte Marx, von dem Elend des Arbeiters erschüttert, seine ersten Schriften veröffentlicht, in denen er die „Entfremdung“ des Menschen schilderte und die Forderung erhob, den Menschen wieder zu einem „menschlichen“ Wesen zu machen, das über sein Leben in Freiheit selbst entscheiden kann. Die frühen Schriften von Karl Marx fesselten mich, seine Suche nach Möglichkeiten, das Leben des Menschen, vor allem des Arbeiters, zu vermenschlichen. Das „Kommunistische Manifest“, das er 1848 schrieb, habe ich immer verstanden als Protest einer Gruppe der Gesellschaft gegen die Brutalität ihrer Umwelt, formuliert von einem Mann, der seine Stimme erhob, lange bevor die Kirchen die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen begannen.

Eines wurde mir klar: die Situation des 19. Jahrhunderts, die Brutalität, mit der der Arbeiter ausgebeutet wurde, die Unfähigkeit der Herrschenden, wenigstens die brennendsten Probleme zu lösen, forderten zwangsläufig dazu heraus, den einzigen Weg zu gesellschaftlichen Veränderungen in der Revolution zu sehen. Marx artikulierte diese Forderung und entwickelte erst später eine Theorie, die dann allerdings in vielen Fällen die Wirklichkeit nicht mehr berücksichtigte. Auch mein

Vater hatte einige Arbeiten von Marx gelesen. Und auch er verstand das „Kommunistische Manifest“ als einen flammenden – und notwendigen – Protest gegen die soziale Ungerechtigkeit des vorigen Jahrhunderts.

In der Schule wurde zu dieser Zeit über den Marxismus kaum gesprochen, wenn auch im Geschichtsunterricht gerade die „Mode“ aufkam, die ideologischen Grundlagen des Kommunismus zu „analysieren“. Dabei wurde das bewährte Schema angewendet, zu jeder These gleich ihre Widerlegung zu liefern.

Begegnung mit dem Austromarxismus

An der Universität Wien traf ich unter anderem mit österreichischen Marxisten zusammen. Aber sie schwammen meist im Fahrwasser irgendwelcher Strömungen innerhalb des internationalen Kommunismus. Dogmatismus und Immobilität im Denken waren die Folge.

An der Universität bekam ich auch Kontakt mit österreichischen Sozialdemokraten. Es war ein nüchterner, sachlicher Kontakt, der sich lediglich auf das Thema meiner Doktorarbeit begrenzte: ich untersuchte die praktischen und theoretischen Differenzen in der österreichischen Sozialdemokratie. Untersuchungsgegenstand war hierbei der „Kampf“, das theoretische Organ der österreichischen Sozialdemokratie. Die Zeitschrift war für Österreich das, was lange Jahre Karl Kautskys „Neue Zeit“ für Deutschland gewesen ist.

Die Großen der österreichischen Sozialdemokratie kreuzten in dieser Zeitschrift die Klingen: Victor Adler, der Arzt, bei seinen Krankenbesuchen in den Arbeitervierteln Wiens zum Sozialdemokraten geworden, später der Einiger und Gründer der österreichischen Sozialdemokratie; Karl Renner, der erste Präsident der Zweiten Republik; Friedrich Adler, der Sohn Victors, ein Freund Einsteins, Philosoph und Physiker, der 1916 aus Verzweiflung über die fehlende Bereitschaft der österreichischen Regierung, den Krieg zu beenden, den österreichischen Ministerpräsidenten, Graf Stürgkh, erschöß, zum Tode verurteilt, aber 1918 amnestiert wurde; Otto Bauer, der Sohn eines jüdischen Fabrikanten und später der große Theoretiker des linken Flügels.

Alles, was mir bisher verschwommen durch den Kopf gegangen war, – soziale Gerechtigkeit, Sozialismus, Christentum, Marxismus, Solidarität – war von diesen Männern in irgendeiner Weise angesprochen worden.

Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für meine Dissertation mußte ich mich auch eingehend mit den theoretischen Schriften von Marx beschäftigen, denn die österreichische Sozialdemokratie war noch bis zum Zweiten Weltkrieg stark marxistisch orientiert. Die Kritiker des Marxismus — allenfalls jeder Hundertste dürfte das „Kapital“ gelesen haben — haben in der Tat recht: viele Ideen von Marx erwiesen sich als falsch, oft hat er sich in den Schlußfolgerungen und Zukunftsprognosen geirrt.

Zwei Thesen von Karl Marx

Zwei Sätze dieses Mannes haben vielen Menschen das Verständnis ihrer Umwelt erleichtert. Vor allem die These, wonach das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, schien mir aus mehreren Gründen richtig und nützlich. Es gibt Einwände dagegen: jeder Mensch wird auch durch seine Erbanlagen geprägt. Aber der Satz hat zumindest den Vorzug, daß er den denkenden Menschen fragen läßt, was er selbst denn nun eigentlich sei: ein Produkt seiner Umwelt, ein Mensch, dessen politische Meinungen von denen geprägt worden sind, die ihn erzogen haben und die mit ihm zusammenleben? Oder ein Mensch, der von Geburt an für eine bestimmte Entwicklung programmiert ist?

Mir scheint, Umwelteinflüsse bestimmen mehr als Erbanlagen unser Denken und Handeln. Stimmt es aber, daß die Umwelt der prägende Faktor für die Entwicklung des Menschen ist, dann muß man die Umwelt ändern, wenn man den Menschen ändern will. Und umgekehrt: wenn der Mensch schlecht ist, kann die Umwelt nicht gut sein.

Der Satz vom gesellschaftlichen Sein, das das Bewußtsein des Menschen bestimmt, scheint mir noch aus einem anderen Grunde wichtig zu sein: Er zwingt zur Toleranz. Wer nämlich davon ausgeht, daß die Mitmenschen zu einem entscheidenden Teil von ihrer Umwelt geprägt werden, der sucht die Schuld für das Fehlverhalten eines anderen nicht nur in dem Menschen selbst, sondern auch in seiner Umwelt. Dieser Satz von Marx zwingt also zum Verständnis auch für den, der die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht beachtet. Wer von dieser Voraussetzung und von dieser Einsicht ausgeht, dem fällt es leichter, mit harten und vorschneitenden Urteilen und Verurteilungen zurückzuhalten.

Noch ein zweiter Satz von Marx, mit dem ersten verwandt und zur gleichen Konsequenz führend, hat starken Eindruck auf mich gemacht: die These, daß es keine absoluten Normen gebe, die für alle Zeiten gelten; daß jeder Wertmaßstab an den Menschen gebunden ist, der ihn aufstellt, macht notwendig alle diejenigen Weltanschauungen und Religionen suspekt, die mit ihren Wertvorstellungen und Normen einen Absolutheitsanspruch stellen, der das Gespräch mit anderen Richtungen von vornherein unmöglich macht. Dazu gehört auch der dogmatische Kommunismus.

Jeder Sozialdemokrat kann meines Erachtens mit Anhängern von Religionen und Weltanschauungen zusammenarbeiten, deren Ziel eine soziale und solidarische, eine freiheitliche und am Recht orientierte Gesellschaft ist. Die metaphysische Interpretation solcher Richtungen ist Sache jedes einzelnen. Niemandem sollte seine Hoffnung auf neue Möglichkeiten, der Glaube an die Richtigkeit seiner Vorstellungen genommen werden. Aber soziale Forderungen brauchen nicht ideologisch begründet zu werden. Vor allem werde ich mißtrauisch, wenn Weltanschauungen mit dem Anspruch auftreten, den einzig richtigen Weg zu kennen, und ihre Interpretation von gesellschaftlicher Notwendigkeit als allgemeinverbindlich hinstellen. Denn auch hier gilt der Satz, daß es keine zu allen Zeiten und an allen Orten geltenden Wertmaßstäbe, keine absoluten Normen gibt.

Und doch muß sich jeder Mensch an bestimmten Zielpunkten orientieren. In meiner Sicht gibt es für den Menschen des 20. Jahrhunderts nur einen möglichen politischen Standpunkt; er muß in sozialen, solidarischen Kategorien denken, entscheiden und handeln. Wir brauchen eine Gesellschaftsordnung, die nicht mehr in den gefährlichen Gleisen des Mittelalters verharrt. Die Praktiken physischer und psychischer Vernichtung Andersdenkender müssen überwunden werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, einen Staat aufzubauen, in dem soziale Gerechtigkeit, Humanität und Freiheit an der Spitze der Wertskala stehen.

Jedesmal, wenn ich mit meinen Überlegungen hier angekommen bin, frage ich mich, ob ich den Satz von der Relativität aller Wertmaßstäbe und Normen auch auf meine eigenen Anschauungen und Entscheidungen angewendet habe. Denn setze ich nicht Werte wie Frei-

helt, soziale Gerechtigkeit und Humanität absolut, wenn ich diese Ziele an die Spitze meiner Forderungen stelle und sie für die einzig möglichen halte?

Man kann doch nicht als einzig möglichen Ausgangspunkt politischen Denkens und Handelns die sozialen Notwendigkeiten bezeichnen und zugleich behaupten, jede Norm sei an Ort und Zeit gebunden, also relativ. Wäre das der Fall, dann müßte sich durch Umkehrschluß beweisen lassen, daß an irgendeinem anderen Ort zu irgendeiner anderen Zeit das Gebot sozialen Handelns und Denkens nicht mehr gilt.

Hier, scheint mir, muß man bereit sein, über seinen eigenen Schatten zu springen. Es gibt keine absoluten Normen und Wertmaßstäbe, aber wir müssen uns klar darüber sein, daß es notwendig ist, gewisse Zielvorstellungen zu erarbeiten und als vorerst verbindlich für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu betrachten.

Vorerst — das bedeutet: wenn sich neue Entwicklungen und neue Einsichten ergeben, müssen wir unsere Zielvorstellungen korrigieren. (Es fällt schwer, mir eine Situation vorzustellen, in der die Zielvorstellung von einer Gesellschaft, die von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Humanität geprägt ist, korrigiert werden muß.)

Tradition und Offenheit

Die Sozialdemokraten waren — wenn auch oft unter Schwierigkeiten — von allen Parteien am ehesten bereit, ihren Weg und die Methoden zur Verwirklichung ihrer Ziele zu überprüfen. Für die Richtigkeit dieser Ziele spricht, daß es nur selten notwendig war, den Weg radikal zu ändern. Wenn es darauf ankam, schaute sich die Partei jedoch nicht, die notwendigen Schritte zu tun.

Das Jahr 1918 brachte meines Erachtens einen notwendigen Schritt. Über dieses historische Jahr, über den Schluß des ersten Weltkrieges, hatte ich erst während der Studienzeit genaueres gehört. Das Klischee der Oberschule saß noch in mir: „Nachdem der erste Weltkrieg ausgebrochen war, kämpften die Völker vier Jahre lang um die Macht in Europa, und dann wurde die Republik ausgerufen.“ Daß es in Wahrheit anders war, erfuhr ich erst später. Der erste Weltkrieg war nicht — wie eine Krankheit — „ausgebrochen“. Nicht die Völker kämpften um die Macht in Europa, sondern die Regierenden. Nicht die Regierenden bezahlten aber den

Krieg, sondern die Völker. Daß 1918 die Demokratie erkämpft worden war, erfuhr man nur sehr indirekt aus dem Geschichtsunterricht.

Bis zum Jahre 1918 hatten große Teile der deutschen Arbeiterbewegung die Revolution als einzigen Weg zur Lösung der Probleme angesehen. Die Demokratie eröffnete der deutschen Sozialdemokratie neue Wege und Möglichkeiten. Die Partei war nicht mehr darauf angewiesen, ihren Forderungen durch „direkte Aktionen“ Nachdruck zu verleihen. Jetzt mußten die Herrschenden dem „Druck der Straße“, d. h. den Forderungen der großen Mehrheit des Volkes, weichen.

Revolutionäre Entwicklungen in vielen Teilen Europas, die mir trotz vieler negativer Nebenerscheinungen in einigen Ländern unumgänglich schienen, beschleunigten diesen Prozeß. In Deutschland wurde die Republik ausgerufen. Ihre Geburtsstunde war gekennzeichnet von dem Kampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die neugegründete Partei wollte die Revolution weitertreiben, sie wollte die „Diktatur des Proletariats“ verwirklichen.

Hier schieden sich die Geister. Die Sozialdemokraten hatten jahrzehntelang für diese Demokratie gekämpft. Wer den Kampf solange geführt hatte und sich, als er endlich Erfolg brachte, nicht mehr dazu bekennen wollte, mußte wie ein Zyniker und kalter Taktiker erscheinen.

Meiner Meinung nach sind sich die Sozialdemokraten — und waren es auch damals — im klaren darüber, daß sie ihr Ziel, eine soziale Demokratie, noch keineswegs erreicht hatten und haben. Die SPD hat in den letzten hundert Jahren viele ihrer Vorstellungen verwirklichen können. Meine Partei ist sie deshalb, weil sie sich trotzdem nicht zur Ruhe setzt, weil in ihr der Drang lebendig geblieben ist, den Gedanken der Solidarität zu verwirklichen.

Wenn ich noch einmal die Gründe überdenke, die mich zu meiner politischen Entscheidung bewogen haben, dann sind es zwei:

Die Tradition der Partei, sich für die sozial Schwächeren einzusetzen, und die „Offenheit“ der Partei für neue Ideen.

Und wenn ich überlege, an welchen Orten ich die entscheidenden Eindrücke mitbekam, dann sind es — neben dem Elternhaus — ebenfalls zwei: die Fabrik und die Universität. Hier lernte ich die Wirklichkeit sehen, dort die Theorie; hier sah ich die Oberfläche, dort den Hintergrund.

Aus dem Geist der Geschichte

Möglichkeiten und Leitlinien
deutscher Außenpolitik in der heutigen Zeit

„Der Wille zum Frieden und zur Verständigung ist das erste Wort und das Fundament unserer Außenpolitik.“

„Der Krieg ist lange zu Ende. Aber der Frieden kann nicht gewonnen werden, ohne daß Europa geschaffen und die Rechnung für Hitlers Krieg beglichen würde.“

„Daß das Abtauen jahrelang erstarrter und vereister Barrieren zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland nicht in wenigen Monaten möglich ist, wird jeder verstehen. Daß es in unserem Interesse liegt, freundschaftliche Beziehungen herzustellen, ist offensichtlich. Daß dies nicht ohne Gefahren und Risiken möglich ist, kann niemand bezweifeln. Wer sie scheut, darf nicht von Ostpolitik sprechen. Wer sie unterschätzt, sollte von der Ostpolitik ferngehalten werden.“

„Unsere Friedenspolitik kann nur Erfolg haben, wenn wir unsere Beziehungen der Freundschaft und des Vertrauens zu unseren Verbündeten erhalten.“

Bei der Übernahme des Auswärtigen Amtes habe ich angedeutet, was mir damals sehr bewußt war: ‚Wer Sinn für Geschichte hat, wird nicht leicht darüber hinweggehen, was diese Art von Regierungsbildung bedeuten kann, und daß ein Mann meiner Überzeugung der deutsche Minister des Auswärtigen geworden ist.‘ Ich lege dieses Buch nicht als Mann einer Partei, meiner Partei, vor, sondern aus der Verantwortung als deutscher Außenminister. Dazu gehört für mich dreierlei:

Tradition und Gestaltungswille einer Freiheitsbewegung, die sich von Anfang an auch vorgenommen hatte, Recht und Moral im Zusammenleben der Völker und Staaten zur Geltung zu bringen;

das Wissen darum, daß man der Geschichte des eigenen Volkes nicht entgeht, sondern sie als Erbe und Erfahrung trägt, und daß es darauf ankommt, die verschiedenartigen Kräfte einer unteilbaren Geschichte für das Ganze fruchtbar zu machen;

die Pflicht des Tages, die ich auch darin sehe, Außenpolitik nicht als Buch mit sieben Siegeln erscheinen lassen, sondern sie so zu vertreten und darzustellen, daß interessierte Mitbürger verstehen, worum es geht: um den Frieden und die materielle Existenz, um Freiheit und Sicherheit.

Die Geschichte unseres Volkes kennt viele Irrtümer und Versäumnisse. Alle gesellschaftlichen und politischen Strömungen haben daran ihren Anteil. Das hat diejenigen, die mehr als andere aus der Vergangenheit gelernt haben, bis in die jüngste Vergangenheit nicht davor bewahrt, Prügelknaben für die Fehler anderer sein zu müssen. Dieser unheilvolle Zug der vergangenen Jahrzehnte ist nur aus einer Epoche zu begreifen, in der Licht und Schatten so hart kontrastierten.

Ich sehe keinen Grund, warum ich mich nicht unbefangen zur historischen Persönlichkeit Bismarcks äußern sollte. Die Geschichte selbst hat das Reich zerstört. Die Forderungen aber, derentwegen die Sozialdemokratie zum Reichs-

feind gemacht wurde, sind über alle Wirren der Geschichte hinweg anerkannter Besitz der deutschen Wirklichkeit geworden.

Es ist schwer vorstellbar, daß jener Diplomat mit Macht, der Bismarck gewesen ist, nuanciert und differenziert bis zur Verzweigung von Freund und Feind, geschmäht von seinen konservativen Standesgenossen wegen seiner Ideologielosigkeit, sich in Zügellosigkeit oder Unbeweglichkeit verirrt hätte. Das blieb anderen vorbehalten. Ihm wäre es auch dann nicht geschehen, wenn er stärker gewesen wäre als er war — oder als wir heute sind. Seiner Politik war das Wort ‚Dogma‘ fremd; in seinem Wortschatz gab es keine ‚Doktrin‘. Wer daran erinnert, braucht den Vorwurf des Opportunismus nicht zu fürchten. Aber es geht heute wieder und erst recht um die Zukunft eines Volkes, das zwischen West und Ost lebt.

„Konsequent zu sein in der Politik wird häufig zum Fehler, zu Eigensinn und Selbstwilligkeit. Man muß sich nach den Tatsachen, nach der Lage der Dinge, nach den Möglichkeiten umodeln, mit den Verhältnissen rechnen, seinem Vaterlande nach den Umständen dienen, nicht nach seinen Meinungen, die oft Vorurteile sind.“

Dieses Wort wurde gesprochen im Januar 1871, kurz nach der Gründung seines Reiches, am Ende eines beispiellosen Alleingangs über alle internationalen und deutschen Widerstände hinweg, frei von Schwallst und Überheblichkeit, bescheiden und nüchtern — obwohl zu Stolz doch wirklich Anlaß war. Über dieses Wort sollte man nachdenken, nicht nur an unseren Schulen und Hochschulen, sondern auch in den politischen Parteien. Es bestätigt die Erkenntnis, daß Interessenpolitik nicht Prinzipienlosigkeit verlangt.

In unserer Zeit war und ist die nationale Einheit nicht mehr durch Blut und Eisen zu schaffen, selbst wenn ein Narr davon träumte. Kleiner als Preußen damals, in einer völlig veränderten europäischen Landschaft, wird die Bundesrepublik Deutschland ihre politische Reife auch darin zu beweisen haben, ob und wie sie die von Bismarck als Eigensinn verurteilte Haltung des Alles-oder-Nichts überwindet.

Dem großen Kanzler gelang die Einigung nach außen, nicht die Einigung nach Innen. Für die deutsche Entwicklung war das Vorurteil von einem über den Bürgern thronenden Staat ein Unglück. Dabei war das Reich als Übereinkunft der Fürsten durchaus so angelegt, daß es die

Evolution zur konstitutionellen Monarchie demokratischen Charakters und den Weg in die industrielle Massengesellschaft ohne größere Erschütterungen hätte zurücklegen können, wenn die Herrschenden das wirklich gewollt hätten, aber sie haben es nicht gekonnt, überwiegend auch nicht gewollt. Der deutsche Liberalismus zeigte wenig Verständnis für die Arbeiterbewegung, er arrangierte sich lieber mit den Herrschenden. Dem Sozialismus begegnete man allenfalls mit Beschwichtigungsversuchen, aber man begriff ihn nicht als eine geistige Bewegung. Das in der Reichsverfassung garantierte allgemeine und freie Wahlrecht mußte deklamatorisches Stückwerk bleiben, solange das Verlangen nach gründlicher Demokratisierung als vaterlandsfeindlich verketzert wurde.

Ein selbstherrlicher Obrigkeitsstaat, in Preußen mehr noch als im Reich geprägt, wollte eine natürliche Entwicklung mit Polizeimethoden unterdrücken. Diese Selbstherrlichkeit hatte ein langes Leben. Sie ist noch nicht ganz abgestorben. In Deutschland hat man das Bild des Staates als eines strengen und meist gerechten Hausvaters gar zu lange für unabänderlich gehalten. Die Verfolgung der ‚Roten‘, das Schikanieren der ‚Schwarzen‘ und die Geringschätzung der ‚Intellektuellen‘ mußten ein folgenreicheres Trauma hinterlassen. Es schwindet erst jetzt allmählich, auch wenn innenpolitische Kurzsichtigkeit es zuweilen beleben möchte.

Wir sind nach außen nur so stark wie wir im Innern sind. August Bebel hat auf seine schlichte Art gesagt, daß die aufstrebenden Schichten des Volkes Teil der Nation sind und es nicht nur passiv, als Gehorchende sein wollen. Er sprach vom ‚Vaterland der Liebe und Gerechtigkeit‘, das es zu erringen und zu verwirklichen gelte. Der Abstand zu damals und die selbstverständlich gewordenen demokratischen und sozialen Rechte machen deutlich, daß Bismarck und Bebel erst zusammen das geschichtliche Bild des Reiches vermitteln.

Der ärmste Sohn des Volkes ist häufig sein treuester gewesen. Dieser Satz wurde oft sehr oberflächlich verstanden: Etwa in dem Hinweis, die Sozialdemokraten hätten doch am 4. August 1914 im Reichstag die Kriegskredite bewilligt. Dabei erprobte sich ihr Patriotismus noch mehr, als man die Kredite verweigerte, weil sie nicht für die Verteidigung, sondern für Eroberungen gefordert wurden. Die Verantwortlichen meinten auch im Ersten Weltkrieg, bis fünf Minuten

vor Zwölf reden und die Welt herausfordern zu können. Statt die mörderischen Konfrontationen durch einen annehmbaren Verhandlungsfrieden zu beenden, träumten sie von Annexionen. Es kam, wie es in solcher Verblendung kommen mußte.

Nicht nur die monarchische Staatsform fiel, das Reich ging zuletzt an sich selbst zugrunde. Deutschland blieb zurück als ein ohnmächtiges, verstümmeltes, durch den Schuldspruch der Sieger geächtetes, von Krisen geschütteltes rudimentäres Staatswesen. Unter großen Mühen gab es sich seine neue Verfassung und versuchte, sie zum Leben zu bringen. Das gelang nur für eine kurze Zeit. Die Kräfte der Mäßigung, der Aussöhnung im Innern und der Verständigung nach außen, scheiterten nicht nur an den Feinden im eigenen Land.

Niemand wird mir vorwerfen können, daß ich zu denen gehöre, die Ursache und Wirkung verwechseln oder vergessen machen wollen, was eigene Schuld und eigene Schwäche oder Überheblichkeit in unserer jüngeren und jüngsten Geschichte bedeutet haben. Und doch muß ich daran erinnern, daß nicht nur Deutschland agiert hat und seine weiteren und näheren Nachbarn bloß zugeschaut hätten. Überall oder fast überall zeigten sich erschreckende Anzeichen von Chauvinismus, Kurzsichtigkeit und Unvernunft. Das Ausland hat es den Demokraten in diesem Lande nach dem Ersten Weltkrieg nicht leicht gemacht. Es hat zu wenig und zu spät gegeben, als Männer der Vernunft — Ebert, Rathenau, Stresemann — baten und drängten. Man hat ihnen nicht abgenommen, daß es auch im Interesse Europas und des Friedens lag, wenn sie mit Vernunft und Maß deutsche Forderungen vertraten. Auch außerhalb unserer Grenzen sollte nicht vergessen werden, daß man der Diktatur schließlich mehr zubilligte oder ihr einfach ließ, was sie sich nahm.

Es wäre unverantwortlich, hiermit das ganze spätere Unglück erklären zu wollen. Seine Wurzeln lagen im inneren Gefüge des Staates, in der Geisteshaltung einer Gesellschaft, die ihn zu tragen nicht bereit war. In der Deutschen Republik von Weimar blieben die Republikaner eine Minderheit. Die in den Nachkriegswirren und in den Bruderkämpfen der Revolution von den Demokraten bewiesene Staatstreue, ihre patriotischen Koalitionen zur Rettung der Republik hinderten nicht, daß sie, die den jungen Staat geschaffen hatten und trugen, zu Sünden-

böcken wurden. Auf sie wurde alles abgeladen, alle Schuld an den äußeren und inneren Schwierigkeiten, an Elend, Not und Arbeitslosigkeit. Eine gesellschaftliche Erneuerung war im Ansatz gescheitert. Die alten Kräfte in den wirtschaftlichen und sozialen Schlüsselpositionen hatten kaum gewankt und sich im Kampf gegen Weimar rasch wieder zusammengefunden, gestützt und gestärkt durch eine angeblich unpolitische, in Wirklichkeit aber mit der Restauration sympathisierende zivile und militärische Bürokratie.

Auf solchem Boden konnte keine Selbstbesinnung wachsen. Auf solchem Boden wuchs innenpolitischer Haß, gedieh die Glorifizierung erfolgloser Waffentaten, wucherte neue Selbstüberhebung. Die Totengräber der Demokratie hatten es nicht zu schwer, sich eines Staates zu bemächtigen, den nur eine bewußte Minderheit gegen sie verteidigte. Als im März 1933 mit dem Ermächtigungsgesetz der Schlußpunkt unter die Todesurkunde der Weimarer Republik gesetzt wurde, waren die Sozialdemokraten im Reichstag zu gleicher Zeit Nachhut und Vortrupp des deutschen freiheitlichen Widerstandes.

Und doch ist es eine bittere Erkenntnis, daß das Herausmanövrieren der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierungsverantwortung der Weimarer Zeit mit auf eigenes Versagen zurückzuführen ist. Und es bleibt eine Tragik, daß die Volksmehrheit nicht zum Schutz der Republik gegen die Kräfte der Zerstörung zusammengeführt werden konnte. Seitdem ist unser Volk ganz gewiß nicht blind durch die braune Gewaltherrschaft, durch die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und durch die Hoffnungslosigkeit der totalen Niederlage gegangen.

Ob es uns gefällt oder nicht, wir müssen erkennen, daß wir auch 23 Jahre nach Kriegsende an den objektiven und subjektiven Folgen des Hitlerismus noch schwer zu tragen haben. Wer das nicht erkennt, kann keine gute deutsche Politik machen. Wer glaubt, ohne einen dicken Trennungsstrich auskommen zu können, wird scheitern. Neonazismus ist Verrat an Land und Volk.

Bei allem Unterschied zur Lage der Weimarer Republik hat die Außenpolitik der Bundesrepublik in vielem an die Bemühungen anknüpfen können, die durch die Namen Friedrich Ebert, Walther Rathenau und Gustav Stresemann charakterisiert sind. Frieden, Recht und

Freiheit waren die Grundsätze, die sie bei den lebendigen Kräften des deutschen Volkes aufgehoben wissen wollten. Durch sie sollte Deutschland einen angemessenen Platz in der Welt einnehmen und eine vernünftige Aufgabe in Europa erfüllen können.

Bei aller Korrektur durch das Ausmaß der Niederlage und die Spaltung Deutschlands, kann und darf die deutsche Außenpolitik auch nicht auf das moralische Erbe der deutschen Widerstandes verzichten. Nicht aus Gefälligkeit gegenüber den ehemaligen Kriegsgegnern, sondern aus Gründen der Selbstachtung. Nicht, um im eigenen Volk Gegensätze zu konservieren, sondern um die Aussöhnung zu einem sauberen Abschluß zu führen.

Gegen das haßerfüllte Wort von den ‚November-Verbrechern‘ steht die staatsmännische Gestalt Friedrich Eberts. Für den deutschen Widerstand gegen Hitler stehen Männer wie Julius Leber und Wilhelm Leuschner. Für die Selbstbehauptung nach 1945 nenne ich Ernst Reuter und Kurt Schumacher. Es hat zu allen Zeiten und in allen Lagern Deutsche gegeben, auf die wir stolz sein können. Als Außenminister ist es mir eine Genugtuung, daran erinnern zu können, daß Angehörige des Auswärtigen Dienstes Widerstand gegen Hitler geleistet haben. Als SPD-Vorsitzender darf ich feststellen, daß meine Gesinnungsfreunde auch in den Zeiten der Verfolgung in dem Gefühl wohlverstandener nationaler Solidarität niemals wankend geworden sind.

Die Leistungen Konrad Adenauers werden auch von denen respektiert, die mit ihm gestritten haben. Die außenpolitische Position der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch nicht allein durch den ersten Bundeskanzler und seine Mitarbeiter bestimmt worden. Andere, nicht zuletzt Sozialdemokraten, hatten einen wichtigen Anteil, als es darum ging, Vertrauen für Deutschland wiederzugewinnen.

1952, kurz vor seinem Tod, hat Schumacher geschrieben: ‚Es kommt darauf an, dem deutschen Volk ein neues nationales Selbstbewußtsein zu geben, gleich fern von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit und der heute weit verbreiteten Neigung, in jedem alliierten Wunsch eine Offenbarung der europäischen Gesinnung zu sehen. Nur ein Volk, das sich selbst behauptet, kann ein wertvolles Glied einer größeren Gemeinschaft sein.‘ Heute, sechzehn Jahre später, wird in unserem Lande viel darüber gesprochen, daß unser Volk ein neues

nationales Selbstbewußtsein brauche. Damals, in den ersten Nachkriegsjahren, wurden Schumachers und Reuters Haltung oft als nationalistisch verkannt. Sie war vielmehr ein Ausdruck des Gefühls von Integrität, der persönlichen Freiheit und des Empfindens für das Schicksal der Landsleute. Für diese Männer war das Kriegsende eine wahrhafte Befreiung, und sie gewannen daraus die Kraft zu Forderungen im Namen eines Volkes, das sich in seiner Mehrheit nur besiegt fühlen konnte. Im Rückblick wird klar, wie wichtig es für das nationale Selbstverständnis sein mußte, vom Bewußtsein ungebrochener Selbstachtung getragen zu sein, wenn man im Namen des Volkes sprach.

Diejenigen, mit denen ich mich im engeren Sinne politisch verbunden fühle, sind schon in einer Zeit für legitime deutsche Interessen eingetreten, als mancher, der später auf einer nationalen Welle schwimmen wollte, noch mit unaufrichtigen Schuldbekennnissen oder unwahrhaftigen Unschuldsbeteuerungen beschäftigt war. Wir wußten, daß die Schuld von zwölf Unheilsjahren nicht durch die Flucht vor einer gemeinsamen Verantwortung oder durch eine Art Austrittsbewegung aus der Nation würde getilgt werden können. Wir haben versucht, in den bittersten Stunden an die guten Eigenschaften unseres Volkes zu appellieren und die beträchtlichen Reserven an Gemeinsinn freizusetzen, die uns glücklicherweise noch geblieben waren.

Nationales Selbstbewußtsein ist etwas anderes als Überheblichkeit und Überschätzung des eigenen Wertes gegenüber anderen Völkern. Es ruht in einem sicheren Urteil der eigenen Kraft, Leistung und Tugend – und der eigenen Begrenztheit. Selbst zu erkennen, was ist, zu wissen, wo wir stehen und wohin wir wollen, das gehört zu dem Selbstbewußtsein eines mündigen Volkes. Und das kann eine Quelle der Heilung gegen den Minderwertigkeitskomplex sein, der uns einredet, wir seien eine verkannte Nation.

So wie der Name Konrad Adenauer mit Frankreich, dem westeuropäischen Zusammenschluß, dem atlantischen Bündnis verknüpft ist, so stehen die Namen Kurt Schumacher und Ernst Reuter für politische Selbstbehauptung nicht nur in Berlin, für das Ja der Arbeiterschaft zur Bundesrepublik, für demokratische Solidarität und das Bemühen um Gleichklang von Demokratie und Nation. Fast ist man versucht, hier eine merkwürdige Dialektik zu erkennen, die

innenpolitisch zu verschränkten Fronten geführt hat. Jedenfalls haben nicht nur die von der deutschen Politik unabhängigen weitpolitischen Entwicklungen dazu geführt, daß sich die großen Parteien trotz zeitweise erbitterter Auseinandersetzungen über den außenpolitischen Kurs nicht völlig auseinanderentwickelten. Tatsachen und Einsichten waren stark genug, um über den Graben in unserem Teil Deutschlands zu springen, als es Ende 1966 darum ging, die Substanz der Bundesrepublik zu erhalten und ihr in der zweiten Phase der Nachkriegszeit Stabilität und Zukunftschancen zu sichern.

Es hat Kuratorkorrekturen der Außenpolitik gegeben. Das kann man nachlesen. Wenn sich nichts geändert hätte, wäre manche Polemik nicht nur überflüssig, sondern auch unverständlich gewesen. Keine Polemik darf etwas daran ändern, daß die deutsche Außenpolitik an dem einen Generalnenner der Friedenssicherung orientiert ist. Dies bedeutet vor allem eine auf Entspannung, Zusammenarbeit und Zusammenschluß gerichtete Europapolitik. Daran wird sich, solange ich Außenminister bin und die SPD in der Regierung ist, nichts ändern.

Dabei haben wir — in einer Welt eruptiver Technisierung, der Balancierung des Schreckens, gewaltiger politischer und soziologischer Veränderungen —, als relativ kleine Bundesrepublik, teils die Nation zu bewahren, teils an Europa mitzuarbeiten. Wer zurückblickt, findet, daß Überheblichkeit und uns heute schier unbegreiflich erscheinende Verblendung Deutschland immer kleiner gemacht haben. Das Reich hatte bessere Voraussetzungen als die Bundesrepublik, Ziele der Vernunft zu erreichen. Das Gewicht Deutschlands würde sich allerdings verringert haben, auch wenn es Hitler nicht gegeben hätte. Der durch die nationalsozialistischen Verderber begonnene und verlorene Krieg, ihr Verrat an Europa und an der deutschen Einheit haben uns zusätzlich verlieren lassen, was auch durch wirtschaftliche Kraft nur zum Teil ausgeglichen werden kann.

Festigkeit in der Vertretung unserer Interessen und Prinzipien kann uns helfen, das Erhaltene und die Ergebnisse des Wiederaufbaus zu bewahren. Daß wir Europa bauen helfen, daß unser Volk im Rahmen einer europäischen Friedensordnung über sich selbst bestimmen kann, dazu brauchen wir vor allem ein sicheres Auge für Maß.

„Aus dem Geist der Geschichte“ ist das Einleitungskapitel des neuesten Buches von Willy Brandt „Friedenspolitik in Europa“, das wir mit freundlicher Erlaubnis des Verlages nachdrucken (S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 1968, 224 S., Ladenpreis DM 20,—). — Außerdem erschien eine Sonderausgabe für Mitglieder des Bertelsmann-Leserlings zum Preis von 8,75 DM.

res novae provokativ

Johannes Agnoli/Peter Brückner

Die Transformation der Demokratie

196 Seiten · Snolln-Broschur 12,— DM · Leinen 19,— DM

Malte J. Rauch/Samuel H. Schirmbeck

Die Barrikaden von Paris

Der Aufstand der französischen Arbeiter und Studenten

230 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten

Kartoniert 5,— DM

Universität und Widerstand

Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt

Herausgegeben von Detlev Claussen und Regine Dermitzel

198 Seiten · Kartoniert 5,— DM

Die Auferstehung der Gewalt

Springerblockade und politische Reaktionen
in der Bundesrepublik

Herausgegeben von Heinz Großmann und Oskar Negt

ca. 192 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten

Kartoniert ca. 5,— DM

Internationale der Studenten 1968

Die antikapitalistische Studentenbewegung

Herausgegeben von Lothar Menne und Claudio Pozzoli

ca. 160 Seiten · Kartoniert ca. 5,— DM

Die Linke antwortet Jürgen Habermas

ca. 144 Seiten · Kartoniert ca. 5,— DM

Reinhard Kahl/Michael Lukasik

Die Rebellion der Schüler

Ihre Ursachen und Auswirkungen

Mit einer kommentierten Dokumentation

ca. 164 Seiten · Kartoniert ca. 5,— DM

Europäische Verlagsanstalt

Chronik des demokratischen Sozialismus

Die Sozialistische Internationale tagte in Berlin
Das Büro der Sozialistischen Internationale wollte zu seiner Herbstsitzung auf Einladung der SPD vom 15. bis 17. November 1968 in Berlin. Dem Büro gehören die Vertreter von 13 sozialdemokratischen Parteien aus allen Teilen der Welt an, darunter u. a. die britische Labour Party, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens, die Sozialistische Partei Österreichs und die SPD. Die Berliner Sitzung dieser weltweiten Gemeinschaft, die zur Zeit 52 Mitgliedsorganisationen in Europa, Asien, Afrika und Nord- und Südamerika umfaßt, beschäftigte sich vor allem mit weltpolitischen und organisatorischen Fragen. Bundesaußenminister Willy Brandt, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner und das geschäftsführende Präsidiumsmitglied, Alfred Nau, zählten zu den Mitgliedern der SPD-Delegation, die in den Debatten des Büros ihre Auffassung darlegte.

In einer grundsätzlichen Diskussion über Fragen der internationalen Politik, die zugleich eine Nachüberlegung zu den Beschlüssen der Generalratskonferenz in Kopenhagen (21.—23. 8. 1968) war, faßte das Büro eine Entschließung, die nachstehende Punkte enthält:

Zurückweisung der Behauptung Breschnevs, der zufolge die Sowjetunion ein Recht habe, in einem anderen kommunistischen Land zu intervenieren, falls nach ihrer Ansicht dort die kommunistische Herrschaft bedroht sei.

Begrüßung des Bombenstops in Vietnam als einen ersten Schritt auf dem Wege zu einem allgemeinen Waffenstillstand.

Verurteilung der Unterdrückungsmaßnahmen der griechischen Militärregierung, insbesondere der Folterung und Verhängung von Todesstrafen für griechische Staatsangehörige.

Das Büro zeigte sich befriedigt über die Freilassung des portugiesischen sozialdemokratischen Politikers Mario Soares. Es knüpfte daran die Hoffnung, daß er und seine Freunde sich frei in Portugal politisch betätigen können.

Das Büro der Internationale nahm mit großer Aufmerksamkeit und Befriedigung eine Übersicht entgegen, die der Vorsitzende der SPD, Bundesaußenminister Willy Brandt, über aktuelle außenpolitische Fragen gab. Hierbei wies Willy Brandt vor allem auf die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland hin, bei Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen die Politik der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa fortzusetzen.

Das Büro der Internationale bekundete in einer Ansprache des Präsidenten Dr. Bruno Pittermann seine Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie und der Bevölkerung von Berlin.

EWG-Verbindungsbüro der Sozialdemokraten
Das Verbindungsbüro der sechs sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft beschloß auf seiner Sitzung am 11. Oktober 1968 in Brüssel, noch im Dezember dieses Jahres eine gemeinsame Konferenz der sozialdemokratischen Fraktionsvorstände der nationalen Parlamente in den EWG-Ländern einzuberufen, um den derzeitigen Stand der europäischen Einigung zu erörtern. Der 8. Kongreß des Verbindungsbüros wurde für das Frühjahr 1969 anberaumt. — Wichtigste Aufgabe dieses Verbindungsbüros ist die Koordinierung sozialdemokratischer Maßnahmen im Bereich der europäischen Zusammenarbeit sowie der ständige Meinungsaustausch zwischen Sozialdemokraten über langfristige Probleme der europäischen und internationalen Politik.

Finland

Vor dem Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, der Anfang September zusammengetreten war, erläuterte der Generalsekretär der Partei, Erkki Raatikainen, die außenpolitischen Richtlinien seiner Partei. Hierbei forderte er die Beibehaltung einer realistischen Politik, die sich auf die Anerkennung des Gleichgewichts der Mächte gründe. „Die Politik der finnischen Sozialdemokraten strebt die Sicherung des Friedens in Europa an, eines Friedens, der die bestehenden politischen Tatbestände und die friedliche Koexistenz zwischen Nationen, die unter verschiedenen ideologischen und gesellschaftlichen Systemen leben, anerkennt. Hiervon ausgehend, können wir nicht umhin, Vorgänge zu kritisieren, die unserer Meinung nach diese bedeutsamen Prinzipien verletzen.“ Die finnischen Sozialdemokraten, so erklärte Raatikainen, hätten scharf die amerikanische Intervention in Vietnam verurteilt; ähnliches gelte für die Ereignisse in Biafra, in Südafrika und Rhodesien sowie in Griechenland. Auch wenn es für notwendig erachtet worden sei, Konflikte zwischen den kommunistischen Staaten durch Anwendung von Gewalt zu lösen, müßten die finnischen Sozialdemokraten die militärische Aggression scharf verurteilen.

Schweden

Die Parlamentswahlen in Schweden am 15. September haben der sozialdemokratischen Regierungspartei die absolute Mehrheit gebracht. Mit 125 Sitzen in der 2. Kammer (1964: 113) sind die schwedischen Sozialdemokraten in der Lage, die wirtschaftlichen und sozialen Reformen weiter fortzuentwickeln. Die Kommunisten verloren 5 ihrer bisherigen Sitze. Der Versuch der Liberalen, Konservativen und des Zentrums, die Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung zu drängen, ist gescheitert. Beobachter führen den sozialdemokratischen Wahlsieg auf folgende Faktoren zurück:

1. *Die überwiegende Mehrheit der Jungwähler hat sozialdemokratisch gewählt;*
2. *die schwedischen Gewerkschaften haben die Vorstellungen der Sozialdemokratie vorbehaltlos unterstützt;*
3. *die auch in Schweden immer stärker werdende Gruppe der Angestellten hat sich für die Sozialdemokraten entschieden.*

Madagaskar

Der 12. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Madagaskars, die seit der Unabhängigkeit dieser Inselrepublik vor der Ostküste Afrikas eine der stabilsten Regierungen der Dritten Welt stellt, konnte im August dieses Jahres vor zahlreichen ausländischen Gästen eine erfolgreiche zehnjährige Bilanz politischen Fortschritts und wirtschaftlichen Aufschwungs ziehen.

Angesichts der politischen Entwicklung in Afrika und Asien ist die Bedeutung Madagaskars erheblich gewachsen. Das Beispiel der sozialen Demokratie in einem Entwicklungsland am Schnittpunkt weltpolitischer Interessen hat die Aufmerksamkeit vieler Länder gefunden.

Der Generalsekretär der Partei, Innenminister André Resampa, verwies auf die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen madagassischen und deutschen Sozialdemokraten und erneuerte die Solidartät seiner Partei mit den Sozialdemokraten in der ganzen Welt.

Japan

Die Sozialdemokratische Partei Japans wählte auf ihrem Parteitag am 4. Oktober 1968 einen neuen Vorstand. Damit haben die internen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Flügeln dieser Partei einen vorläufigen Abschluß gefunden. Generalsekretär wurde Saburo Eda, der Führer der Reform-Gruppe. Dieses Ergebnis überraschte, da noch Anfang September auf einem Parteitag der offene Kampf zwischen den orthodoxen und mehr pragmatisch ausgerichteten Gruppen eine Einigung über die Zusammensetzung des Vorstandes verhindert hatte.

Italien

Nach langen und zum Teil sehr hart geführten Debatten: ist der Parteitag der Vereinigten Sozialistischen Partei Italiens in Rom am 28. Oktober 1968 zu Ende gegangen. Obwohl die Delegierten sich mit großer Mehrheit auf dem fünf Tage dauernden Parteitag für eine Neuauflage der Koalition der Linken Mitte aussprachen, blieb unklar, wie die Bedingungen über die Teilnahme an der Regierungsverant-

wortung aussehen sollen. Die fünf hauptsächlichen Gruppen in der Partei konnten sich auf ein gemeinsames Dokument in dieser Frage nicht einigen, so daß dem neugewählten Zentralkomitee diese Aufgabe übertragen wurde. Die Gruppen im Zentralkomitee setzen sich in der Mitgliederzahl wie folgt zusammen:

Gruppe Nenni	43
Gruppe de Martine	39
Gruppe Tanassi	21
Gruppe Lombardi	11
Gruppe Guolliti	7

Die politische Landschaft Italiens ist nach dem Parteitag der Italienischen Sozialisten nicht übersichtlicher geworden.

Frankreich

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs SFIO fällte am 2. und 3. November 1968 eine für die weitere Entwicklung der französischen Parteienpolitik wichtige Entscheidung. Mit großer Mehrheit stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes der SFIO zu, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit im nächsten Jahr der Aufbau einer großen demokratisch-sozialistischen Partei Frankreichs beginnen könne. Diese Entscheidung, die noch der Zustimmung des für Dezember dieses Jahres einberufenen Parteitages der SFIO bedarf, setzt einen Schlußstrich unter das Kapitel der Linken Föderation demokratischer Sozialisten, jener Koalition aus SFIO, republikanischen Clubs und radikalsozialistischer Partei, die unter Führung von François Mitterrand versucht hatte, eine demokratische Alternative zum gaullistischen System zu entwickeln.

Die Enttäuschung vieler Sozialisten in Frankreich über das schlechte Abschneiden der Föderation bei den letzten Wahlen hat die Vorstellungen über die Gründung einer großen Partei des demokratischen Sozialismus in Frankreich entscheidend beeinflußt. Die Mehrheit der Delegierten auf der Sitzung des Nationalrates sprach sich dafür aus, die SFIO in eine Partei zu verwandeln, die in ihren Prinzipien und Strukturen offener und moderner ist als die bisherige SFIO.

Informationen aus der kommunistischen Welt

Luc Jochimsen

Weltbild statt Wirklichkeit

Die Soziologie als Sündenbock für den Einmarsch in Prag*

Es geschah alles zur gleichen Zeit: in Cierna und in Bratislava wurde verhandelt, in Sofia diskutiert, und aus Prag schrieben die Mitarbeiter des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften an die Kollegen aller sozialistischen Länder: „Im Interesse der Wahrheit, im Interesse des Sozialismus bitten wir um Verständnis für unsere gesunde gesellschaftliche Entwicklung. Sie hatten Gelegenheit, unser Land zu besuchen, mit uns zu diskutieren, unsere Haltung kennenzulernen. Sie kennen uns von Konferenzen und Wissenschafts-Seminaren als Verfechter des Marxismus. Deshalb wenden wir uns an Sie im Interesse der Wahrheit, im Interesse des Sozialismus!“

Der Riß zwischen Weltbild und Wirklichkeit, das doppelte Dilemma der ideologischen Auseinandersetzung, die beiden sich gegenüberstehenden Lager der Machtmarxisten und der Gesellschaftsanalytiker . . . nie traten sie deutlicher in Erscheinung als im Sommer 1968 überall zwischen Prag und Belgrad einerseits und Sofia, Budapest, Warschau, Leipzig, Ost-Berlin, Leningrad, Moskau und Nowosibirsk andererseits. Soziologische Auseinandersetzungen zeigten wie in einem Brennspiegel die Probleme auf, die zur bisher größten Krise innerhalb des sowjetisch-dominierten sozialistischen Machtblocks geführt haben.

Der 21. August kannte nur noch das Geräusch der Panzer. Aber in den Wochen zuvor war die gesamte Ostblock-Atmosphäre von bisher ungehörten Stimmen erfüllt, die gesellschaftliche Tatbestände offen aussprachen und damit eine ideologische Auseinandersetzung in Gang brachten, die auch durch die Panzer nicht rückgängig gemacht, ja nicht einmal mehr durchgängig unterbrochen werden konnte.

Die ganze Welt fragt

Vier dokumentarische Beispiele aus den ersten Augusttagen seien erwähnt: „Die ganze Welt fragt“ war ein Flugblatt betitelt, das die tschechoslowakische Delegation während der Weltjugendfestspiele in Sofia verteilte. Verfasser waren Studenten der Soziologie. Sie schrieben:

„Wir sind nach Sofia gekommen, um zusammen mit jungen Menschen aus allen Teilen der Welt für Freiheit und Gleichheit und gegen jede Art von Unter-

drückung zu kämpfen. Wir sind gekommen, weil es für uns und andere Nationen wichtig ist – besonders wir erfahren im Augenblick ganz persönlich, wie wichtig es ist –, daß man Freunde hat, Freunde, die bereit sind, einem Verständnis und Hilfe zu geben.

Die CSSR ist ein sozialistisches Land. Das geht gar nicht anders in einem Land, in dem die Idee der Meinungsfreiheit und der Überzeugungsfreiheit, die Idee der wirklichen Demokratie immer gekoppelt war mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit. In der CSSR herrscht Sozialismus.

Es gibt keine antagonistischen Klassen. Grundlegende Maßnahmen sind getroffen, damit das Eigentum der Gesellschaft das Eigentum aller ist und damit die gerechte Verteilung aller Produkte gewährleistet wird. Diese Voraussetzungen wurden in der vergangenen Entwicklung unseres Landes geschaffen.

Einige Leute haben allerdings, die gerechten Ideen mißbrauchend, einerseits ihre Ämter nur zu ihrer persönlichen Macht benutzt und dabei alle Freiheiten unterdrückt, die in unserer Gesellschaft dank ihrer sozialistischen Entwicklung möglich sind, und andererseits haben sie mit ungeheurer Sturheit daran festgehalten, eben jene Freiheiten als eine ‚bürgerliche Gefahr‘ hinzustellen. In Wirklichkeit haben diese Leute durch die Unterdrückung der wirklichen und schöpferischen Kräfte aller Schichten unserer Gesellschaft die Wirtschaft der CSSR gefährdet, unser Land in kultureller und ideologischer Hinsicht diskreditiert und es fertiggebracht, daß die CSSR innerhalb des Welt-Sozialismus, der weltweiten Arbeiterbewegung und aller fortschrittlichen Kräfte der Welt nur mit einem winzigen Prozentsatz von dem vertreten war, wozu das Land fähig gewesen wäre und fähig ist.

Es ist klar: solche Umstände mußten früher oder später dazu führen, daß sich alle wahren Kräfte des Sozialismus – die Arbeiter, die Bauern, Intellektuellen und Jugendlichen – zusammengeschlossen, um mit diesem alten pseudosozialistischen System zu brechen.

Dieserjenigen irren, die sagen, in der CSSR herrschten bürgerliche Kräfte. Es ist eine ungeheure Unterstellung, die man denen ins Gesicht sagt, die nach 20 Jahren wieder volles Vertrauen in die Zukunft setzen, in ihre Regierung, in die KPC . . . Wir erklären stolz, daß wir zur linken Welt gehören, daß wir der internationalen Bewegung des Kommunismus

*) Aktuelle Ergänzungen zu dem gleichnamigen Bericht über die Entwicklung der Soziologie in der Sowjetunion – Siehe NG 5/68.

mus angehören, daß wir die Bewegung der unterdrückten und abhängigen Nationen unterstützen.

Wir vertrauen auf die Jugend der ganzen Welt. Wir vertrauen auf sie, weil die CSSR heute ein europäisches Land ist, das seine Probleme mit Mut löst, ein Land, das durch seine Kommunistische Partei ein Programm der nationalen, sozialen und individuellen Freiheit verwirklichen will. Wir rufen die Jugend der Welt auf, unser Land zu verstehen im Sinne des berühmten Leitsatzes von Jan Hus: 'Die Wahrheit ist siegreich!'

Dieses Dokument der Prager Studenten lag im tschechoslowakischen Informationszentrum in Sofia aus, und es ging durch tausende von Händen. Zur Zeit der Verhandlungen von Cierna. Zur Zeit der Weltjugendfestspiele, deren Seminartagungen trotz aller Diskussionslosigkeit eine ständige Auseinandersetzung zwischen den jungen sozialistischen Eliten mit soziologischen Kenntnissen und den abgeordneten Verkündern der alten Gesellschafts-ideologie waren.

Der notwendige Konflikt

Das Grundsatzreferat der tschechoslowakischen Delegation zum Thema „Individuum und Gesellschaft“ hielt am 3. August 1968 im Saal 65 der Universität Sofia Petr Rybar, der Präsident der im Frühjahr neu gegründeten Studentenvereinigung. Schon der Titel seines Vortrags war eine Provokation: „Die Rolle des Konflikts zwischen Individuum und Gesellschaft“.

Dazu sagte er: „Wir alle wissen, daß keine Gesellschaft frei ist von sozialen Konflikten, auch die sozialistische nicht. Die Frage ist nun, wie wir diese Erkenntnisse bewerten wollen. Ich denke, daß wir uns frei machen müssen von der Verdammung des sozialen Konflikts und frei machen müssen von der Verherrlichung einer gesellschaftlichen Harmonie. Wir sollten den sozialen Konflikt vielmehr als etwas Notwendiges ansehen, notwendig für die dynamische Entwicklung einer Gesellschaft.“

„Konflikt kann, wenn man ihn nicht von vornherein negativ bewertet, das Fundament sein für den kontinuierlichen demokratischen Dialog, den Dialog zwischen Alt und Jung, Einzelperson und Gruppe, Verwalteten und Verwalteten, Gewählten und Wählern. Die Auseinandersetzung ist eine schöpferische Kraft, die Erstarrung verhindert. Die revolutionäre Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ist auf diese schöpferische Auseinandersetzung angewiesen. Sie existiert heute in der CSSR, und wir sind froh darüber. Und es ist die Jugend, die immer wieder dieses schöpferische Element der Auseinandersetzung in die Gesellschaft hineinbringt. Die Politik muß sich daher partnerschaftlich mit dieser Jugend auseinandersetzen, sie darf die Jugend nicht als ein Instrument benutzen, sonst verstümmt dieser notwendige Dialog, versiegt die revolutionäre Dynamik.“

Das war ideologischer Sprengstoff für die 500 Dele-

gierten im Saal 65 der Universität Sofia. Frenetischer Beifall von den Jugoslawen und den „Westlern“. Betretenes bis eisernes Schweigen bei den Russen, Bulgaren, FDJ-Mitgliedern und Polen. Vielen Gesichtern war in diesem Augenblick anzumerken, daß sie derartige Gedanken zum erstenmal in ihrem Leben gehört hatten.

Zuerst: der Einzelne

Am nächsten Tag wiederholte sich diese Herausforderung, als der junge jugoslawische Soziologe Zika Djordjevic über „Das Engagement der Jugend als Faktor der freien Persönlichkeitsbildung und der fortschrittlichen Gesellschaft“ sprach. Er ging davon aus, daß die Beteiligung jedes einzelnen an den gesellschaftlichen Aufgaben in Zukunft die Voraussetzung für jede Gesellschaft sei, einerlei, welche Ideologie oder welche Systemstrukturen sie hat: „Diese Mittelpunktstellung des Individuums und seines Einflusses auf die Gesellschaft bedeutet nicht, daß wir die objektiven Faktoren der Entwicklung einer Gesellschaft vernachlässigen. Aber sie bedeutet, daß wir den einzelnen Menschen in der Bedeutung sehen, die er als Schöpfer der menschlichen Geschichte verdient.“

Wenn wir die These vertreten, daß das Fundament der sozialen Entwicklung die Schaffung von Bedingungen für die freie und schöpferische Handlungsmöglichkeit des einzelnen Menschen zu sein hat – Bedingungen, auf die der Satz 'Jeder nach seinem Vermögen, jedem nach seinen Bedürfnissen' zutrifft –, dann kommen wir damit wieder zum humanistischen Kern des Marxismus zurück.“ Und dann kam das Tabu der Entfremdung des Menschen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zur Sprache. Es heißt, daß – genauso wie Kommerzialisierung und Konsum-Konformismus im Westen – übermächtige Bürokratie und materialistischer Götzenkult der Technik im Osten zur Entfremdung des Individuums in der Gesellschaft führen.

„Alles das schafft eine konformistische, passive, tief entfremdete Persönlichkeit, die im krassen Gegensatz steht zu den fundamentalen Prinzipien des humanen Marxismus. Aus diesen Gründen sind die totalitären Theorien von der Unterwerfung des Einzelnen unter die Gesellschaft für uns nicht akzeptabel. Wir sehen die Freiheit des Individuums als die Voraussetzung für die Freiheit aller an und betrachten jede Machtausübung, die eine Minderheit einfach im Namen der Mehrheit ausführt, als eine Erniedrigung der menschlichen Person und ein Hindernis für das notwendige soziale Engagement des Individuums. Aus diesem Grund fordern wir im Rahmen des selbständigen Sozialismus Bedingungen zur Formung des schöpferischen und freien Individuums, die es jedem Menschen erlauben, seine ganz persönlichen Probleme selbst zu entscheiden. Darin sehen wir die Chance einer fortschrittlichen Entwicklung unserer Gesellschaft, die geprägt ist vom Engagement jedes Einzelnen.“

Heute liest sich das wie eine Verhaltensanleitung für jeden Bürger der CSSR während der letzten Monate. Oder man könnte auch sagen, das Verhalten der Tschechen und Slowaken seit dem 21. August verleiht diesem theoretischen Text einen ganz empirischen soziologischen Vordergrund. Die Wechselwirkung von soziologischer Theorie und gesellschaftlicher Praxis wird auf jeden Fall deutlich.

Soziologie als Konterrevolution

Es ist nicht erstaunlich, daß die Gegenseite nach diesen Herausforderungen die Soziologie zum Sündenbock erklärte, schon lange vor dem 21. August. In einem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“, den der Leiter der Abteilung Soziologie der Karl-Marx-Universität, Prof. Dr. Robert Schulz, als direkte Antwort auf das Rundschreiben der Prager Soziologen verfaßte, ist zu lesen:

„Selbst die führenden Genossen übernahmen die Auffassung, daß die Soziologie in den sozialistischen Ländern primär die Aufgabe habe, Fehler der Partei und der Regierung aufzudecken und vom angeblich überparteilichen Standpunkt aus zu kritisieren. Die Auswirkungen einer solchen Orientierung erleben wir gegenwärtig. Eine solche Soziologie, die unter dem Deckmantel bürgerlicher ‚Werturteilsfreiheit‘ analysiert und kritisiert, wird zum Schrittmacher konterrevolutionärer Kräfte!“

Dies unter der Überschrift: „Die Wahrheit, die Soziologie und die Konterrevolution“ veröffentlicht am 2. August 1968. Also 20 Tage vor dem Einmarsch in die Tschechoslowakei, zur Zeit der Verhandlung von Cierna, zur Zeit der Weltjugendfestspiele in Sofia . . .

Der Sündenbock war damals schon so gut wie gefunden: die Konterrevolution, das ist die Soziologie, und die Konterrevolutionäre, das sind vor allem die Soziologen. Sie sprechen von Dingen wie . . . Einfluß der wissenschaftlich-technischen Veränderungen der Arbeit, Wandlungen im konkreten Inhalt der Arbeit, Schichtungs- und Umschichtungsprozessen, Auswirkungen des sozialistischen Bildungssystems . . . Und die Antwort auf alles, was sie beschreiben, lautet dann:

„Zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus gehört die führende Rolle der Arbeiterpartei und ihrer revolutionären Partei. Wo dieser Grundsatz verletzt wird, ist der Sozialismus in Gefahr. Soziologische Analysen müssen parteilich und prinzipientest die Durchsetzung dieser Gesetzmäßigkeit unterstützen . . . Die Wahrheit und die Interessen des Sozialismus, auf die sich die Soziologen der CSSR in ihrem Brief berufen, sind immer konkret, und die Demokratie hat ihren Klasseninhalt. Demokratie für wen? Nicht für die Feinde des Sozialismus!“
Weltbild statt Wirklichkeit? Wirklichkeit statt Weltbild? Daß sich sozialistische Gesellschaften mit der Soziologie einließen, hat weit mehr als ein internes theoretisches Dilemma verursacht. Es ist zu einem Problem mit weltweiten Konsequenzen geworden.

Rowohlt Paperback

Weltfrieden und Revolution

Neun politisch-
theologische Analysen
Hg.: Hans-Eckehard Bahr

Rowohlt Paperback Band 65
1.-6. Tsd. 320 S. DM 10,80

Lateinamerika — Ein zweites Vietnam?

Texte von Douglas Bravo,
Fidel Castro, Régis Debray,
Ernesto Che Guevara u. a.
Hg.: Giangiacomo Feltrinelli

Rowohlt Paperback Band 66
1.-8. Tsd. 432 S. DM 12,80

Jean-Paul Sartre Kolonialismus und Neokolonialismus

Sieben Essays

Rowohlt Paperback Band 68
1.-6. Tsd. 128 S. DM 7,80

Ernst Fischer Kunst und Koexistenz

Beitrag zu einer modernen
marxistischen Ästhetik

Rowohlt Paperback Band 53
1.-6. Tsd. 240 S. DM 8,80

Die Krise des Weltkommunismus

Zu einer Polemik zwischen SED und KPI

Der brutale Einmarsch von Truppen fünf kommunistischer Staaten in die CSSR führte zum erstenmal in der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu dem Phänomen, daß die Mehrzahl der kommunistischen Parteien offen die Politik Moskaus verurteilte. In der Kritik an den fünf Staaten des Warschauer Paktes waren sich, natürlich mit völlig verschiedenen Begründungen, die Chinesen mit den Jugoslawen und den kommunistischen Parteien der demokratischen Welt einig. Die Kritik äußerte sich in verschiedener Stärke und war in vielen Fällen nur taktischer Art.

Was die Chinesen angeht, so betrachten sie den Einmarsch in die CSSR als einen typisch „imperialistischen Akt der in Moskau regierenden revisionistischen Clique“.

Soweit zu beobachten ist, nahm in der Kritik gegen die fünf Warschauer Pakt-Staaten die Kommunistische Partei Italiens – von Jugoslawen abgesehen – den konsequentesten Standpunkt ein.

Welche Bedeutung diese Fragen innerhalb der kommunistischen Welt haben, beleuchtet eine Auseinandersetzung, die in aller Öffentlichkeit zwischen einem deutschen Sprachrohr der Sowjets, Hermann Axen, und dem Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Italiens, Enrico Berlinguer, geführt wurde.

In der theoretischen Zeitschrift der SED „Einheit“ erschien im Oktober 1968 ein Artikel von Hermann Axen mit der Überschrift „Proletarischer Internationalismus in unserer Zeit“. Der Artikel beschäftigt sich nur mit dem Verhalten und den politischen Konzeptionen der italienischen Kommunisten.

Axen schreibt:

„Worin bestehen die wesentlichen Ursachen der Meinungsverschiedenheit? Sie betreffen vor allem zwei Fragen: Einmal geht es um die exakte marxistisch-leninistische Einschätzung der Dialektik des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus in der jetzigen Etappe, speziell des Charakters und der Formen der Anwendung der imperialistischen Globalstrategie gegen die sozialistischen Länder Europas. Im untrennbaren Zusammenhang damit steht die zweite Frage: Was ist das höchste Prinzip in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Arbeiterparteien und zwischen den sozialistischen Staaten?“

Berlinguer antwortete am 25. Oktober 1968 in der italienischen kommunistischen Zeitschrift „Rinascita“ unter dem Titel „Autonomie und Verschiedenheit –

Bedingungen für einen wirkungsvollen Internationalismus“.

Zu dem Artikel von Axen stellt Berlinguer fest: *„In seiner Rede auf der letzten Tagung des ZK hat der Genosse Longo wieder bekräftigt, daß unsere Partei . . . die Debatte und den Versuch der Klärung der heute nach den tschechoslowakischen Ereignissen aktuell werdenden politischen und ideologischen Fragen als positiv begrüßt. ‚Selbstverständlich‘, so fügte Longo hinzu, ‚kann solch ein Vergleich von großem Nutzen für alle kommunistischen Parteien und die Gesamtheit unserer Bewegung sein, besonders, wenn er mit Klarheit ohne Ausschließlichkeitsanmaßung oder Entstellungen geführt wird‘ . . .*

Wir können aber wirklich den langen Artikel des Genossen Hermann Axen . . . nicht als frei von den Untugenden der Ausschließlichkeitsanmaßung und der Entstellung betrachten.“

Dieses Streitgespräch zeichnet sich durch seine polemische Offenheit aus. Hermann Axen argumentiert als Sprecher der absoluten Wahrheit, der reinen Doktrin. Er wirft den Italienern vor, sie hätten „den Boden des Marxismus-Leninismus“ verlassen, es sei „unzulässig, wie die italienischen Genossen argumentieren“, sie hätten „jede proletarische Klassenposition aufgegeben“. Die Polemik und die Verurteilung der italienischen Kommunisten gipfeln in der Feststellung:

„Tatsächlich beruhen das nicht klassenmäßige Herangehen (der italienischen Kommunisten) an die Beurteilung der Ereignisse in der CSSR, die Mißachtung ihres grundsätzlichen und vorrangigen Zusammenhangs mit dem Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus auf einer ‚langen theoretischen Ausarbeitung‘ zu einigen wichtigen Problemen der internationalen Arbeiterbewegung durch führende italienische Genossen, in denen der marxistisch-leninistische Klassenstandpunkt revidiert wird. Dies bezieht sich vor allem auf eine so entscheidende Frage wie: Was ist das höchste Prinzip in den Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien und zwischen den sozialistischen Ländern?“

Enrico Berlinguer reagiert nicht minder deutlich. Er wirft Axen „Ausschließlichkeitsanmaßung“, „Entstellungen“, „Einseitigkeit“, „Besessenheit“, „metaphysisches Denken“, „Verrat an den Beschlüssen der kommunistischen Weltbewegung“, „defensives Denken“, „Unwahrhaftigkeit“ und schließlich „Unge-

rechtigkeit gegenüber der gesamten Arbeiterbewegung" vor.

Wir geben im folgenden die Kernpunkte des ausgedehnten Streits in Auszügen wieder:

Was geschah in der CSSR?

Hermann Axen stellt in Bezug auf die CSSR folgendes fest:

„Jeder klassenbewußte Arbeiter und Kommunist in der Welt findet den Schlüssel zur Wahrheit, zur richtigen Orientierung in diesen komplizierten internationalen Ereignissen, wann er von der realen Lage in Europa und in der Welt ausgeht, wie sie ist, d. h. von den sie bestimmenden Klassenkräften und von deren Auseinandersetzung. Konkret bedeutet dies, daß die CSSR nicht einfach ein Staat ist, sondern ein sozialistischer Staat, und nicht nur ein sozialistischer Staat, sondern ein Mitgliedsstaat des Warschauer Vertrages, und nicht nur ein Mitgliedsstaat des Warschauer Vertrages, sondern der südwestliche Vorposten der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten. An seiner Westgrenze sind mächtige, nuklear bewaffnete, vereinigte Streitkräfte der Hauptmächte des Weltimperiums aufmarschiert. Gerade auch ihm gegenüber entfaltete der aggressive Imperialistische Staat Europas, die westdeutsche Bundesrepublik, seine revanchistische Aktivität.

Somit gilt es, die gemeinsame militärische Hilfsaktion von Truppenverbänden der fünf sozialistischen Staaten zuerst und vor allem vom Standpunkt der Notwendigkeit des Schutzes der Sicherheit der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten in Europa zu beurteilen, eines Schutzes, der allein die wirksame Verteidigung der Unabhängigkeit jedes einzelnen Gliedes der sozialistischen Gemeinschaft, insbesondere der CSSR, gewährleistet . . .

Die CSSR ist seit einigen Jahren . . . immer mehr zum Brennpunkt, zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa geworden . . .

Während die KPC und die sozialistische Staatsmacht durch die uterlose Fehlerdiskussion, durch die Preisgabe von Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die Verkündung der sozialdemokratischen Theorien vom „demokratischen Sozialismus“, durch die massenweise Ablösung erfahrener Kader, durch die Liquidierung des demokratischen Zentralismus in Partei und Staat, durch den Abbau der sozialistischen Planwirtschaft in Theorie und Praxis, durch den unverhüllten Rummord gegenüber marxistisch-leninistischen Funktionären zersetzt und geschwächt wurden, konnten sich die antisozialistischen und konterrevolutionären Kräfte ungestraft und ungestört faktisch legal organisieren . . .

Das entscheidende Ziel der Konterrevolution war die Lähmung und Zerstörung der politischen Grundlagen des Sozialismus, der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern und die Beseitigung der führenden Rolle der KPC. Ein Symptom dafür war die Entfernung der Lösung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ aus

dem Kopf des „Rudé Pravo“, was sofort den frenetischen Beifall der Weltbourgeoisie fand . . .

Die Tatsachen zeigen also, daß die Unabhängigkeit der sozialistischen CSSR nicht, wie die Leitung der KPI behauptet, durch die sozialistische Waffenhilfe der Bruderstaaten verletzt wurde. Im Gegenteil! Diese militärische Hilfsaktion hat die sozialistische Freiheit und nationale Unabhängigkeit der CSSR gegen die Anschläge der Konterrevolution und ihrer imperialistischen Hintermänner geschützt“.

Berlinguer antwortet:

„Die Ausschließlichkeitsmaßnahme ist in besonderer Weise für jenen Teil des Artikels des Genossen Axen typisch, der der Darstellung des Ablaufs und der Interpretation der tschechoslowakischen Ereignisse gewidmet ist. Er nennt weder ein neues Argument noch neue Tatsachen . . .

Der Genosse Axen unternimmt nicht einmal den kleinsten Versuch, durch eine objektive Analyse die so umfassende Entwicklung zu untersuchen, die in der CSSR vor und nach dem Monat Januar stattgefunden hat. Es ist bezeichnend, daß der Artikel, obwohl er einige weniger interessante Hinweise auf bestimmte Fehler in der Vergangenheit enthält, die wichtigsten und tiefgreifendsten Gründe verschweigt, welche den Umschwung im Januar hervorriefen. Es fehlt z. B. im Artikel des Genossen Axen jedweder kritische Hinweis auf jene bürokratischen und autoritären Methoden der Führung, die in der CSSR eine ernste und akute Krise hervorriefen, die Gefahr einer Revolte gegen das sozialistische Regime heraufbeschworen und eine Kluft zwischen den Partei- und Staatsorganen einerseits und den Volksmassen andererseits schufen. Das Feuer wird dagegen auf jene Führungsgruppe konzentriert, die im Januar die verantwortungsvolle und äußerst schwierige Aufgabe übernahm, diese Situation zu überwinden. Die Tatsache, daß die umfangreiche politische Tätigkeit der neuen tschechoslowakischen Parteiführer, denen es bereits gelungen war, wieder in weiten Teilen die Unterstützung des Volkes für die Partei zu gewinnen und somit die antisozialistischen Kräfte nach und nach zu isolieren, vom Genossen Axen als opportunistisches Nachgeben und als Abkehr von Prinzipien gewertet wird, bestärkt nur noch einmal, welch schwerer Befastung die KP der CSSR durch die Verständnislosigkeit der Führer anderer sozialistischer Länder gegenüber dem neuen Kurs ausgesetzt war.“

Die „Logik der Blöcke“

Hermann Axen:

„Die italienische Parteiführung behauptet, der Einmarsch der verbündeten Truppen in die CSSR ergebe sich aus der „Logik der Blöcke“, d. h. aus der Existenz und Konfrontation zweier Militärgruppierungen. Dazu ist zu sagen: Gäbe es nicht das starke sozialistische Bündnis des Warschauer Vertrages, so wäre das italienische Volk schon längst von seinen NATO-Politikern in blutige Kriegskonflikte verstrickt worden. Offensichtlich üben doch die sowjetischen

Raketen eine pädagogische, ermüchternde Wirkung auch auf die imperialistischen, militaristischen Kreise Italiens aus . . .

Zum anderen ist es unzulässig, wie dies die italienischen Genossen tun, die militärische Sicherung der südwestlichen Grenzen der sozialistischen Staatengemeinschaft eben nur als eine rein militärische Maßnahme, nur als Angelegenheit eines Militärpaktes, zu bezeichnen. Die Wahrheit ist doch, daß der Warschauer Vertrag, das politische und militärische Klassenbündnis der sozialistischen Staaten, eine der stärksten Waffen im Klassenkampf des internationalen Proletariats darstellt. Es handelt sich also bei der militärischen Aktion der fünf verbündeten Armeen um eine Aktion des Klassenkampfes des Sozialismus gegen den Imperialismus. Es geht um die ‚Logik des Klassenkampfes‘ und nicht um eine klassenindifferente ‚Logik der Blöcke‘ . . .

Haben jene italienischen Genossen, die von der ‚Logik der Blöcke‘ reden, eigentlich bedacht, wohin sie sich verrennen? Folgte man ihrer eigenartigen Logik, so ergäbe sich: . . . Von den Staaten des Warschauer Vertrages fordern italienische Kommunisten, daß sie angesichts der von der Konterrevolution offen propagierten ‚Neutralisierung‘ der CSSR im Namen einer abstrakten ‚Nichteinmischung und Unabhängigkeit‘ ruhig zuschauen sollen, bis die CSSR faktisch aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten ausscheidet und sich in einen Korridor, in ein Glacis der imperialistischen Globalstrategie gegen die sozialistischen Bruderländer verwandelt hat . . . Wohin sind jene geraten, die in höchst seltsamer Einheitsfront mit Johnson, Klesinger und Mao Tse-tung die Sowjetunion und die anderen vier sozialistischen Länder der ‚Intervention‘ und ‚Okkupation‘ beschuldigen?“

Die Antwort Enrico Berlinguers:

„Alles oder fast alles beschränkt sich in der Analyse des Genossen Axen auf den Kampf zwischen den zwei Blöcken und den Versuch des Imperialismus, die Differenzierungen und Entzweigungen zwischen den Gliedern der sozialistischen Staatengemeinschaft auszunutzen (ja sogar entstehen zu lassen, wie er behauptet). Abgesehen von dieser sonderbaren Behauptung, auf die wir noch zurückkommen werden und nach der die im sozialistischen Lager bestehenden Unterschiedlichkeiten ausschließlich das Produkt von Aktionen des Imperialismus seien, ergibt sich, daß eine solche Darstellung der imperialistischen Strategie ohne Licht und Schatten, wie sie der Artikel bringt, andere und nicht weniger wichtige Elemente der heutigen internationalen und europäischen Lage einfach unerwähnt läßt . . .

. . . Da der Genosse Axen die Ursachen der Krise in der Welt ebenso wenig sieht wie die bestehenden Widersprüche und die Kräfte, die sich dem Imperialismus widersetzen können, muß er sich auf die Empfehlung beschränken, den sozialistischen Staaten eng zu folgen und vor allem den ‚psychologischen Krieg‘ des Imperialismus zurückzuweisen,

den ‚psychologischen Krieg‘, von dem der Genosse Axen anscheinend schon besessen ist . . .

Der Artikel der ‚Einheit‘ sucht in diesem Zusammenhang mit großem Fleiß alle Erklärungen von Exponenten des Imperialismus heraus und zitiert sie. Es gehe daraus die Absicht hervor, die Tendenzen, die sich in sozialistischen Ländern für eine ‚Liberalisierung‘ westlichen Stils bilden können, weiterzuentwickeln und zum eigenen Nutzen auszuwerten. Eine legitime Sorge – aber nur wenn man begriff, daß der gerechteste und wirkungsvollste Weg, diesen Tendenzen zu begegnen, nur der sein kann, die demokratischen Kräfte zusammenzuschließen, die sich in der sozialistischen Gesellschaft für eine konsequente Entwicklung der sozialistischen Demokratie manifestieren. Dadurch könnte auch dem ‚psychologischen Krieg‘ des Imperialismus Einhalt geboten werden. Der Genosse Axen sieht nicht, welchen Wert jeder Schritt dieser Art sowohl für ein Anwachsen der Attraktivität der sozialistischen Idee, der Verstärkung der Autorität der sozialistischen Staaten in der Welt, besonders in Europa haben kann, als aber auch für den Kampf, der zwischen den beiden Systemen auf ideologischem Gebiet ausgetragen wird . . .

Wenn man von der ideologischen Ebene absieht und vom notwendigen Kampf um die politische Initiative ausgeht, ist die billige und unnütze Polemik des Genossen Axen gegen die Einstellung unserer Partei zur Frage der Spaltung Europas in Blöcke sinnlos . . . Sie führt ihn dazu, die Frage unerwähnt zu lassen, die selbst auf der Konferenz von Karlovy Vary für wesentlich angesehen wurde, nämlich die Notwendigkeit einer dynamischen Politik voller Initiative der kommunistischen Parteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder mit dem Ziel einer schrittweisen Überwindung der Blöcke . . .

Das, was der Genosse Axen ‚pädagogischen Effekt und zur Vernunft bringen durch sowjetische Raketen‘ nennt, nämlich die militärische Macht der sozialistischen Staaten, ist zweifelsohne von großer, entscheidender Wichtigkeit in dem Sinne, daß der Imperialismus dadurch keinen neuen Weltkrieg entfachen kann. Aber auf Grund des neuen Kräfteverhältnisses, das in der Welt entstanden ist . . ., sind heute die Kräfte des Friedens in der Lage, sich mehr vorzunehmen, als nur einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Sie können sich in ihrem Kampf auf eine friedliche Politik der Koexistenz verlassen, durch die neue und günstigere Bedingungen im Kampf aller Völker für eine volle nationale Unabhängigkeit entstehen müssen . . .

Dazu genügt aber nicht nur militärische Stärke. Eine dauernde und mutige Politik voller Initiative ist in Europa und in der Welt ebenso erforderlich . . .

Aus der ganzen Art und Weise, in der Genosse Axen die Probleme des heutigen Europas ansieht, erhält man den Eindruck, daß seinen Konzeption im wesentlichen defensiv und eingeengt ist.“

Über die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und den sozialistischen Ländern Hermann Axen schreibt:

„Die prinzipielle Fehleinschätzung der Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus und die offensichtliche Unterschätzung der entscheidenden Rolle des sozialistischen Welt-systems, wie sie aus den dargelegten Auffassungen der Leitung der Italienischen Bruderpartei zu den Ereignissen in der CSSR hervorgehen, können natürlich nicht das Resultat einer erst jetzt, im Sommer 1968 aufgetretenen Linie sein.

Vor dem ZK erklärte Genosse Longo: „Die erste grundsätzliche Frage betrifft das Prinzip der Autonomie, Unabhängigkeit und nationalen Souveränität eines jeden Staates und der Autonomie und Souveränität jeder kommunistischen Partei, auf das nicht verzichtet werden kann . . . Autonomie und Verschiedenheit in der Einheit sind für uns Grundprinzipien und Instrumente, um für die Wiederherstellung der wirklichen Einheit der internationalen Arbeiterbewegung tätig zu sein . . .

Zu dieser allgemeinen Beurteilung ist unsere Partei gekommen, ausgehend von der Feststellung, daß die kommunistische Bewegung heute eine beispiellose Ausdehnung erreicht hat, mit Parteien, die in allen Teilen der Welt und unter den verschiedensten Bedingungen operieren, und auch mit Parteien, die in einer Anzahl von Ländern mit deutlich unterschiedlich historischen Traditionen und verschiedenem Niveau der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung den sozialistischen Aufbau leiten . . .

Bei der Auseinandersetzung mit der zitierten These der Italienischen Genossen geht es um folgende Überlegung: Das höchste Prinzip in den Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterpartei und zwischen den sozialistischen Ländern ist nicht das Prinzip der Autonomie und der Souveränität jeder kommunistischen Partei. Das höchste Prinzip ist der proletarische Internationalismus . . . Dieses höchste Prinzip verkörpert sich in der von Marx und Engels in der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus begründeten Lösung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ . . . In unserer Zeit, da das sozialistische Welt-system immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor in der Weltpolitik wird, erhält dieses fundamentale Prinzip der internationalen Arbeiterbewegung einen noch tieferen und vielseitigeren Inhalt.“

Und die Antwort Enrico Berlinguers:

„Was die Polemik des Genossen Axen in diesem Zusammenhang angeht, so ist folgendes festzustellen: Wenn wir, was seine Darstellung der tschechoslowakischen Ereignisse angeht, von Ausschließlichkeitsanmaßungen gesprochen haben, wenn wir in bezug auf die internationale Lage es für richtig hielten, ein weniger einseitiges und begrenztes Bild zu vermitteln, so müssen wir sagen, daß wir uns bei dem Punkt unserer Haltung zur Demokratie inner-

Westdeutscher Verlag Köln und Opladen

Die Wissenschaft von der Politik

Thomas Ellwein Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland

2., überarb. und erw. Auflage 1965,
718 Seiten, zahlr. Tab., 1 Falttafel,
kart. 26,— DM, Leinen 49,— DM

Gerhard Möbus Die politischen Theorien von der Antike bis zur Renaissance

2., erw. Auflage 1964, 303 Seiten,
kart. 19,80 DM, Leinen 24,— DM

Die politischen Theorien im Zeitalter der absoluten Monarchie bis zur Französischen Revolution

2., überarb. und erw. Auflage 1966,
429 S., kart. 24,50 DM, Leinen 35,— DM

Otto Heinrich von der Gablentz Die politischen Theorien seit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung

3. Auflage 1967, 332 Seiten,
kart. 24,50 DM, Leinen 29,80 DM

Gert von Eynern Grundriß der politischen Wirtschaftslehre

1968, 308 Seiten, 3 Abb.,
Studienausgabe, kart. 27,— DM
Leinen 36,— DM

halb der Arbeiterbewegung einer entstehenden Darstellung unseres Standpunktes durch Axen gegenübersehen

Seine Phrasen von der Notwendigkeit einer einheitlichen Strategie und einer einheitlichen Aktion aller Gliederungen der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt haben auch nicht die geringste Beziehung zu dem eigentlichen Problem, das wir lösen müssen: Wie kann in der heutigen Welt und bei dem Stand der revolutionären Bewegung eine solche Einheit erarbeitet und verwirklicht werden? . . .

Er scheint ebenso wenig anzuerkennen, daß die in der sozialistischen Gesellschaft bestehende Unterschiedlichkeit vor allem Ausdruck einer großen positiven Entwicklung ist, nämlich der Ausdehnung des sozialistischen Kampfes auf der ganzen Welt und dem Hinzukommen neuer unermesslicher Kräfte in der Kampfarena für Freiheit und Emanzipation der Unterdrückten. Es macht sich also auch in diesem Punkt eine defensive und beschränkte Auffassung bemerkbar, die die Weltlage und das auf weltlicher Ebene erfolgende Zusammengehen der sozialistischen und anti-imperialistischen Kräfte nicht sieht. Richtig ist, daß neben diesen positiven Tatsachen sich in den letzten Jahren negative Tatsachen bemerkbar machen. Sie betreffen die Gegensätze und die Spaltung zwischen sozialistischen Staaten und innerhalb der revolutionären Bewegung. Es steht aber wohl fest, daß abgesehen von einigen Ausnahmen, es der revolutionären Bewegung immer weniger gelingt, einheitlich den Imperialismus zu bekämpfen (eine der Ausnahmen bildet die zwar nicht totale und nicht offizielle Aktionseinheit zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes in seinem Kampf). Wir haben niemals den Ernst und die Schwere dieser negativen Entwicklung verheimlicht. Wir haben im Gegenteil immer bekräftigt, daß es die Hauptsorge und die entscheidende Aufgabe der kommunistischen und Arbeiterparteien sein muß, diese Situation zu verändern.

Der Genosse Axen scheint es stattdessen sogar für gefährlich zu halten, die Art dieser Differenzen ans Tageslicht zu ziehen. Schon die Formel 'Einheit in der Unterschiedlichkeit (Verschiedenheit)' versetzt ihn in Angst. Wir wollen ihn deswegen daran erinnern, daß vor gut 25 Jahren das Präsidium der Kommunistischen Internationale zur Begründung der eigenen Auflösung keineswegs zögerte, innerhalb eines Satzes gleich fünfmal die Worte Unterschiedlichkeit und Verschiedenheit zu benutzen. Warum also sollen wir zögern, grundsätzlich auf die Besonderheiten und Verschiedenheiten der Situation und der Aufgaben hinzuweisen? . . .

Wenn wir so sehr auf der Notwendigkeit dieser Erkenntnis bestehen, so geschieht dies, weil wir überzeugt sind, daß jegliche Tendenz der Nichtanerkennung der Realitäten, jeder Versuch der Uniformität, schon in sich - und ohne besondere Absicht - bereits die Gefahr späterer Mißverständnisse und möglicher Spaltungen trägt . . .

Wie wir gesehen haben, hält es der Genosse Axen stattdessen für irrig und gefährlich, zu sehr auf nationale Besonderheiten und unterschiedliche Wege zum Sozialismus einzugehen. Oder besser gesagt: wenn wir in dieser Frage seine Gedanken richtig verstanden haben, dann meint er, daß Unterschiedlichkeit und Verschiedenheit legitim und annehmbar sind, aber nur, wenn es sich um den Kampf für den Sozialismus und um die Eroberung der Macht handelt. Wenn einmal die Macht erreicht ist und mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begonnen wird, haben wieder die 'generellen Gesetze' (Richtlinien) Gültigkeit, die im wesentlichen dem sowjetischen Modell des Aufbaues des Sozialismus entnommen sind . . .

Es ist hier nicht möglich, darüber zu diskutieren, ob das Konzept der 'generellen Gesetze' vom Standpunkt des Marxismus und der Wissenschaft im allgemeinen korrekt ist. Nach unserer Meinung widerspricht dieses Konzept dem Inhalt des Marxismus, widerspricht jedem wahren wissenschaftlichen Gedanken (und dies um so mehr, wenn die Formulierungen des Genossen Axen so absolut, kategorisch, kompakt, ja fast metaphysisch vorgetragen werden)."

Führungsanspruch der Sowjetunion - Zurück zur Komintern

Hermann Axen schreibt:

„ . . . Und schließlich, und nicht zum geringsten: Seit dem Großen Oktober betrachten die klassenbewußten Arbeiter aller Länder die Sowjetunion als Grundlage und Bollwerk der Weltrevolution. Einige italienische Genossen unternehmen nun den Versuch, die Gültigkeit dieser geschichtlichen Wahrheit auf die Vergangenheit zu begrenzen, sie jedoch für die Gegenwart und die Perspektiven des internationalen revolutionären Prozesses in Abrede zu stellen. Wie anders kann man denn die, mit Verlaub zu sagen, höchst eigenartige Polemik gegen die Begriffe 'Führerpartei', 'Führerstaat' oder 'einheitliches Zentrum' verstehen?

In einer Frage allerdings nahm sie stets eine Sonderstellung ein: Die KPdSU war und ist der Pionier der Revolution, des Sozialismus und Kommunismus. Sie wurde von der Geschichte insofern 'bevorzugt', sie erfüllt insofern eine 'führende Rolle', als sie die größten Leistungen und die größten physischen und materiellen Opfer für die Sache der Weltrevolution gebracht hat und bringt.

Was nun ein 'Zentrum' im Sinne eines einheitlichen organisatorischen Führungsorgans in früheren Formen betrifft, so ist das gar nicht möglich und steht nicht zur Debatte. Nur Großmachtchauvinisten, wie z. B. die Gruppe um Mao Tse-tung, beanspruchen für sich die Rolle eines Zentrums der Weltrevolution. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hält aber auch die Theorie vom Polyzentrismus für völlig unvereinbar mit dem Marxismus-Leninismus und im Widerspruch zu allen Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterparteien. Die gerade jetzt - nach

der militärischen Aktion der verbündeten sozialistischen Staaten vor Beiretung der CSSR von den Gefahren der Konterrevolution und imperialistischer Intervention — wiederum entfesselte Polemik gegen ein ‚Zentrum‘ soll offenkundig davon ablenken, daß jede kommunistische Partei gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung Verantwortung und Pflichten trägt, denen sie sich nicht entziehen kann . . .

Der proletarische Internationalismus in unserer Zeit erheischt internationale Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien als eine regelmäßige, natürliche Tätigkeit zur kollektiven Ausarbeitung und Beschlußfassung über die gemeinsame Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung. Er erfordert vor allem koordinierte und gemeinsame Aktionen der Arbeiterbewegung, aller anti-imperialistischen Kräfte. Der proletarische Internationalismus in unserer Zeit erfordert die Festigung der Einheit, der Macht und des internationalen Einflusses des sozialistischen Weltsystems, den Zusammenschluß aller anti-imperialistischen Kräfte um das sozialistische Weltsystem und um seinen natürlichen Kraftquell, die fortschrittlichste und stärkste Macht der Welt, die Sowjetunion . . .

Es ist kein Zufall, daß die Theoretiker des Imperialismus ihre besonderen Anstrengungen darauf richten, die Allgemeingültigkeit der Lehren der Oktoberrevolution, des historischen Weges der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zu diskreditieren und zu negieren. Sie bemühen sich geißelnd, unter Anknüpfung an Tendenzen zur Überbetonung der Autonomie, der Vielfalt und der nationalen Besonderheiten die Völker vom erprobten, allgemeingültigen, marxistisch-leninistischen Weg abzubringen und auf diese Weise den Zusammenschluß der sozialistischen Länder und die Vereinigung der kommunistischen und Arbeiterparteien zu hintertreiben . . .

Es ist kein Zufall, sondern gesetzmäßig, daß in unmittelbarer Nähe zu diesen gegen die Einheit der sozialistischen Länder und der internationalen kommunistischen Bewegung gerichteten Thesen alle jene geraten, die, wie der frühere Sekretär des ZK der KPC, Cisar, anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Marx, den Leninismus als eine ‚nur russische‘, für Mittel- und Westeuropa nicht taugliche Lehre zu verunglimpfen suchen . . .

So unsächlich es wäre, die italienischen Genossen für die revisionistischen Ansichten und Handlungen von Cisar verantwortlich zu machen, ist es doch Tatsache, daß sich Cisar ebenso wie andere notorische Vertreter der bürgerlichen Ideologie in der internationalen Arbeiterbewegung (z. B. Ernst Fischer, Goldstücker, Radice u. a.) ausdrücklich auf die Thesen von der ‚Autonomie‘ und der ‚Einheit in der Vielfalt‘ berufen . . .

Cisar und andere Wortführer revisionistischer Auffassungen ‚begründen‘ ihre offenen und versteckten Angriffe gegen die Allgemeingültigkeit des Lenins-

mus mit der Verleumdung, die beim Aufbau des Sozialismus in der CSSR entstandenen Fehler seien vor allem auf die zu genaue Befolgung der Erfahrungen der KPdSU zurückzuführen.

Dazu ist erstens zu sagen: Die Erfahrungen der Partei Lenins zu studieren und auszuwerten bedeutet, die glänzend erprobten wissenschaftlichen Lehren der welthistorischen Erfolge und Errungenschaften der KPdSU anzuwenden . . . Die Entwicklung der DDR jedenfalls bestätigt immer wieder die Richtigkeit unserer Losung: Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!

„Zweitens: Niemals hat die KPdSU einer Bruderpartei die schematische, mechanische Übernahme sowjetischer Erfahrungen empfohlen. Im Osten Deutschlands gab es in den ersten Jahren nach 1945 eine sowjetische Besatzung unter Leitung der Sowjetischen Militär-Verwaltung. Mit ihrem Schutz und ihrer brüderlichen Unterstützung vermochte unsere Partei die allgemeingültigen Lehren des Marxismus-Leninismus konsequent und schöpferisch auf die konkrete Lage und die geschichtlichen und nationalen Bedingungen in Deutschland anzuwenden . . .“

Die Antwort Enrico Berlinguers:

„Wir wollen den Genossen Axen daran erinnern, daß das Konzept, wonach in den verschiedenen Ländern das sowjetische Modell — mehr oder weniger abgewandelt — angewandt werden müsse, nicht nur stets dem Gedanken Lenins ferngestanden hat. Es genügt, sich bei dieser Gelegenheit der Antwort Lenins zu entsinnen, die er Serrati anlässlich des 3. Kongresses der Komintern zur Italienischen Frage gab:

„Was bedeutet dieses ganze Gequassel von Serrati und seiner Partei, wonach die Russen von anderen nachgeahmt werden wollen? Wir verlangen genau das Gegenteil . . .

Wir haben niemals verlangt, daß Serrati die russische Revolution in Italien nachahmt. Es wäre auch absurd, solches zu verlangen. Wir sind intelligent und flexibel genug, um einen solchen Bißdeinn nicht zu verlangen‘ . . .

Aber auch ohne daß wir Lenin bemühen, haben die Wirklichkeit und die Erfahrungen der sozialistischen Staaten und der internationalen Arbeiterbewegung in den letzten 20 Jahren bewiesen, daß die Einheit und der Internationalismus nur dann möglich sind, wenn sie auf dem rigorosen Respekt vor der Unabhängigkeit und der Souveränität fußen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß jede Verletzung oder Abweichung von diesen Prinzipien immer dazu führt, daß früher oder später eine Schwächung der Einheit eintritt. Dabei soll gar nicht von dem Schaden gesprochen werden, der durch diese Verletzung oder Abweichungen der internationalen Autorität der sozialistischen Länder und der Ausdehnung der Ideale des Sozialismus in aller Welt zugefügt wird. Die Art und Weise, mit der der Genosse Axen diese Frage behandelt, läßt unvermeidlich ein anderes, sehr ernstes Problem entstehen, das nur scheinbar eine

reine Rechtsfrage ist. Axen behauptet, daß es einen Widerspruch geben könne zwischen den internationalen Interessen der sozialistischen Gesellschaft und den nationalen Interessen eines sozialistischen Staates. Ein solcher ergab sich nach Axen in der Tschechoslowakei und führte zur Intervention, und zwar weil die Leitung der Partei und des Staates die Entfernung vom Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus gestattete. In solch einem Fall wäre also nach Axen eine Verletzung der Unabhängigkeit gerechtfertigt. Aber wer — und unter welchem Titel — hat das Recht, zu beurteilen, ob und in welchem Maße die Leitung einer Partei oder eines Staates sich vom Marxismus-Leninismus und vom proletarischen Internationalismus entfernt? Etwa eine Gruppe 'führender Funktionäre' des betroffenen Landes? Vielleicht ein Land oder eine Gruppe sozialistischer Länder? Und welche?

Kein einziger Artikel des Warschauer Paktes, aber auch kein einziger Artikel in den bilateralen Verträgen oder im Vertrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, räumt irgendjemandem ein solches Recht ein . . .

Das Konzept steht auch im Widerspruch zur heutigen Wirklichkeit, die ja stattdessen eine wachsende Verschiedenheit und eine Vielzahl von Wegen und Formen im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft aufweist. Diesen Tatbestand zu erwähnen und zu unterstreichen, dessen Richtigkeit nicht zu widerlegen ist, heißt nicht, die Tatsache zu leugnen, daß die Sowjetunion als erster Staat die grandioseste und umfassendste Erfahrung im Aufbau des Sozialismus hat. Sie wird immer für alle wertvolle Hinweise bieten. Das bedeutet aber auch die Anerkennung der verschiedensten Wege, die zum Aufbau des Sozialismus führen, ihre Legitimität, ja geradezu die historische und politische Notwendigkeit. Das heißt weiter, in neuer Form die Frage zu beantworten, wie man trotz dieser Verschiedenheiten die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten sichern kann, oder besser gesagt, wie ein System von Beziehungen erreicht werden muß auf der Grundlage der Solidarität im gemeinsamen Kampf und der gegenseitigen Zusammenarbeit . . .

Wir haben immer erklärt, daß zur Erreichung einer solchen Zusammenarbeit der absolute und rigorose Respekt vor den Prinzipien der Souveränität, die Gleichheit der Rechte aller sozialistischen Staaten und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten eines sozialistischen Staates Hauptbedingungen sind. Nur sie können die Grundlage einer neuen Zusammenarbeit garantieren . . .

Der Genosse Axen bezeichnet die Tatsache als 'ganz einmalig', daß von unserer Seite mit Nachdruck darauf verwiesen wird, es dürfe keine Partei und keinen Staat mehr geben, der führt. Er behauptet, 'es handele sich um eine künstlich herbeigeführte Diskussion!' Dabei haben die sowjetischen Genossen und die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Parteien diese These anerkannt. Wir antwor-

ten ihm in aller Offenheit: Wir sehen nicht, was an unserer These künstlich sein soll. Es sind bestimmte Dinge vorgekommen, und es haben sich bei einigen Parteien und sozialistischen Ländern Tendenzen gezeigt, die sehr wohl in bezug auf Entscheidungen, die interne Angelegenheiten anderer sozialistischer Länder betreffen, zumindest als seltsam zu bezeichnen sind . . .

Das betrifft aber auch das Gebiet der Verteidigung der 'Reinheit' unserer Doktrin. Nach unserer Meinung muß man vermeiden, politische Schiedssprüche zu fällen. Man muß darüber hinaus für die Beziehungen zwischen Staaten und Parteien ein System und Umgangsformen finden, die auf der vollen Respektierung demokratischer Prinzipien aufgebaut sind

Der Artikel der 'Einheit' vertritt im übrigen zu den bedeutungsvolleren Fragen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und den anderen Teilen der internationalen Arbeiterbewegung einen Standpunkt, den wir als ungerecht und einseitig erachten. Von dem gesamten Artikel des Genossen Axen bekommt man den Eindruck, daß er von den anderen Teilen der kommunistischen Bewegung und vor allem von der westeuropäischen Arbeiterbewegung im wesentlichen verlangt, ihre Aufgabe darin zu sehen, die Politik und Aktionen der sozialistischen Staaten zu unterstützen. Sollte dieses Konzept wirklich bestehen, so würde es einen großen Schaden für unsere ganze Bewegung bedeuten. Aus den vom Genossen Axen veröffentlichten Darlegungen spricht zumindest eine Unterbewertung der selbständigen und besonderen Funktionen der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien in Westeuropa. Wir haben niemals die entscheidende Bedeutung der Existenz der Sowjetunion, der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten und ihrer Einheit unterbewertet. Wir unterbewerten sie nicht, werden sie auch in Zukunft nicht unterbewerten. Das 'Nicht-Unterbewerten' bedeutet aber nicht, daß man auftretende Unstimmigkeiten verschweigen muß. Es darf vor allem nicht zu einer Nichtanerkennung der Funktionen und der selbständigen Rolle eines jeden Sektors unserer Bewegung führen."

Wer die Dogmen der kommunistischen Welt, wer die Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Welt um diese Dogmen kennt, der weiß, daß es in diesem Streit um Dogmen nur zwei Möglichkeiten gibt: Entweder erklären sich die italienischen Kommunisten bereit, vor den sowjetischen Thesen des Hermann Axen zu kapitulieren, oder aber die schwelende Krise innerhalb des kommunistischen Lagers wird sich verschärfen. Niemand kann heute schon sagen, was dabei herauskommen wird.

Aktuelles Zeitgeschehen

Der Demokrat Gustav Heinemann

Gustav Heinemann ist — wie es einmal ausgedrückt wurde — kein gelernter Demokrat. Er ist Demokrat von Natur. Grundsatztreue, Bekennermut und Standhaftigkeit kennzeichnen seinen politischen Weg. Diese drei Eigenschaften haben ihm den Ruf eingetragen, er sei unbequem, ja, eigenwillig. Auf sein unbelirtbares Eintreten für einen freiheitlich-demokratischen Staat bezogen, in dem alles, was Menschenantritt trägt, in gegenseitiger Achtung voneinander ein freies Leben führen kann, trifft dieser Ruf sicher zu. Dagegen wäre es falsch, ihn einen Eigenbrötler zu nennen. Politik, so hat Gustav Heinemann erst vor kurzem wieder gesagt, kann man sinnvollerweise nur in Mannschaften, also in Parteien betreiben. Dazu gehört auch für ihn, daß man sich in eine Partei eingliedert, also auch die Kameradschaftlichkeit wahr, die mit einer Partei verbunden ist.

Heinemann ist daher schon als 20jähriger Student einer politischen Studentengruppe beigetreten. Freilich: mit den nationalsozialistischen Machthabern konnte er nichts gemein haben. So hat ihn weder die NSDAP noch eine ihrer Gliederungen jemals zu ihren Mitgliedern zählen können. Dafür gehörte er in dieser dunklen Zeit zur Bekennenden Kirche und war am Widerstand gegen das Unrechtsregime beteiligt.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde er wiederum Mitglied einer Partei, der CDU. Will man begreifen, warum Gustav Heinemann von dieser Partei über die Gesamtdeutsche Volkspartei seinen Weg zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gemacht hat, so muß man sich sein Verständnis von einer politischen Partei vor Augen halten. Die politische Partei ist, wie er sagt, keine Lebensgemeinschaft von Gleichgesinnten, sondern ein Zusammenschluß von Personen, welche die gleichen politischen Ziele verfolgen. Heinemanns politische Ziele waren Verhinderung der Spaltung Deutschlands und Entwicklung Deutschlands zu einer lebenskräftigen Demokratie. Er glaubte damals, diese Ziele in der CDU verwirklichen zu können. Er mußte aber einsehen, daß dies ein Irrtum war. Unter dem beherrschenden Einfluß Dr. Adenauers verfolgte die CDU eine Politik der Restauration früherer Verhältnisse. Und sie schuf überstürzt Tatsachen, die dem Hauptanliegen seiner Politik, der Wiedervereinigung, diametral entgegengesetzt waren. Die CDU gab ihre Zustimmung zu Adenauers Angebot an die amerikanische Seite, westdeutsche Soldaten gegen die sowjetische Besatzungsmacht aufzustellen.

So war es nur konsequent, daß Gustav Heinemann diese Partei verließ und mit Gleichgesinnten verschiedenster Herkunft eine neue Partei gründete, deren Programm eine Strategie des Friedens und der Verständigung mit allen Nachbarn — nicht nur den westlichen, sondern auch den östlichen — mit dem Endziel der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands war.

Wir wissen, daß diesem politischen Impuls ein Erfolg nicht beschieden war. Es zeugt von Heinemanns nüchternen und illusionsloser Denkweltweise, daß er mit seinen Freunden hieraus die Konsequenz zog und die Gesamtdeutsche Volkspartei auflöste. Ein anderer hätte nunmehr vielleicht die Flinte ins Korn geworfen und sich in einen Schmolzwinkel zurückgezogen. Nicht so Heinemann, für den Politik das „zähe Bohren von harten Brettern, mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ war. Er suchte eine neue Partei, in der er seine politischen Ziele mit Auslicht auf Erfolg verfolgen konnte, und fand sie — konsequenterweise — in der SPD. Ihre Deutschlandpolitik entsprach am ehesten seinen eigenen Vorstellungen. Zudem war die SPD in den 50er Jahren eine echte Volkspartei geworden, in der Angehörige aller sozialen Schichten zusammenarbeiteten. Ihr Verhältnis zum Christentum hatte sich entscheidend gewandelt. So waren, da es in den Sachfragen kaum Differenzen gab, alle Voraussetzungen für Heinemanns Eintritt in die SPD gegeben. Er vollzog ihn im Jahre 1957. Der Präsidentschaftskandidat der SPD sieht in dieser Partei noch mehr: Er ist überzeugt davon, daß die Sozialdemokraten seine „Vision der Menschenrechte“ (siehe Sondernummer NG 1968) als Grundlage politischen Handelns akzeptieren.

Gustav Heinemann hat sich nie geschont. Was er anpackt, macht er mit kühlem Verstand und heißem Herzen — eben mit Augenmaß und Leidenschaft. Der Arbeit des Bundesministeriums der Justiz, dem er seit Dezember 1966 vorsteht, hat er wesentliche neue Impulse gegeben. Seine Verdienste um die Evangelische Kirche in Deutschland und um die Ökumene würdigte die theologische Fakultät der Universität Bonn im Jahre 1967 durch die Verleihung der Ehrendoktorwürde. Für seine aufrechte demokratische Haltung erhielt Heinemann im selben Jahre den Theodor-Heuß-Preis. Muß nun noch etwas über „Heinemanns Verhältnis zum Staat“ gesagt werden? Hat denn nicht Gustav Heinemann sein ganzes Leben seit 1945, wie wenige, dem Staat gewidmet — als Essener Oberbürgermeister (1946/49), als Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen (1947/48), als Bundesinnenminister (1949/50), als Abgeordneter des Deutschen Bundestages seit 1957, als Bundesjustizminister? Und hat er sich nicht überdies bereit erklärt — wenn auch, wie er in persönlicher Bescheidenheit gesagt hat, mit Zagen —, das höchste Amt in unserem Staate zu übernehmen? Lassen wir ihn selbst über sein Verhältnis zum Staat (besser: Verständnis vom Staat) reden. Er sagte unter anderem:

„Das Kleid unserer Freiheit sind die Gesetze, die wir uns selber gegeben haben. Diesen Gesetzen die Achtung und Geltung zu verschaffen, ist Sache von Polizei und Justiz. Wichtiger aber ist es, uns gegenwärtig zu dem demokratischen Verhalten zu verhalten, das den Einsatz von Polizei und Justiz erübrigt. Unser Grundgesetz ist ein großes Ange-

bot. Zum ersten Mal in unserer Geschichte will es in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Würde des Menschen Geltung verschaffen. In ihm ist Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt. Uns in diesem Grundgesetz zusammenzufinden und seine Aussagen als Lebensform zu verwirklichen, ist die gemeinsame Aufgabe.“

Diese von demokratischem Staatsbewußtsein getragenen Worte aus seiner Fernsehsprache vom Ostersonntag 1968 lassen ein weiteres erkennen: Heinemann ist ein Mann des Ausgleichs. Die mit ihm zu tun haben, wissen es zu schätzen, wie er allzu unruhige Geister zur Selbstbesinnung führen, wie er aber auch allzu Laue zum stärkeren Engagement aufrütteln kann. Er wirbt um Verständnis für unsere unruhige Jugend, weist diese aber ebenso unmißverständlich in ihre Schranken: „Gewalttat aber ist gemeines Unrecht, und eine Dummheit obendrein.“ Er wird nicht müde, die Grenzen staatlicher Machtentfaltung auf den Bürger aufzuzeigen, bejaht aber die Aufgabe des Staates, vorzusorgen für den Schutz der Bürger und die Erhaltung des freiheitlichen Rechtsstaates im Falle von Kriegsgefahr. So erkennen wir in ihm einen Mann, der mit seiner untadeligen politischen Vergangenheit, mit seiner umfassenden Bildung und mit seinem ausgereiften politischen Verständnis unseren Staat nach außen hin repräsentieren kann und in gleicher Weise es verstehen wird, allen Gruppen unseres Volkes das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Selbstachtung als Nation zu geben.

Stabilität

„Nein, no, non, niet“, sagte Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller im Spätsommer dieses Jahres auf die Frage, ob mit einer Aufwertung der D-Mark zu rechnen sei.

Die Frage war nicht unberechtigt: Die deutsche Wirtschaft ist seit Jahren exporttauglich; in den Monaten der Rezession half ihr der Export über das größte hinweg, aber seit der wirtschaftliche Aufschwung spürbar wurde, weltete sich die deutsche Ausfuhr zunehmend aus. Obwohl die Einfuhren ebenfalls stark anstiegen, ist für 1968 ebenso wie für das Rezessionsjahr 1967 ein außerordentlich hoher Ausfuhrüberschuß im Werte von 16 Milliarden DM zu erwarten.

Dies ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß in den wichtigsten Handelspartnerländern die Preise im letzten Jahr um 4 bis 5 Prozent stiegen. Hätte die Bundesregierung der Entwicklung tatenlos zugesehen, so wäre auch im Inland ein Preisauftrieb nicht vermeidbar gewesen. Bis zum Ende des Jahres 1969 hätte man mit einem innerdeutschen Preisanstieg von mehr als 3 Prozent rechnen müssen.

Wenn der Bundeswirtschaftsminister so energisch einer D-Mark-Aufwertung widersprach, so hatte er dafür gute Gründe. Einmal ist eine D-Mark-Auf-

wertung nicht ohne weiteres wieder zurückzunehmen. Die Bundesrepublik hätte nicht schnell auf evtl. währungspolitische Maßnahmen reagieren können, die etwa von den USA, Frankreich oder Großbritannien ausgegangen wären. Eine Aufwertung hätte außerdem der deutschen Landwirtschaft einen zusätzlichen Einnahmefall von einer Viertel-Milliarde DM beschert, die sie aus eigener Leistung gewiß nicht verkraften könnte. 250 Millionen DM zusätzliche Subventionen im Jahr wären erforderlich geworden. Also entschied sich Bundeswirtschaftsminister Schiller zu einer Maßnahme, die zwar die Ausfuhr dämpft und die Einfuhr erleichtert, nicht aber die Nachteile einer Wechselkursumstellung mit sich bringt: Ausfuhren werden bei Erhebung der Umsatzsteuer mit 4 Prozent belastet, Einfuhren um 4 Prozent entlastet. Damit werden zwar der deutschen Exportwirtschaft erhebliche Opfer auferlegt, die jedoch als deutscher Beitrag zur Restabilisierung der internationalen Währungssituation notwendig sind. Gleichzeitig dient diese Maßnahme der Sicherung der Preisstabilität im Inland. Allerdings erwartet man, daß sich die betroffenen Exportindustrien um einen umfangreichen Außenhandelskatalog bemühen werden. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat aber bereits erklärt, daß – von den durch die EWG-Agrarmarktornungen bedingten Ausnahmen abgesehen – keine Ausnahmen gemacht werden sollen.

Rasches Handeln war auch deshalb notwendig, weil in Erwartung einer bevorstehenden Aufwertung innerhalb weniger Tage für 8 Milliarden DM Devisen in die Bundesrepublik eingeströmt waren. Kritische Beobachter halten es nicht für zufällig, daß dieser Devisenzustrom zeitlich unmittelbar auf eine Sitzung der Notenbankgouverneure in Basel folgte. Daß dem internationalen Finanzgeschäft durch die Entscheidung der Bundesregierung, steuerliche Maßnahmen an die Stelle einer Aufwertung zu setzen, ein Spekulationsgewinn von rund 40 Millionen DM entging, war gewiß nicht der einzige Grund, aus dem sich Bundeswirtschaftsminister Schiller und sein Kollege Strauß auf der währungspolitischen Konferenz in Bonn einem außerordentlich massiven Druck ausgesetzt sahen, doch noch eine Aufwertung vorzunehmen, zumindest aber den Steuersatz ganz erheblich zu erhöhen. Dem organisierten Nervenkrieg gegen die Bundesrepublik zum Trotz gelang es, den deutschen Standpunkt durchzusetzen. Er entsprach unseren Interessen, schuf aber gleichzeitig die Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zur Lösung der internationalen Währungssituation, von der insbesondere der französische Franc betroffen war, zu leisten. An der Stützungsaktion der Bonner Konferenz durch einen 2-Milliarden-Kredit ist die Bundesrepublik mit dem Löwenanteil von 600 Millionen Dollar beteiligt. Es ist zu hoffen, daß die von der französischen Regierung ihrerseits verkündeten Maßnahmen ausreichen werden, um den Franc wieder zu stabilisieren.

In dem Kommuniqué der Bonner Währungs-konferenz wird als übereinstimmende Meinung festgehalten, daß die deutschen Maßnahmen „einen bedeutenden Beitrag zur Stabilität des Währungs-systems und zum Anpassungsprozeß darstellen. Im Lichte dieser Maßnahmen erklärten sich die Mini-ster und Notenbankgouverneure einig mit dem Be-schluß der Bundesregierung, die Parität der D-Mark unverändert zu halten“. Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller kann auf diesen Erfolg stolz sein.

Neue Dimension

Der Bundesminister des Auswärtigen, Willy Brandt, hat — von Ost-Berlin einmal abgesehen — in den letzten Monaten in der ganzen Welt an Ge-wicht und Ansehen gewonnen. Das gilt selbst für Moskau.

Der Grund lag vor allem darin, daß er der deut-schen Außenpolitik eine neue Dimension hinzuge-fügt hat. Das ungewöhnliche Echo seiner Rede vor der Konferenz der Nicht-Nuklear-Mächte in Genf, die vier Stationen seiner Südamerika-Reise, die Auf-nahme seiner Rede vor der Generalversammlung der UNESCO in Paris und seine Haltung auf der Sitzung des NATO-Ministerrats in Brüssel haben das gezeigt. Trotz aller Unterschiedlichkeit seiner Gesprächspartner, trotz der Verschiedenartigkeit der Anlässe — besser gesagt: vielleicht gerade des-wegen — wurde der rote Faden sichtbar.

Brandt hat bewußt darauf verzichtet, die Deut-schlandfrage in den Mittelpunkt seiner Ausführungen zu stellen. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin kann sich das auch leisten. Er gibt eben nichts auf, wenn er es aufgibt, so zu sprechen, als könnte die deutsche Frage morgen oder übermorgen gelöst werden. Der Erfolg dessen ist die Erleich-terung im Ausland, daß die Bundesrepublik nicht mehr glaubt, jedes Problem mit der Lösung des deut-schen koppeln und auf entsprechende verbale Akkla-mationen durch ihre Partner drängen zu müssen.

Die Bundesrepublik sei dadurch nicht nur glaub-würdiger, sondern auch freier geworden, hieß es bei den Vereinten Nationen. Sie habe durch ihre konstruktiven Vorschläge in Genf ein Vakuum aus-gefüllt, erklärte einer der südamerikanischen Außenminister. Das sei die gültige Rede einer großen Macht gewesen, meinte der Beobachter des Vatikans nach der Rede Brandts vor der UNESCO.

Die Bundesrepublik Deutschland hat begonnen, die Interessen der industriellen, nicht-atomaren Staaten zu formulieren. Sie ist dabei die Tatsache voll auszunutzen, daß sie nicht über Atomwaffen verfügt und nicht den Ehrgeiz hat, über solche Waffen zu verfügen. Die nicht-atomaren Staaten sind dabei, ihre weltpolitischen Interessen aufeinander abzustimmen. Japan, Italien, Schweden, die ABC-Staaten u. a. gehören dazu. Die Bundesrepublik hat im Kreise dieser Länder ein besonderes Ge-wicht. Es ist durch keinen anderen Staat ersetzbar. Diese Rolle konstruktiv zu spielen im Sinne einer

Festigung des Friedens, insofern an der Seite der Supermächte, ohne doch damit die eigenen Interes-sen aufzugeben oder zu vernachlässigen, das ist die perspektivenreiche, neue Dimension, die Brandt zusätzlich der deutschen Außenpolitik erschlossen hat; zusätzlich, d. h. sie bedarf keiner Abstriche an der Politik als europäischer Bündnispartner.

Mitbestimmung

Die Delegierten des Nürnberger Parteitages der SPD hatten fast ohne Stimmenthaltung die Bundes-tagsfraktion der SPD aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Reform und Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes im Bundestag einzubringen. In einem zweiten Ge-setzentwurf sollte die qualifizierte Mitbestimmung im Sinne des Montanbestimmungsgesetzes von 1951 auf Großunternehmen und Konzerne der übrigen Wirtschaft ausgedehnt werden.

Der Parteivorstand setzte daraufhin eine Kommissi-on ein, die in Zusammenarbeit mit Vertretern der Ge-werkschaften Vorschläge für diese Gesetzentwürfe ausarbeitete. Die Mitbestimmungsberatung der SPD-Bundestagsfraktion vom 25. November schließlich bestimmte die Richtung, in der die Gesetzesformulierungen von den Arbeitskreisen der Fraktion in den nächsten Wochen vorgenommen werden sollen. Die wichtigsten Verbesserungen des Betriebsverfas-sungsgesetzes betreffen danach die Stärkung der Rechte des Betriebsrates. Diesem sollen in allen sozialen Fragen, auch wenn sie nur einzelne Arbeit-nehmer betreffen, Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden. Dadurch wird der Betriebsrat Einfluß ins-besondere auf die Art der Berufsausbildung, der Umschulung und Fortbildung, auf Fragen der Arbeit-sicherheit und der Arbeitsorganisation erhalten. Gleiche Rechte zur Mitbestimmung erhält der Be-triebsrat in personellen Angelegenheiten des Be-triebs. Die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes enthält eine Vielzahl von Verbesserungen des geltenden Rechts, die sämtlich darzustellen hier nicht der Platz ist. Das Mitwirkungsrecht des einzel-nen in Fragen, die den Schutz seines Arbeitsplatzes berühren, sei jedoch hervorgehoben. Der Gesetz-entwurf sieht auch die Bildung von Arbeitsgruppen vor, die sich mit Anregungen und Beschwerden an den Vorgesetzten und — wenn dieser nicht Abhilfe schafft — an den Betriebsrat wenden können. Im gleichen Sinne sind die Änderungen im Betriebs-verfassungsgesetz in die Neufassung des Personal-vertretungsgesetzes aufgenommen worden.

Bei der Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung auf die übrige Wirtschaft ließen die Sozialdemo-kraten sich von dem Modell der Montanmitbestim-mung leiten. Natürlich haben sie die in den 17 Jah-ren der Anwendung dieses Gesetzes gemachten Erfahrungen sorgfältig registriert und ihre Vorschläge einbezogen. Die Grundlage der paritätischen Ver-tretung von Arbeitnehmern in den Aufsichtsräten ist die geheime — wenn möglich — unmittelbare Wahl

aller Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat durch die Belegschaft des Unternehmens. Soweit eine unmittelbare Wahl nicht möglich ist, wählt die gesamte Belegschaft des Unternehmens eine Unternehmensversammlung der Arbeitnehmervertreter, die dann als Repräsentanten dieser Unternehmensbelegschaft die Aufsichtsratsmitglieder wählt. Das Wahlrecht muß eng mit einem Informationsrecht der Wähler verbunden werden. Dazu sollen die wirtschaftlichen Ereignisse, die Entscheidungen der Unternehmensverwaltung und die mit dem Unternehmen verbundenen Interessen soweit als möglich überschaubar gemacht werden. Die Mitglieder der Unternehmensversammlung der Arbeitnehmervertreter erhalten das Recht, sich unmittelbar vom Vorstand und Aufsichtsrat des Unternehmens über alle wirtschaftlichen Angelegenheiten unterrichten zu lassen. Die Unternehmensversammlung muß auch zur selben Zeit einberufen werden, in der die Hauptversammlung der Aktionäre ihre Sitzung abhält. Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion schlagen vor, den Aufsichtsrat zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitnehmer und zur Hälfte aus Vertretern der Anteilseigner zu bilden. Bei den Vertretern der Arbeitnehmer sollen sowohl Unternehmensangehörige als auch außerbetriebliche Arbeitnehmervertreter berücksichtigt werden. Für die außerbetrieblichen Arbeitnehmervertreter haben zwar die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften das Vorschlagsrecht, doch die meisten Kandidaten werden durch die Unternehmensbelegschaft gewählt. Als ein weiterer Fortschritt muß die Berücksichtigung des Interesses der Allgemeinheit im Aufsichtsrat durch weitere Mitglieder bezeichnet werden. Dadurch werden zum erstenmal die Beziehungen der Unternehmen zur Gemeinde, zum Land oder zum Bund und mittelbar dadurch auch zu allen Verbrauchern und Steuerzahlern besonders berücksichtigt. Schließlich wird die Position des Arbeitsdirektors eingegliedert. Die Sozial- und Personalfragen sollen von einem Vorstandsmitglied bearbeitet werden, wobei der gesamte Vorstand vom Vertrauen der Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder getragen werden muß.

Die Gesetzentwürfe sollen noch im Jahre 1968 dem Bundestag vorgelegt werden.